PRESSEMITTEILUNG

14.9.1987

Als Verteidiger des Gefangenen aus der RAF, Günter Sonnenberg, teile ich aus aktuellem Anlaß folgendes mit:

Es ist bekannt, daß mein Mandant bei seiner Festnahme am 3.5.1977 durch Schüsse in den Kopf lebensgefährlich verletzt wurde.

An den Folgen dieser Verletzung arbeitet er bis heute. Die Isolationshaftbedingungen, unter denen er gefangengehalten wird, lassen eine Rekonstruktion seiner Gesundheit nicht zu.

Die Verteidigung von Günter Sonnenberg hat während der mittlerweile über 10-jährigen Haft immer wieder versucht, Ärzte seines Vertrauens zu seiner Behandlung durchzusetzen. Dies konnte allerdings nur gegen den erklärten Willen der Staatsschutz- und Vollzugsbehörden und mit der Solidarität vieler politischer Gruppen und Einzelpersonen durchgesetzt werden.

Die letzte Untersuchung meines Mandanten durch einen Arzt seines Vertrauens fand im November 1985 statt. Vorausgegangen war dieser Untersuchung ein epileptischer Anfall meines Mandanten im Mai 1985. Er hatte kurz zuvor das antiepileptische Mittel 'Rivotril' abgesetzt, das er seit seiner Festnahme einnehmen muß. Die gravierenden Nebenwirkungen dieses Medikaments sind bekannt und aus diesem Grund will Günter Sonnenberg das Antiepileptikum unter vertrauensärztlicher Kontrolle absetzen.

Nunmehr hat die Verteidigung bei der Vollzugsanstalt Bruchsal die Zulassung eines Neurologen, der das Vertrauen von Günter Sonnenberg besitzt, für seine Behandlung und Betreuung während der Absetzphase beantragt. Gleichzeitig wurde beantragt, daß Günter Sonnenberg während dieser Phase zusammen mit dem gleichfalls in Bruchsal inhaftierten Gefangenen aus der RAF, Roland Mayer, auf einer Zelle zusammengelegt wird. Das Zusammensein mit einem Vertrauten ist während dieser Phase eminent wichtig, da das Auftreten eines neuen epileptischen Anfalls nicht ausgeschlossen werden kann. Im übrigen ist diese Verfahrensweise in allen Vollzugsanstalten bei 'normalen' Strafgefangenen die Regel.

Das Absetzen des Medikaments ist für Günter Sonnenberg eine wichtige Voraussetzung für seine Arbeit an den Verletzungsfolgen.

Das Medikament macht abhängig und dämpft in erheblicher Weise die sinnliche Wahrnehmung und deren geistige und körperliche Umsetzung. Das Absetzen des Medikamennts ist dabei ein wichtiger Schritt, einem verletzten Gefangenen selbst unter den Bedingungen der Isolationshaft die Selbstbestimmung über sich und seinen Körper zu ermöglichen.

Die langjährige Vernichtungshaft, die an Günter Sonnenberg bisher vollzogen worden ist und auch das Beispiel der Gefangenen aus der Guerilla, Angelika Goder, der eine notwendige Hüftoperation verweigert wird, zeigen, daß der Staatsschutz alles einsetzt, um Krankheit oder Verletzung eines Gefangenen gegen ihn zu wenden. Es ist der Versuch, ihn damit zur Aufgabe seiner politischen Identität zu zwingen.

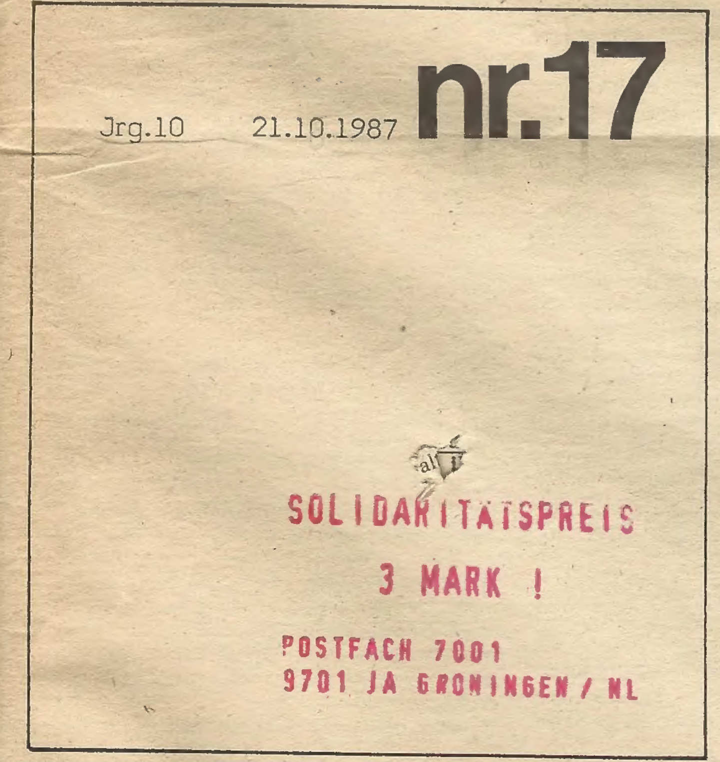
Dem Vernichtungsinteresse des Staatsschutzes muß über die konkrete Forderung, hier nach Absetzen des Medikaments, hinaus die Forderung aller Gefangenen aus der RAF und aus dem Widerstand nach Zusammenlegung in große Gruppen zur Aufrechterhaltung ihrer kollektiven politischen Identität entgegengesetzt werden.

Es geht dabei um die Herstellung eines Minimums von objektiven Bedingungen, die notwendig sind, um ein Leben führen zu können, das den Bedürfnissen und der Würde eines Menschen entspricht: selbstbestimmte kollektive Lern-, Arbeits- und soziale Prozesse zu entwickeln, sich politisch informieren, artikulieren und handeln zu können.

Aufgrund seiner Verletzung sind menschenwürdige Bedingungen in der Haft für Günter Sonnenberg letztlich gar nicht herstellbar. Die Rekonstruktion seiner Gesundheit und die Möglichkeit politischen Handelns geht für ihn nur außerhalb der Haftanstalt.

Es besteht aktuell die Notwendigkeit, daß Günter Sonnenberg unter vertrauensärztlicher Kontrolle das Medikament absetzen kann. Es besteht weiter die Notwendigkeit, daß er in eine größere Gruppe von Gefangenen aus der RAF zusammengelegt wird. Die grundsätzliche Forderung ist jedoch seine Freilassung.

Gerd Klusmeyer
Rechtsanwalt



PRESSEERKLÄRUNG ZUM WUPPERTALER 129a VERFAHREN

Am 15.9. beginnt vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Düsseldorf der Prozeß nach Par. 129a (Bildung einer terroristischen Vereinigung) gegen 9 Menschen aus dem Wuppertaler Widerstand.

Der Staat greift mit dem Par. 129a die Strukturen an, in denen Menschen versuchen, für ein kollektives Leben in einer freien Gesellschaft zu kämpfen. Er diente schon im 19. Jhd. zur Verfolgung von Sozialist(inn)en, Kommunist(inn)en und Anarchist(inn)en und wurde immer wieder der aktuellen Entwicklung des Klassenkampfes angepaßt: z.B. Erweiterung von Par. 129 auf Par. 129a (terroristische statt kriminelle Vereinigung) und erneute Verschärfung Anfang dieses Jahres.

Seit dem Ende der 70er Jahre haben die Kämpfe gegen die Projekte von Staat und Kapital an Stärke gewonnen und sind immer breiter getragen worden. Kämpfe gegen Umweltzerstörung, Kriegsvorbereitung, Patriarchat und für selbstbestimmten, herrschaftsfreien Lebensraum haben ihren Ausdruck im Häuserkampf, der Anti-AKW-Bewegung, Frauenkämpfen, dem Kampf gegen die Startbahn West und die NATO-Kriegspolitik gefunden. So gab es auch in Wuppertal Hausbesetzungen, breit getragene Aktionen gegen Fahrpreiserhöhungen und Rekrutenvereidigungen und erste Organisationsansätze gegen Faschisten, Knäste, unmenschliche Arbeitsbedingungen... Die Antwort des Staates auf diese Kämpfe war eine breite Kriminalisierungswelle, die Eröffnung des Wuppertaler Verfahrens war dabei ein konkreter Schritt.

Jahrelange Bespitzelungen, Observationen, Telefonüberwachungen und eine Reihe von Hausdurchsuchungen gegen Menschen, die in Wuppertal den Widerstand mitgetragen haben, erbrachten keine konkreten Beweise, die zu einer Verurteilung ausgereicht hätten. Der Ausweg des Staatsschutzes war die Konstruktion der sogenannten "Antifa-Gruppe", mit der sie willkürlich 10 Menschen für fast alle Aktionen verantwortlich machen, die im Verlauf von 1979-83 in Wuppertal gelaufen sind. Das Gruppenkonstrukt stützt sich auf den Par. 129a, mit dem sie versuchen, Menschen ohne konkrete Beweise für ihre politische Identität für Jahre einzuknasten. Anstatt Tatnachweise zu erbringen, will die politische Justiz eine "Gruppenstruktur mit gemeinschaftlicher Willensbildung" und "staatsfeindlichen Inhalten" als Verurteilungsgrundlage durchsetzen.

Weil die Staatsschutzjustiz noch nicht einmal dieses Konstrukt beweisen konnte, wurde das Verfahren 1984 vorübergehend eingestellt mit dem versteckten Hinweis, daß ein Zeuge aus der Szene notwendig sei. Im Laufe der Ermittlungen versuchten Verfassungsschutz und Staatsschutz immer wieder, Menschen als Spitzel anzuwerben. Ende '84 gelang es ihnen, einen der Angeklagten, Günter Pokorny, von dem sie wußten, daß er nichts mehr mit dem Widerstand zu tun hat, wegen einer Drogensache einzuknasten. Durch die Aussicht auf eine mehrjährige Haftstrafe unter Druck gesetzt, bestätigte er ihr Anklagekonstrukt und wurde mit Haftverschonung entlohnt. Nach Beschluß des Innenministers NRW wurde seine Identität geheimgehalten und das Verfahren auf der Grundlage der Bestätigung des Anklagekonstrukts durch die Aussagen einer "anonymen Gewährsperson" wiedereröffnet. Seine Aussage sollte im Prozeß von Beamt(inn)en des LKA verlesen werden. Das war ein Vorstoß, einen anonymen Kronzeugen in einem 129a-Verfahren einzusetzen, für den sich der Staatsapparat noch gar keine Gesetzgrundlage geschaffen hatte. Sollte der Staat den Einsatz von anonymen Kronzeugen durchsetzen können, hieße das, daß so ein Zeuge nicht einmal zu existieren braucht. Denn die Ausagen einer "anonymen Gewährsperson", die namentlich nicht benannt werden braucht, die deshalb auch nicht mehr nachprüfbar sind, können von der Polizei je nach Bedarf auch selbst formuliert werden.

Insgesamt läßt der Staat mit diesem Vorstoß einen Versuchsballon steigen, mit dem die gesellschaftliche Akzeptanz für den Einsatz von anonymen Kronzeugen in der politischen Justiz getestet werden soll.

Inzwischen hat Pokorny seine Ausagen zwar zurückgezogen, aber es bleibt dem Belieben des Richters überlassen, ob er weiter mit diesen Aussagen arbeiten will.

Das Kalkül des Staatsschutzes, mit der Kriminalisierungswelle Anfang der 80er (Brokdorf '81, Reagan '82, Krefeld '83, Straßensatzung in Wuppertal) gegen den Widerstand, von der das Wuppertaler Verfahren ein Baustein ist, den Widerstand dauerhaft einzuschüchtern bzw. zu zerschlagen, ist gescheitert. Gerade im Verlauf des letzten Jahres sind in der BRD militante Kämpfe von nie zuvor dagewesener Stärke und Breite gelaufen. Das waren:

- die militanten Kämpfe der Anti-AKW-Bewegung in Brokdorf und Wackersdorf, Hunderte von Angriffen auf Strommasten und Baufahrzeuge von AKW-Bauunternehmen;
- die Mobilisierung gegen die faschistische Ausländer- und Ayslantenhetze, Angriffe auf Ausländerbehörden und -polizeien, auf "Menschenjäger und Schreibtischtäter", auf faschistische Organisationen;
- in Hamburg der zähe und ausdauernde Kampf der Bewohner der Hafenstraße um selbstbestimmten Wohn- und Lebensraum; gegen alle militärischen Angriffe, Teilräumungen und Medienhetze;
- Angriffe auf Rüstungskonzerne, Agenturen der strategischen Hochtechnologieforschung, Geheimdienste, Aufstandsbekämpfungsagenturen, Agenturen der Geheimdiplomatie zur Unterdrückung der "3. Welt".

Gegen diese Entwicklung der Kämpfe, die sich, wie Staatssekretär Neusel zugeben mußte, "buschfeuerartig ausbreiten", leitete der Staatsschutzapparat und das Kapital der BRD unmittelbar konterrevolutionäre Maßnahmen ein. Das waren unter anderem:

- die militärisch konzipierte und durchgeführte Razzia in der Kiefernstraße in Düsseldorf, Häuserräumungen in verschiedenen Städten der BRD, so auch in Wuppertal;
- der Frontalangriff auf die Duisburger Szene. Hier wurden 4 Genossen/innen mit dem absurden Vorwurf der Mitgliedschaft in der RAF eingeknastet, nur weil sie sich mit Gefangenen aus der RAF geschrieben und auseinandergesetzt haben;
- polizeilich-militärische Angriffe auf öffentliche Veranstaltungen des Widerstands, so gegen den Bundeskongreß der Anti-AKW-Bewegung oder eine Veranstaltung zur Situation der politischen Gefangenen in München;
- anonyme Briefe an Genossen von Auftraggebern aus der "privaten Wirtschaft", in denen Millionenbeträge und eine neue Identität für Verrat geboten werden;
- Kopfgelder aus der privaten Wirtschaft z.B. gegen Menschen, die Strommasten umsägen;
- Kriminalisierung von Infoläden und Zeitungen wie Radikal, Freiraum etc...
- verstärkte erkennungsdienstliche Behandlung, oft mit schweren Mißhandlungen und anschließender Anklage wegen "Widerstand gegen die Staatsgewalt"
- die Erweiterung der Staatsschutzparagraphen 129a, 130a, 88a, die Diskussion über Kronzeugen, Demonstrationsstrafrecht, Vermummung als Knastgrund, Landfriedensbruchparagraph;
- das Konstrukt der 4 Ebenen der RAF, mit dem sie alle Menschen, die ihren Widerstand im politischen Zusammenhang mit der Guerilla oder den politischen Gefangenen begreifen, als Mitglieder bzw. Unterstützer der RAF einknasten wollen;
- materielle und personelle Aufrüstung von Polizei und Bundesgrenzschutz.

Parallel dazu treibt der Staat die Überwachung und Kontrolle aller Menschen massiv voran: Neues Volkszählungsgesetz, maschinenlesbarer Personalausweis, Entwurf für ein einheitliches Polizeigesetz, ZEVIS, Zusammenarbeitsgesetz (ZAG), das u.a. die Zusammenarbeit zwischen BKA und Verfassungsschutz regelt und damit die gesetzliche Grundlage für eine neue Geheimpolizei schafft. Außerdem wollen sie die gesetzlichen Rahmen für BKA, Verfassungsschutz, MAD und BND erweitern.

Alle diese Maßnahmen richten sich gegen die ganze Breite des Widerstands und dienen zur vorbeugenden Kontrolle aller Menschen.

Wenn es dem Staatsschutz und der politischen Justiz gelingt, hier für Wuppertal eine eigenständige terroristische Vereinigung neben RAF, RZ und 2. Juni zu konstituieren, die sich erstmalig aus Menschen aus dem autonomen und antiimperialistischen Widerstand zusammensetzen würde, hat das für den gesamten Widerstand der BRD weitreichende Konsequenzen: Eine Verurteilung würde nicht nur bedeuten, daß neun Leute aus dem Widerstand für Jahre im Knast verschwinden, sondern würde auch weiteren Verurteilungen nach Par. 129a Tor und Tür öffnen: Von "Unterstützer", "neuen Mitgliedern", und - je nach Bedarf - auch neuen "terroristischen Vereinigungen", da ein Präzedenzfall bereits geschaffen wäre. Und genau darum geht es ihnen.

Dahinter steckt auch der Versuch, uns aus offenen Strukturen, da, wo wir als politische Kraft identifizierbar und ansprechbar sind, zurückzudrängen und uns als Terroristen zu isolieren und zu kriminalisieren.

Aber die Rechnung des Staates geht nicht auf. Wir lassen uns nicht einschüchtern, denn unser Widerstand gegen dieses System der Menschenverachtung und Ausbeutung von Mensch und Natur ist legitim und wird, wenn wir den Kampf überzeugend führen, immer breiter und stärker werden.

NO PASARAN - PASAREMOS!!!
SIE WERDEN NICHT DURCHKOMMEN -
WIR MACHEN WEITER!!!

Pressegruppe zum 129a-Verfahren des autonomen und antiimperialistischen Plenums Wuppertal
c/o Autonomes Zentrum "Das Haus e.V."
Uellendahler Str. 6a
5600 Wuppertal 1

"Geballte Grüße nach Stammheim"

Nachdem der 5. Strafsenat des Oberlandesgerichts (OLG) Düsseldorf die Einstellung des 129a Verfahrens gegen zehn WuppertalerInnen am ersten Verhandlungstag abgelehnt hatte, verlas gestern Oberstaatsanwalt Rosenbaum die Anklageschrift.

Den acht Männern und zwei Frauen im Alter von 24 bis 34 Jahren wird vorgeworfen, "Mitglieder einer seit Anfang 1979 in Wuppertal agierenden terroristischen Vereinigung zu sein, die sich intern Antifa-Gruppe nennt". Die "Stadtguerilla" verfolge den Zweck, so die Anklage, "Propagandadelikte durch Parolensprühen, Plakat- und Flugblattaktionen sowie Sachbeschädigung zu begehen und offene Gewalt gegen die bestehende Gesellschaftsordnung anzuwenden".

In einer mehrseitigen Erklärung stellte eine der Beschuldigten das Verfahren in den Zusammenhang der "Entwicklung des revolutionären Widerstandes und seiner Perspektiven". Die Bedeutung des Prozesses für den Staatsschutz liege darin, "diffuse Zusammenhänge des Widerstandes greifbar zu machen und zu verurteilen".

Ein anderer Angeklagter wehrte sich dagegen, "daß die politische Dimension des Prozesses hier rausgedrückt wird".

Auch ging er auf die erfolgreich durchgesetzte Sitzordnung ein - die Reihe zwischen Pokorny und den anderen Angeklagten blieb frei: "Damit haben wir das Prinzip, Verräter müssen aus den Reihen der Revolution ausgeschlossen werden, zur praktischen Initiative gemacht." Abschließend richtete er "geballte Grüße an die Genossen in Stammheim, die parallel ihren Prozeß haben".

(taz 17.9.87)

●●

ZEUGENAUSSAGEN IM PROZESS GEGEN LUITI, CHRIS UND EVA

seit gestern wissen wir, daß das stammheimer staatsschutzgericht und die bundesanwaltschaft veranlassen, genossen und freunde von chris und luiti als zeugen zum prozeß zu laden.

das hier sind gedanken, die uns dazu auf die schnelle gekommen sind und die wir sofort vermitteln wollten, auch wenn sie jetzt noch bruchstückhaft und nur angerissen sind.

chris und luiti, zwei genossen aus dem legalen antiimperialistischen widerstand und eva, militante in der RAF, wurden im august 86 zusammen in einem café verhaftet.

alle drei sind jetzt angeklagt, mitglieder der RAF zu sein.

die baw geht in der anklage von der konstruktion der "4-ebenen der RAF" oder "gesamt - RAF" aus und versucht mit diesem prozeß einen weiteren schritt zu tun, diese konstruktion zu einem zentralen hebel in der bekämpfung des revolutionären widerstands auszubauen und die behauptung ihrer existenz in den urteilen zu zementieren.

im kern zielt dieser prozeß und jede maßnahme des staats-

schutzes in ihm, auf die entwicklung im widerstand, den politischen und kämpfenden zusammenhang der revolutionären front aufzubauen und zu organisieren.

die zeugenvorladungen jetzt gegen genossen aus dem widerstand und freunde, die die gefangenen besuchen und schreiben sind in ihrer ausrichtung identisch mit dem zweck des gesamten verfahrens und den maßnahmen gegen die gefangenen: sie sind der versuch, denunziation und verrat - also kapitulation - zu erzwingen, bzw. da, wo das nicht hinhaut, die vorgeladenen leute konkret und materiell mit beugehaft zu bedrohen.
darin wird ihr ziel, den entwicklungsprozeß im widerstand zu blockieren und immer mehr genossen aus ihm herauszureißen offen. letztlich ist das die verdeckte anwendung und vorweggenommene vollstreckung und ausweitung der baw - konstruktion der "gesamt - RAF" ohne urteil und prozeß - den zusammenhang der kämpfe zu zerreißen und zu zerschlagen.

die methode "zeugenvorladung" können sie total ausdehnen, das liegt auf der hand und so zielt sie auf alle, die sich mit revolutionärer politik auseinandersetzen, ein solidarisches verhältnis dazu entwickeln und auf die ganze breite des antagonistischen, antistaatlichen widerstands.
sie zielt auf jeden, der den zusammenhang der kämpfe statt spaltung und distanzierung will.

obwohl der staatsschutz immer wieder versucht hat, die raf und jede revolutionäre bewegung und gruppe mit allen möglichen mitteln von den gesellschaftlichen entwicklungen und kämpfen zu isolieren, gibt es die verstärkte entwicklung im widerstand zur politischen einheit des revolutionären kampfes zu kommen.

wir orientieren uns darin an unserer erfahrung der gemeinsamen stärke und an unserem ziel, dieses system der ausbeutung und vernichtung zu besiegen und uns von der herrschaft von kapital, staat und militär zu befreien.
dafür kämpfen wir in der revolutionären front und da wollen wir mit allen zusammenkommen, die für dasselbe ziel kämpfen.
diese entwicklung ist dem staatsschutz in den letzten jahren aus den händen gerutscht und deshalb versucht er, sich die mittel zusammenzuzimmern, die in die gesamtheit und breite des widerstands reinhauen sollen.
das ist der inhalt und kern ihrer maßnahmen - ob razzia gegen die kiefernstr., raf in der hafenstr. oder verbot von politischen veranstaltungen, autonomen diskussionstreffen, buko... und jetzt die zeugenvorladungen.
sie wollen den gesamten widerstand und den entwicklungsprozeß - zusammen kämpfen - damit ganz unmittelbar schwächen. es liegt an uns, ob es ihnen gelingt.
diskutiert daran, schafft öffentlichkeit, überlegt, was wir dagegen tun können.
wir müssen dem staatsschutz den politischen raum nehmen, in aller stille seine angriffe und maßnahmen gegen uns reibungslos durchzusetzen.

EINHEIT IM KAMPF
ZUSAMMENLEGUNG DER GEFANGENEN AUS RAF UND WIDERSTAND
FREILASSUNG VON GÜNTER SONNENBERG

●●

DUISBURG

Am 15.9.87 durchsuchte das 14. K Duisburg in Zusammenarbeit mit dem Raubdezernat und gut einen Dutzend Bereitschaftsbullen eine Wohnung von Genossen aus dem Widerstand.

Vorwand für die Durchsuchung war eine mehrere Monate zurückliegende Diebstahlsanzeige. Der dafür vom Amtsgericht DU-Hamborn ausgestellte Durchsuchungsbeschluß existierte schon seit zwei Monaten. Dadurch wird klar, daß die Schweine sich jeden "Grund" nehmen um ihren Ausnahmezustand gegen uns juristisch zu rechtfertigen. Das 14. K nutzte die Gelegenheit um festzustellen - was wird gelesen, was wird geschrieben - was und wie wird diskutiert. Dies war die fünfte Hausdurchsuchung in dieser Wohnung seit der Verhaftung von Norbert, Thomas und Bärbel im August 86.

Beschlagnahmt wurde eine Radikal (Aug. Nr.!), die letzte Hau Ruck und ein Einladungsschreiben zu einem Treffen zur Prozeßvorbereitung des Prozesses der 4 Duisburger Gefangenen. Der anwesende Genosse wurde anschließend zur ED-Mißhandlung mitgenommen, obwohl schon zweimal vorher seine Prints und seine Fotos festgehalten wurden.

Sie wollen durch die permanenten Hausdurchsuchungen, Verhaftungen, Zeugenvorladungen, ED-Behandlungen und offene Observationen ein Klima der Verunsicherung schaffen, indem wir uns mehr Gedanken über ihren ganzen Staatsschutzterror machen, anstatt weiter an unserem Ziel einer klassenlosen, HERRschaftsfreien Gesellschaft orientiert - zusammen mit den gefangenen Genoss-inn-en - Perspektiven für den gemeinsamen revolutionären Kampf zu entwickeln.

Sie werden ihr Ziel nicht erreichen!!! venceremos

Flammende Grüße an die politischen Gefangenen in den NATO KZs

Zusammenlegung der revolutionären Gefangenen in große, selbstbestimmte Gruppen

zu den Zeugenvorladungen:
Die Vorladung stützt sich formal - juristisch auf die Beschlagnahmung eines Stadtplanausschnittes von Bonn während einer Hausdurchsuchung nach der Verhaftung der N., T. & B.

Aufstandsbekämpfung

Konstrukt der „Gesamt-RAF" soll abgesegnet werden

Am 1. September begann vor dem Fünften Strafsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart im Prozeßbunker in Stammheim der Prozeß gegen Eva Haule-Frimpong, Luitgard Hornstein und Christian Kluth. Allen drei Angeklagten wirft die Bundesanwaltschaft „Mitgliedschaft in der Rote Armee Fraktion" vor.

Damit will die Bundesanwaltschaft erstmals ein Mitglied aus der Guerilla zusammen mit zwei Gefangenen aus dem antiimperialistischen Widerstand als „Mitglieder" aburteilen lassen. Jeder Versuch, die Totalisolation der RAF zu durchbrechen, soll nach § 129 a als „Mitgliedschaft" kriminalisiert werden.

Das Konstrukt der Bundesanwaltschaft lautet: „Die RAF gliedert sich heute in ‚Guerilla', ‚Widerstand' und ‚Gefangene'. Propagandistische Unterstützung findet sie bei Sympathisanten." Die Mitglieder der Guerilla würden die Führung bilden und als „Kommandos" auftreten, die zweite Ebene wären die „illegalen Militanten", zu denen die jetzt in Stammheim Angeklagten Luitgard H. und Christian K. zählten. Dritte Ebene wären die Gefangenen und vierte Ebene das „Unterstützerfeld". Das Ganze sei die „Gesamt-RAF".

Nach dieser Doktrin der „Gesamt-RAF" werden zwischenzeitlich zahlreiche Anklagen gemäß § 129 a gegen Personen aus dem legalen Widerstand erhoben, z.B. gegen den Frauenbuchladen aus Hamburg, weil dieser an Luitgard H. eine Nummer der Zeitschrift „sabot" geschickt hat. Die „Beweisführung" gegen Luitgard H. und Christian K. sieht entsprechend aus: Angeführt wird die große Menge von aufgefundener politischer Literatur und revolutionärem Schrifttum, aus der sich deren Auseinandersetzung mit revolutionärer Theorie und Praxis ergibt. Angeführt wird weiter, daß die beiden Angeklagten offensichtlich in einer Diskussion mit der Guerilla standen, sie wurden zusammen mit Eva Haule-Frimpong festgenommen. Mit dieser „Beweisführung" und der Aburteilung soll jede politische Auseinandersetzung mit der Guerilla von einer gemeinsamen antiimperialistischen Basis aus kriminalisiert werden.

Aus dem Konstrukt der „Gesamt-RAF" ergibt sich der fortdauernde Wille der Bundesanwaltschaft, Gefangene aus der Guerilla und dem Widerstand wegen „mitgliedschaftlicher Betätigung" während der Haft erneut aburteilen zu können. Um hierfür „Beweismittel" zu schaffen, werden politische Äußerungen der Gefangenen, die sich aus Briefen ergeben, herangezogen. Wie sehr der Fünfte Strafsenat das Konstrukt von der „RAF im Knast" teilt, ergibt sich aus seiner Beschlagnahmepraxis: Briefe schreiben der Gefangenen wird als „terroristische Aktivität" qualifiziert.

In einer weiteren Anklage der Bundesanwaltschaft vom 11.5.87 gegen drei Gefangene aus dem Widerstand heißt es dann auch, zur dritten Ebene der RAF, den Gefangenen, zählten Mitglieder aus Guerilla und Widerstand, deren Mitgliedschaft aus der Haft fortdauere und die auf den „Kampf" der „RAF" aus der Haft heraus unmittelbar Einfluß nehmen würden. – (hem)

FREISPRUCH
im 2. RADIKAL-Prozeß

Am 18. September fand vor dem 4. Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts in Frankfurt der 2 Prozeß wegen Verbreitung der Zeitschrift RADIKAL 132 statt. Wurde im ersten Prozeß im Mai noch ein angeblicher Handverkäufer zu 8 Monaten auf 4 Jahre (!) Bewährung vom selben Senat verurteilt, so stand hier schon nach 4 Stunden das Urteil fest: Freispruch! Wir haben den Prozeß besucht und wollen über die jüngste Entwicklung zur neuen RADIKAL 133 berichten.

Freitagmorgen, 9.00 Uhr. Vor dem OLG in Frankfurt stehen ca. 90 Leute. Der Zugang zum Prozeß ist auf einen Seiteneingang verlegt worden. Hier kommt man/frau nur einzeln, durch eine Schleuse in's Gebäude, dann in den Keller, Einzelkabine, Durchsuchung, Sachen abgeben. Nur so gelangt man/frau in den Zuhörerraum im 1. Stock. Dieser ist durch eine 3 Meter hohe Trennscheibe vom Gerichtssaal abgetrennt. Man fühlt sich an TerroristInnenprozesse erinnert. Doch heute sind die Grenzen weit vorverlagert worden. Der Prozeß beginnt mit Verlesung der Anklagepunkte. Dann ist die Verteidigung dran. Sie zweifelt grundsätzlich die Verfassungsmäßigkeit der § 129 a, 90 etc. an. Eingehend auf die RADIKAL, vertreten sie die Meinung, daß sie sich auch kritisch mit der RAF auseinandersetzt. Als Beispiel führen sie eine Diskussion über den Genickschuß an dem US- Soldaten in der RADIKAL an. Die angeklagten Frauen äußern sich selbst nicht während des Prozesses. Sie geben auch keine Prozeßerklärung ab.
Dann werden durch die Richter mehrere Textstellen aus der RADIKAL 132 verlesen. Es ist für ZuhörerInnen schon eine groteske Situation, eine vollständige „Bastelanleitung" von dieser Seite vorgelesen zu bekommen. Als nächstes werden als Zeugen zwei Beamte des politischen Kommissariats Gießen vernommen, die die Durchsuchung im Buchladen „Kleine Freiheit" vornahmen. Sie sagen aus, daß ihnen 5 Exemplare der RADIKAL 132 nach Vorlage des Durchsuchungsbeschlusses und der Nachfrage nach dieser Nummer ausgehändigt werden. Die befanden sich in einem Schiebeschrank in der Buchhandlung. Daraufin verzichteten sie auf eine weitere Durchsuchung. Auf der vom BKA beschlagnahmten Paketkarte waren aber 15 Exemplare vermerkt. Der Beamte konnte nicht ausschließen, daß sich die restlichen 10 Expl. auf der durch die Schiebetür verdeckten Seite des Schrankes befanden, die er nicht einsehen konnte. Auf die Frage, ob sie den Buchladen und die Buchhändlerinnen kennen, sagten sie: *„Ja, da guckt man ab und zu mal rein"*. Nach der Vernehmung dieser Zeugen folgte eine kurze Prozeßpause. Anschließend nahm der Prozeß einen überraschenden Verlauf. Der Staatsanwalt verzichtete auf weitere Zeugen. Die Verteidigung auch. Der Staatsanwalt begann mit seinem Plädoyer. Als erstes bedauerte er, daß die Angeklagten keine Einlassungen gegenüber dem Gericht gemacht hätten (wie 7 von 10 anderen Buchläden). Dies hätte es der Staatsanwaltschaft sicher leichter gemacht. Zur Ermordung von Siemens-Manager Beckurts vertrat er die Meinung, daß dies damals durch alle Medien gegangen sei. Und selbstverständlich sei es durch das Grundrecht auf Informationsfreiheit richtig und notwendig, daß Erklärungen zu solchen Taten vollständig abgedruckt würden. Diese Aussage überraschte die ZuhörerInnen doch sehr. Was allerdings auf keinen Fall sein dürfte, wären *„Schähmaufrufe die der RAF nützten"*. Damit meinte er die Grußadresse in der RADIKAL 132 an das Kommando, das Beckurts umbrachte. Danach kam er zu der Frage, ob die Angeklagten Kenntnis vom Inhalt der RADIKAL 132 hatten. Dabei vertrat er die Auffassung das *„Die Sicherheit, die erforderlich ist, nicht gegeben ist"*. Deshalb beantragte er zur Überraschung aller Freispruch, was unter den ZuhörerInnen spontanen Beifall auslöste. Die Verteidigung schloß sich in ihrem Plädoyer, wie schon zu Beginn der Verhandlung, dieser Forderung an. Nach einer nur 30minütigen Pause erfolgte das Urteil:Freispruch aus tatsächlichen Gründen. Der Senat sei nicht in der Lage gewesen, den Nachweis zu erbringen, ob der Inhalt der RADIKAL 132 den Angeklagten bekannt gewesen sei und ob die fehlenden 10 Exemplare sich vielleicht doch noch im Laden befunden hätten. Auch hier Beifall von den ZuhörerInnen.

RADIKAL 133

Daß Polizei und Staatsanwaltschaft lernfähig sind und sich auf allen erdenklichen Ebenen weiterbilden, konnte man/frau seit dem 5. August sehen. Seit dem ist bundesweit wieder die politische Polizei unterwegs, um die ihr bekannten „Alternativ"läden aufzusuchen. Die Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes haben festgestellt, daß die neue Nummer der RADIKAL 133 auf dem Markt ist, und haben daraufhin ein Ermittlungsverfahren gegen die Verfasser, Hersteller und Erstverbreiter nach § 129 a StGB eingeleitet sowie die Beschlagnahme angeordnet. Im Unterschied zu dem Vorgehen bei RADIKAL 132, wo in Läden und z.T. in Wohnungen Durchsuchungen stattfanden und gegen die Betroffenen in der Regel Ermittlungsverfahren eingeleitet wurden, geht es jetzt „nur" um die Aushändigung des Beschlagnahmebeschlußes mit der Aufforderung, die vorhandenen Exemplare auszuhändigen. Später eintreffende Exemplare seien sofort der Polizei zu übergeben. Diese neue Vorgehensweise bedeutet zunächst Freundlichkeit und Verzicht auf die übliche Durchsuchungspraxis, ist aber vorsichtig ausgedrückt zweischneidig:
1. Mensch könnte jetzt denken, Justiz- und Strafverfolgungsbehörden haben ihr nicht-rechtsmäßiges Vorgehen bei der Radikal 132 erkannt und begeben sich jetzt zurück auf die korrekte Ebene, indem ersteinmal Mensch darüber aufgeklärt wird, er könne sich strafbar machen, wenn ... Die Erhaltung freiheitlich-demokratischer Spielregeln sei jetzt auch von Justiz und Polizei wieder als notwendig erachtet.
2. Die potentiell Betroffenen könnten sich freuen, da sie nicht mehr juristischen Unsicherheit und Unkenntnis zum Opfer fallen, sondern fürsorglich darauf aufmerksam gemacht werden, was erlaubt sei und was nicht.
3. Wenn die Polizei in dieser Art

und Weise flächendeckend vorgeht, dürfte sichergestellt sein, daß niemand mehr in seinen, der allgemeinen Öffentlichkeit zugänglichen Räumen, diese Nummer offen auslegt. So ist der Verbreitungsgrad der Radikal endgültig auf „informierte Insider" eingeschränkt. Nicht nur die Herstellung, sondern auch die Verbreitung und das Lesen (?) verschwindet in die Illegalität.

4. Sollte diese Praxis Schule machen, wird der öffentliche Austausch über Ideen, Meinungen, Einschätzungen und Praxis, der sich aus den unterschiedlichsten Quellen speißt, endgültig verhindert. Die linken Buchläden können sich endlich nunmehr der marktorientierten Ausrichtung ihrer Sortimente widmen und so durch die hemmungslose Teilnahme am kapitalistischen Warentausch endgültig zur Stütze des Systems werden.

5. Wer sollte denn nicht helfen wollen, bei der Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung. Und wenn Mensch so freundlich gebeten wird, doch mit der Polizei zusammen zuarbeiten, erspart er/sie sich viel Ärger – wenn die inkriminierten Schriften und alle, die dazugehören könnten, gleich bei den Behörden abgegeben werden – und den Beamten viel Aufwand.

6. Auch gestaltet sich so der Kontakt zwischen Polizei und Szene viel enger als das gewöhnlich durch Gummiknüppel möglich ist. Die Anwesenheit der politischen Polizei zu einem Bestandteil der Existenz. Die Herren vom K 14 schauen dann halt alle zwei Wochen nach, ob noch alles in Ordnung ist und geben freundliche Tips zur Gefahrenvermeidung. Freund und Feind vermischen sich bei Plauderei. Und natürlich hält sich die Staatsgewalt bei den Uneinsichtigen den sofortigen Zugriff offen – aber, das nur unter uns.

HESSISCHE/NIEDERSÄCHSISCHE
ALLGEMEINE Dienstag, 29. September 1987

Zwei Baufahrzeuge zerstört / „Antifaschistisches Kommando Günter Sare"

Erneut Anschlag an Bundesbahn-Neubautrasse

Göttingen (jtr). Ein „Antifaschistisches Kommando Günter Sare" hat sich zu einem Brandanschlag bekannt, der am Montagmorgen auf zwei Baufahrzeuge einer Firma aus Osterode am Harz verübt wurde, die mit der Verlegung von Glasfaserkabeln in Göttingen beauftragt war. Der Tatort liegt in der Nähe der neuen Eisenbahnbrücke im Rinschenrott an der Bundesbahn-Neubautrasse Hannover-Würzburg. Die Kriminalpolizei vermutet daher Zusammenhänge mit früheren Anschlägen auf DB-Baustellen zwischen Edesheim und Hohnstedt (Kreis Northeim) und im Mackenrodt-Tunnel bei Jühnde (Kreis Göttingen).

Bei dem gestrigen Anschlag brannten die beiden Fahrzeuge, ein Schaufellader und ein Mehrzweckgerät, trotz Einsatzes der Feuerwehr aus. Der Schaden wird mit 250 000 DM angegeben.

An der Tür eines Bauwagens war ein „Bekennerbrief" angeheftet. Darin wird an den Tod des Frankfurter Demonstranten Sare am 28. September 1985 erinnert. Heute würde „dieser politische Mord in Vergessenheit gedrängt, doch wir haben nichts vergessen", heißt es weiter.

KOMMUNIQUE

Am 28.9.1985 wurde Günter Sare bei einer antifaschistischen Demonstration gegen die NPD in Frankfurt von der Polizei ermordet. Dieser politische Mord führte zu Unruhen und Anschlägen in der ganzen BRD und teilweise im Ausland. Heute wird das in die Vergessenheit gedrängt.

Doch wir haben nichts vergessen und deshalb in der Nacht zum 28.9.1987 in Göttingen zwei Baumaschinen der Firma "Wenzel" (Hoch-Tiefbau) den Flammen zum Opfer fallen lassen.

Damit können wir zwar nicht die fehlende Kontinuität und Perspektivlosigkeit in großen Teilen der "revolutionären" BRD-Widerstandsbewegung beheben, aber doch die uns dringlich erscheinenden Schwächen (fehlende Kontinuität und Perspektive) an einem konkreten Punkt kritisch in Erinnerung rufen. Den Mord an Günter und die damit verbundenen Geschehnisse ein wenig aus der Vergessenheit zu reißen ist für uns aber genauso wichtig wie die allgemeine Kritik an der "Bewegung".

Die Firma "Wenzel" war gerade damit beschäftigt, an der Brücke "Im Rinschenrott" Verkabelungen vorzunehmen. Die Brücke 'Im Rinschenrott" führt an dieser Stelle über Eisenbahnlinien, und wurde wegen des DB-Trassenbaus extra verändert. (Die Brücke mußte wegen der neuen Oberleitungen verlängert und erhöht werden.) Somit profitiert auch die Firma "Wenzel" am Trassengeschäft.

Wir haben uns diese Sache ausgesucht, weil mensch die politische Ebene nicht von der ökonomischen trennen kann.

Ausbeutung und Herrschaft werden ökonomisch organisiert und abgesichert. Daher rangieren für uns imperialistische Projekte wie die Trasse, und daran profitierende kapitalistische Unternehmen als Angriffsziele gleichbedeutend neben Polizeieinrichtungen, Banken, usw.

Wer hier unterscheidet und meint, im Zusammenhang mit dem Mord an Günter nur Bullen etc. angreifen zu können, denkt (handelt?) nur vom Bauch zum Kopf und wieder zurück.

FÜR JEDE/N GETÖTETE/N GENOSSIN/EN
REICHT UNS DIE TRAUER NICHT
IHR BEZAHLT UNS ALLES
UND IHR BEZAHLT ES TEUER

Antifaschistisches Kommando Günter Sare

Erneut ein Brandanschlag auf Baufirma verübt

Eine „Autonome Zelle" hat offenbar erneut einen Brandanschlag auf eine Baufirma verübt. Dies geht aus einem Schreiben hervor, das gestern beim Tagesspiegel einging. Wie der polizeiliche Staatsschutz daraufhin bestätigte, ereignete sich der Anschlag bereits in der Nacht zum 16. September auf einer Baustelle der Firma Dyckerhoff und Widmann AG an der Tempelhofer Rathausstraße.

Dabei war der Motorraum eines Aushubkranes durch zwei Brandflaschen entzündet worden, beträchtlicher Sachschaden entstand. Nach der Tat hatte die Polizei auf dem Baugelände ein Papier gefunden, auf dem „Das Kriegsprojekt WAA Wackersdorf verhindern" zu lesen stand. Der Firma wird eine Beteiligung am Bau der Wiederaufarbeitungsanlage vorgeworfen. Unterzeichnet war das Schreiben ebenso wie jenes an unsere Redaktion von einer „Autonomen Zelle Erna Sielka".

Die gleiche Gruppierung will bereits im März dieses Jahres und im Oktober 1986 Brandanschläge auf Baufirmen verübt haben, bei denen insgesamt über eine Million DM Sachschaden, entstanden war. Die 61jährige Erna Sielka hatte bei einer polizeilichen Absperrung in Wackersdorf einen tödlichen Herzinfarkt erlitten. (Tsp)

DER TAGESSPIEGEL DIENSTAG, 22. SEPTEMBER 1987

DAS KRIEGSPROJEKT WAA-WACKERSDORF VERHINDERN!

In der Nacht vom 15. zum 16. September haben wir in Berlin-Tempelhof an der Germelmannbrücke auf einer Baustelle einen großen Raupenbagger der Dywidag mit Brandsätzen zerstört. Dywidag ist neben Hoch-Tief, Heitkamp, Lurgi, Uhde und KWU aktuell am Bau der WAA beteiligt.
Perspektive von Angriffen gegen WAA-Baufirmen ist deren Arbeitsalltag überall empfindlich zu stören, ihre Profite zu schmälern, die Firmen letztendlich vom WAA-Projekt zurückziehen.
Wichtig dazu ist eine bundesweite Ausweitung der Aktionen!
In diesem Zusammenhang begrüßen wir auf's schärfste die jüngsten Angriffe in Bochum gegen Heitkamp, bei München gegen Dywidag sowie die Erklärung der anarchistischen Zellen.
Bis bald in der Oberpfalz zu den Aktionstagen und Großdemo am 10. Oktober!

Autonome Zelle Erna Sielka

Ausgewählte Dokumente der Zeitgeschichte

Zum 1. Oktober gibt der Verlag GNN eine Dokumentation der Auseinandersetzung zwischen der Roten Armee Fraktion und dem Staatsapparat der BRD heraus. Sie enthält programmatische Schriften und Erklärungen der RAF sowie Texte des Staatsapparates und des gesellschaftlichen Überbaus zwischen 1970 und 1984, schwerpunktmäßig bis 1977.

Mit der Veröffentlichung von nicht oder nur schwer öffentlich zugänglichen, von verschütteten, unbekannten oder ignorierten Quellen will der Verlag GNN zur notwendigen Aufarbeitung der Auseinandersetzung beitragen. Die Dokumentation von Schriften der RAF soll die Kenntnis ihrer politischen Zielsetzungen, ihrer Kritik am US-Imperialismus und am Imperialismus der BRD und ihre Begründung des Konzepts Stadtguerilla vermitteln. Die Dokumentation von Texten der Staatsorgane und des gesellschaftlichen Überbaus hellt auf, wie die satte Zufriedenheit der sich erneut Weltgeltung verschaffenden imperialistischen Herrschaft mit eiskaltem Vernichtungswillen auf die „Herausforderung des Terrorismus" reagiert hat.

Die Dokumentation umfaßt ca. 140 Seiten im DIN A4-Format. Preis: 8 DM. Bestellungen an: Verlag GNN, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1.

STERN-Interview mit Christian Lochte, Chef des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz, über den Fall Schleyer, die RAF heute, Kronzeugenregelung und Amnestie

STERN: Herr Lochte, vor zehn Jahren hat die Bundesregierung im Entführungsfall Schleyer nicht nachgegeben – die RAF ermordete ihre Geisel. War die Entscheidung trotzdem richtig?

LOCHTE: Es war die staatspolitisch einzig richtige Entscheidung. Sie war ein Grund dafür, daß es keine terroristische Erpressung der Bundesregierung mehr gegeben hat.

STERN: Und wenn man damals der RAF nachgegeben hätte, um den Entführten zu retten?

LOCHTE: Dann wären die Schleusen für Nachfolgetaten geöffnet worden, der Staat wäre mitverantwortlich geworden am Tod weiterer Bürger.

STERN: Die Strategie der RAF hat sich geändert.

LOCHTE: Ja, seit 1982 lautet die Devise: »Eine breite, antiimperialistische Front schaffen«. Wir haben eine interessante Notiz aus 1983 von Helmut Pohl gefunden, dem Sinne nach: Entweder wir kommen noch einmal in Gang, oder es ist Schluß.

STERN: Offenbar ist noch lange nicht Schluß. Wie stark ist das derzeitige RAF-Kommando?

LOCHTE: Wie zur Schleyer-Zeit wieder etwa 15.

STERN: 15 Leute führen Krieg gegen 60 Millionen?

LOCHTE: Nach deren eigenen Vorstellungen führen sie sogar eine Art Weltkrieg gegen die »Zentren des Imperialismus«: USA, Kanada, Japan, Israel und EG-Staaten.

STERN: Das sind doch schon Wahnvorstellungen.

LOCHTE: Es sind keine Verrückten, sie haben ein ideologisch verzerrtes Weltbild. Wenn wir sie effektiv bekämpfen wollen, müssen wir uns in ihre Gedankenwelt versetzen.

STERN: Die 15 im Untergrund haben Helfer. Es ist die Rede vom »legalen Arm der RAF«. Was ist das eigentlich?

LOCHTE: Der Begriff stammt von Ulrike Meinhof. Der »legale Arm«, das sind derzeit etwa 250 Leute, harte, überzeugte Gesinnungsgenossen, die legal leben, Gefangenenarbeit und Propaganda für die RAF machen, logistische Hilfestellung geben und Kontakte zu anderen Gruppen knüpfen. Darunter sind aber auch die Leute, die nach unserer Erfahrung jederzeit zur »kämpfenden Truppe« überwechseln können.

STERN: Woher bekommt die RAF immer wieder Nachwuchs?

LOCHTE: Um das am Beispiel der Gefangenenarbeit anschaulich zu beschreiben: Ein Mitglied der Legalen bringt jemanden dazu, einen inhaftierten Genossen im Knast zu besuchen. Das wird genau verfolgt. Wenn der Neue nur daran Interesse hat, dem Häftling Schokolade und einen warmen Pullover mitzubringen, also nur auf eine soziale Betreuung aus ist, kommt er für die RAF nicht in Frage. Wer in den Kreis aufgenommen werden soll, muß politisch auf die Linie einschwenken, daß alles, was die RAF gemacht hat, richtig und der Kampf in dieser Art fortzusetzen ist.

STERN: Und die autonomen Gruppen, die Revolutionären Zellen – gehören die auch zum RAF-Umfeld?

LOCHTE: Nein, das hat nichts miteinander zu tun, auch wenn in unterschiedlichster Form Solidarität bekundet wird. Ich kann nur unterscheiden, wer zur RAF gehört und wer nicht, wenn ich die politischen Inhalte zur Richtschnur der Erkenntnisse mache. Wenn man das nicht tut, passieren solche Fehler wie 1977.

STERN: Meinen Sie die Schleppnetz- und Rasterfahndungen Ihres früheren BKA-Kollegen Horst Herold?

LOCHTE: Das Hamburger Amt war schon damals gegen blinden Aktionismus. Wir plädierten dafür, daß auch in der Stunde der Not nicht die Spekulation, sondern die bisherigen Erfahrungen Grundlage aller Maßnahmen zu sein hätten. Es war davon auszugehen, daß die Entführung allein durch das Kommando unmittelbar geplant und ohne Wissen des Umfelds durchgeführt worden war. Das ist durch die Aussage Speitels nachträglich belegt worden, worauf hinzuweisen leider immer wieder angebracht ist. Damals wurden jedoch Tausende überprüft, gespeichert, observiert und abgehört, die nach unseren sicheren Erkenntnissen nichts mit der RAF zu tun hatten. Die Polizei mußte sich dabei völlig verzetteln.

STERN: Während der Schleyer-Entführung wurden in aller Eile Gesetze verabschiedet, um den Terrorismus besser bekämpfen zu können, etwa das Kontaktsperregesetz. Das verbot nun selbst den Anwälten, ihre Mandanten zu besuchen. Das Gesetz ist heute noch in Kraft. Hat es sich bewährt?

LOCHTE: Ich war damals sehr dafür. Die Vorstellung war unerträglich, daß die Stammheimer über willfährige Verteidiger Botschaften und Befehle aus der Haft an das Untergrundkommando weitergeben könnten. Im nachhinein mußten wir einsehen, daß das falsch war. Baader, Ensslin und Raspe wußten nicht, wer Schleyer entführt hatte, um ihre Freilassung zu erpressen. Und als die »Landshut« mit den Mallorca-Urlaubern von einem Palästinenser-Kommando gekidnappt worden war, da wäre es wichtig gewesen, den Schleyer-Entführern mitzuteilen, was die Stammheimer über diese Aktion dachten. Sie waren nämlich äußerst betroffen und wollten nicht freigepreßt werden im Austausch gegen Frauen und Kinder. Sie waren soweit, ihren Kampf aufzugeben gegen freien Abzug ins Ausland. Wenn diese Distanzierung über die Anwälte ihres Vertrauens öffentlich geworden wäre, hätte das RAF-Kommando Hanns Martin Schleyer vielleicht freigelassen. Also, mit dem Kontaktsperregesetz haben wir uns selbst ge-

schadet.

STERN: Gibt es seit der Schleyer-Entführung neue, bessere Rezepte zur Terrorismus-Bekämpfung? Etwa noch mehr Polizei, noch schärfere Gesetze wie Vermummungsverbot oder die »Kronzeugenregelung«. Halten Sie dies für einen vernünftigen Weg?

LOCHTE: Die Instrumente der Polizei und der Justiz reichen völlig aus. Was wir brauchen, ist eine verstärkte nachrichtendienstliche Arbeit.

STERN: Mehr V-Leute, mehr Observierungen, mehr angezapfte Telefone?

LOCHTE: Selbstverständlich, alles was sinnvoll und gesetzmäßig ist. Mehr sage ich dazu nicht.

STERN: Was halten Sie von der Praxis, RAF-Anhängern Belohnungen bis zu einer Million Mark für Tips anzubieten, die zur Ergreifung von RAF-Tätern führen?

LOCHTE: In großem Umfang sind Millionen-Angebote gemacht worden. Wie nicht anders zu erwarten ohne Erfolg. Wir wissen, daß wir es bei den Untergrundkämpfern und auch bei den Leuten des »legalen Arms« mit hundertprozentigen Überzeugungstätern zu tun haben. Sie sind nicht zu kaufen, auch nicht mit einer Million. Im Gegenteil, solche Angebote bestärken sie nur in ihrer Überzeugung, das System sei am Kippen und greift zum letzten Rettungsanker = Geld.

STERN: Wären Sie für eine Amnestie von Terroristen, die ihre Strafe zum großen Teil abgesessen und sich von der RAF losgesagt haben? Könnte man damit Leute aus dem Umfeld zur Umkehr bewegen?

LOCHTE: Ich bin aus rechtstechnischen Überlegungen gegen ein Amnestie-Gesetz. Den Grundgedanken einer Amnestie für RAF-Aussteiger propagiert das Hamburger Amt schon lange über das Bewährungs- und Gnadenrecht. Das muß man individuell verwirklichen.

STERN: Und warum passiert das nicht?

LOCHTE: Weil Polizei und Justiz immer noch Vorbehalte haben: Eine Abkehr von der RAF könne ja auch bloße Taktik von Leuten sein, die nach der Freilassung doch wieder die Knarre in die Hand nehmen. Aber das kann ich ausschließen. Wer sich da lossagt, der hat sich aus wirklicher Überzeugung für immer entschieden.

STERN: Können Sie Namen von Häftlingen nennen, die sich von der RAF getrennt haben und die Sie deshalb auch begnadigen würden?

LOCHTE: Die Liste der Aussteiger ist lang, zum Beispiel Boock, Wackernagel und Schneider, aber auch Jünschke.

STERN: Gibt es nach Ihren Erkenntnissen auch »heimliche« Aussteiger?

LOCHTE: Da gibt es etliche – jedenfalls etliche Leute, auf deren Spuren im Zusammenhang mit terroristischen Aktionen wir schon seit Jahren nicht mehr gestoßen sind. Deshalb ist in diesen Fällen anzunehmen, daß sie ausgestiegen und im Ausland untergetaucht sind. Von einigen wissen wir es positiv.

STERN: Kann man bei der RAF aussteigen, ohne Rache fürchten zu müssen?

LOCHTE: Das kann man. Voraussetzung ist, das man keinen Verrat begeht, sich aber andererseits aus überzeugenden ideologischen Gründen verabschiedet. Einzelbegnadigungen und großzügige Bewährungsmaßnahmen haben durchaus einen Effekt auf wankelmütig gewordene RAF-Mitglieder. Nach meiner Meinung ist dieses ein seriöses Angebot des Staates an seine extremsten Feinde, das einzig wirksame Angebot.

STERN: Wenn wir Sie richtig verstehen, ist es Ihnen egal, ob die selbsternannten Revolutionäre heimlich oder offiziell aussteigen, Hauptsache, sie bomben und morden nicht mehr?

LOCHTE: Natürlich, ich bin ja kein Strafverfolger. Für mich ist es wie bei der Spionage-Abwehr: Wer nicht mehr Spion ist, ist aus unserer Sicht erledigt und nicht mehr gefährlich für unsere Gesellschaft. Als ehemaliger Richter weiß ich natürlich, daß die Interessenlage der Justiz etwas anders ist.

STERN: Und die »Kronzeugenregelung«, die ja wieder im Gespräch ist – erwarten Sie davon Erfolg?

LOCHTE: Die ist meiner Meinung nach unseriös. Da wird von ehemaligen Überzeugungstätern gefordert, daß sie ihre früheren Freunde und Mitkämpfer verraten. Das ist ihnen aus Selbstachtung nicht möglich. Sie verzichten lieber auf Vorteile. Im übrigen: Aussteiger aus Überzeugung fürchtet die RAF am meisten.

STERN: Mit dieser Meinung stehen Sie wohl ziemlich allein bei Ihren Kollegen.

LOCHTE: Das mag sein. Es gibt auch Zustimmung bei denen, die den Terrorismus nicht nur polizeilich betrachten, sondern sich bemüht haben, die Gedankenwelt der Terroristen zu erfassen und danach nicht nur die Bekämpfung, sondern auch die mögliche Befriedung ausrichten.

PRESSESPIEGEL

"Doppelschlag gegen "Terroristen"

Wie erst jetzt bekannt wurde, haben Polizeieinheiten vorgestern früh in Freiburg, Karlsruhe, Hamburg, München, West-Berlin und Offenbach Wohnungen durchsucht und mehrere Leute vorläufig festgenommen. Anlaß für die Aktion war nach einem Bericht der Bonner Tageszeitung 'Die Welt' angeblich die Selbstanzeige eines RAF-Unterstützers. Eine 22jährige Studentin aus Offenbach sei verhaftet worden.

(taz 19.9.87)

Die Durchsuchungswelle erinnert an den Skandal um den "Schwarzen Block"

Er stützt sich allein auf die Aussage eines Dirk S., der sich in West-Berlin der Polizei gestellt hat. Nach seinen Aussagen haben Andrea B., eine weitere Frau, nach der die Polizei noch fahndet, und er selbst, kaum daß sie sich kennengelernt haben, Ende August eine "terroristische Vereinigung" gegründet und wenige Tage später bereits begonnen, den Vorsitzenden Richter am OLG Stuttgart auszuspähen und gleichzeitig einen Brandanschlag auf das Amtsgericht Offenbach vorzubereiten.

Durchgeführt werden sollte der Anschlag nach Aussagen von Dirk S. mit einer Sprengmischung aus "Unkraut-Ex", das die Gruppe angeblich in einem Baumarkt geklaut hat, und Puderzucker. Die Utensilien seien, so der Haftrichter am BGH von Gerlach, in einem Erddepot bei Möhrfelden-Walldorf versteckt worden.

Zweifel machen sich auch an der Person des Kronzeugen fest, der 1984/85 im Knast saß und den Hungerstreik der RAF Gefangenen unterstützte, aber trotz erheblichen Engagements von Anwälten und antiimperialistischen Gruppen auf Distanz gehalten wurde, weil seine angebliche Geschichte und politische Sozialisation als falsch entpuppt hatte.

Auffällig ist, daß sich S. freiwillig der Polizei gestellt hat, ohne daß er gesucht oder zufällig verhaftet worden wäre.

Offensichtlich in keinem Zusammenhang zur Verhaftung von Andrea B. steht nach Informationen der taz die Verhaftung des Bundeswehrsoldaten Peter R. am 10. September. R. wurde offenbar beschattet, seit er am 6. September an einem Infostand aktiv war, an dem auch die antiimperialistische Zeitschrift 'Zusammen kämpfen' auslag. Als er nach einem Treffen im Koblenzer Infoladen eine Plastiktüte mit Sprengzündern, die in der Umgebung jedes Truppenübungsplatzes zu finden sind, in eine Mülltonne warf und dabei beobachtet wurde, lieferte das der Polizei den Anlaß für seine Festnahme. Offiziell heißt es, R. sei beim "Aufbau eines Depots" als RAF-Sympathisant "enttarnt" worden.

(taz 21.9.87)

Der Soldat war bereits am 10. September festgenommen worden. Die Polizei fand bei ihm Sprengmittel und Zeitzünder aus Bundeswehrbeständen, darunter einen Minen-Zünder. Peter R. besaß ferner eine Anleitung zum Zerstören von Überland-Strommasten. Er sammelte Unterlagen über den von der RAF geplanten Aufbau einer "Westeuropäischen Front". Ein Aktenordner enthielt etwa 50 Kopien von Texten der französischen Terrorgruppe "Action Directe". Eine direkte Verbindung zum "harten Kern" der RAF wurde jedoch nicht festgestellt.

(die welt 19.9.87)

Er wird beschuldigt, im Februar auf einem Kasernengelände im Raum Koblenz für die RAF Farbschmierereien begangen zu haben. Anfang dieses Monats habe er in Koblenz neben Flugblättern auch die RAF-Untergrund-Zeitung 'Zusammen kämpfen' verbreitet. Ebenfalls Anfang September soll er bei der Bundeswehr mehrere Minenzünder und Sprengmittelzünder gestohlen haben.

(21.9.87)

Andrea B. total isoliert

Haftbedingungen in Preungesheimer Frauenknast seit Montag verschärft.

Sie darf weder das Anstaltsradio hören, noch ist es ihr erlaubt, die Anstaltszeitung oder Bücher aus der Knastbibliothek zu lesen.

Seit Montag sind aber nicht nur Andrea's Haftbedingungen verschärft: auch Mareile Schmergens, Gisela Dutzi und Ingrid Barrabas wurde die bis dahin bewilligten zwei Stunden Aufschluß täglich gestrichen.

Die Aussage von Dirk S. löste bundesweite Razzia aus In den Augen Hamburger Sicherheitsexperten ist er aber ein Aufschneider und "geistig nicht in der Lage", die RAF-Ideologie zu begreifen

Weder er noch die Frauen in Offenbach, mit denen er, kaum daß er sie kannte, eine "terroristische Vereinigung" gegründet haben will, "haben mit der RAF zu tun", so der Hamburger Verfassungsschutzchef Lochte zur taz.

Der 25jährige Dirk S. hatte in frühere Haft zum ersten Mal RAF-Texte gelesen, sich an Hungerstreiks beteiligt und Briefe an RAF-Häftlinge geschrieben. Die Schreiben wurden kontrolliert, aber nach dem Urteil der Prüfer war Dirk S. "geistig nicht in der Lage", die dahinterstehende politische Ideologie zu begreifen. Nach seiner Entlassung wurde er von der Hamburger Rechtsanwältin Ute B. betreut, deren Praxis nun ebenfalls wegen Verdachts auf "Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" durchsucht wurde. Anschließend ging Dirk S. nach Berlin. Dort will er Unterlagen über die angebliche Gründung eines RAF-Ablegers in der U-Bahn liegengelassen haben.

(taz 24.9.87)

PRESSEERKLÄRUNG

Hamburg 24.9.1987 - Als Verteidiger von Frau Rechtsanwältin Ute Brandt teilen wir mit:

Am Donnerstag, dem 17.9.1987, wurde von der Bundesanwaltschaft und der für Ermittlungen in politischen Strafverfahren zuständigen Fachdirektion 7 der Hamburger Polizei das Büro und die Wohnung unserer Mandantin durchsucht. Zur Begründung wurde von dem aus Karlsruhe angereisten Oberstaatsanwalt Senge ein Durchsuchungsbeschluß des Ermittlungsrichters des Bundesgerichtshofs vorgelegt, in dem gegen unsere Mandantin der Vorwurf erhoben wird, sie habe "für die Zwecke und Ziele der 'Roten Armee Fraktion' (RAF) geworben" (Par. 129a StGB).

Im Durchsuchungsbeschluß heißt es:

"Sie steht im Verdacht, unter Mißbrauch ihrer anwaltlichen Tätigkeit dem Häftling St. während dieser Zeit (der Haftbetreuung vom 29.8.85 bis 6.5.87, d. Verf.) zahlreiche Texte der terroristischen Vereinigung 'Rote Armee Fraktion' (RAF) verschafft zu haben,..."

Grundlage des Ermittlungsverfahrens waren zum Zeitpunkt der Durchsuchung Beschuldigungen des ehemaligen Mandanten St., von dem es im Hamburger Abendblatt vom 23.9.1987 heißt: "Dagegen sind sich Hamburger Sicherheitsexperten längst sicher: Dirk St. ist ein Aufschneider. Er sei, sagt ein Beamter des Staatsschutzes, "nur ein Gernegroß, ja ein Spinner".

Bei der Bürodurchsuchung wurden von Oberstaatsanwalt Senge das Prozeßregister der Kanzlei sowie insgesamt elf Akten durchgesehen, eine Akte (nicht die betreffend Dirk St.!) wurde beschlagnahmt. Bei der Wohnungsdurchsuchung wurden auch Zimmer völlig unbeteiligter Mit-Mieter von Frau B. durchsucht und fotografiert.

Zur Kanzleidurchsuchung wurden neben den beiden Karlsruher Dienstwagen "wegen zu erwartender Öffentlichkeit" (Kriminalbeamter Riege von FD 7) insgesamt jeweils zwei vollbesetzte Mannschafts-, Streifen- und Einsatzfahrzeuge der Hamburger Polizei aufgeboten.

Zu diesem Sachverhalt geben wir die folgende Stellungnahme ab:

Die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens sowie die Durchsuchung eines Anwaltsbüros ist angesichts der offenbar schon in Polizeikreisen höchst umstrittenen Glaubwürdigkeit des "Kronzeugen" Dirk St. ein Skandal.

Mit der Einleitung dieses Ermittlungsverfahrens gegen die ehemalige Verteidigerin verschafft sich die Bundesanwaltschaft den Vorwand, um in die geschützte Vertrauenssphäre zwischen Verteidiger und Mandant einzubrechen und Einzelheiten über bestimmte Mandate zu erfahren.

Hiermit setzt die Bundesanwaltschaft die Tradition der Angriffe auf politische Verteidigung aus den siebziger Jahren fort: Nachdem vor dem ersten großen "RAF-Prozeß" in Stammheim im Jahr 1975 einige langjährige Verteidiger der Komplizenschaft verdächtigt worden waren, wurden sie aus dem Verfahren ausgeschlossen. Die Rechtsanwälte Groenewold Croissant, Müller und Neverla sind teilweise zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt worden.

Auch im Fall von Frau Brandt ist zu befürchten, daß sie in der Wahrnehmung der ihr von politischen Gefangenen übertragenen Mandate behindert oder dies ihr sogar gänzlich unmöglich gemacht werden wird.

Das massive Polizeiaufgebot bei der Bürodurchsuchung stellt darüber hinaus eine ebenso massive wie ungerechtfertigte Beeinträchtigung der Kanzleiarbeit sowie eine Diskriminierung gegenüber den Anwohnern und Mandanten dar. Durch die Umstände der Polizeiaktion sollen Frau B. und ihr Büro als "Komplizen inhaftierter Terroristen" vorverurteilt werden.

Rechtsanwalt

ERSTE (23.9.87) INFORMATIONEN ZU DEN BUNDESWEITEN STAATSSCHUTZAKTIONEN VOM DONNERSTAG, DEN 17.9.87

1. **Chronologie und Begründung der bundesweiten Hausdurchsuchungen und Aufbau der Konstruktion im Haftbefehl als Folge der Aussagen des Spitzels.**
2. **Einiges zum Nachweis des Spitzelvorwurfs**
3. **Einige Gedanken zu drinnen und draußen**

1. am 17.9.87 fanden in ffm/offenbach, berlin, freiburg, münchen, karlsruhe, hamburg zur gleichen zeit hausdurchsuchungen statt (BKA/LKA/BAW/teilweise SEK). die durchsuchungsbefehle, ausgestellt auf 5 (evtl. 6) frauen und 4 männer, sind mit dem folgenden verdacht begründet:

"mitgliedschaft in einer terroristischen vereinigung, die sich als teil des antiimperialistischen widerstands begreift und sich zum ziel gesetzt hat, den justizapparat mit sprengstoff- und brandanschlägen anzugreifen. die vereinigung besteht seit mindestens sommer 87 in den städten ffm/offenbach, freiburg, karlsruhe und berlin."
(zitat hausdurchsuchungsbeschluß)

mindestens 14 personen wurden vorläufig festgenommen, zum teil ed-behandelt und verhört (alle keine aussagen). insgesamt wurden haftbefehle gegen 2 frauen aus offenbach erlassen. eine dieser frauen, andrea, sitzt seit 17.9. in u-haft in preungesheim. am 18.9. wurde sie dem haftrichter (BAW-karlsruhe) vorgeführt.

der haftbefehl lautet:

1. im august 87 in offenbach/main eine vereinigung gegründet zu haben, deren zwecke und deren tätigkeit darauf gerichtet sind, gemeingefährliche straftaten (Par. 306 bis 308, 311 abs. 1 des stgb.) zu begehen, und sich seither als mitglied in dieser vereinigung beteiligt zu haben,
2. anfang september 87 mit anderen ein verbrechen verabredet zu haben,
3. am 4.9.87 in ffm eine fremde bewegliche sache einem anderen in der absicht weggenommen zu haben, dieselbe sich rechtswidrig zuzueignen.

verbrechen und vergehen strafbar nach dem Par. 129a abs. 1, 30 abs. 2, 242, 25 abs. 2, 52 des stgb..

der haftbefehl und die hausdurchsuchungen sind die direkte folge einer aussage, eines gewissen dirk strandenaes, der sich am 15.9. "freiwillig gestellt" hat.

nach seiner konstruktion habe er selbst, mit andrea und einer anderen frau eine gruppe gegründet, die zum ziel hatte den 'staat' zu bekämpfen. "die gruppe verstand sich als teil des revolutionären, antiimperialistischen kampfes und trachtete danach sich durch die verübung von brand- oder sprengstoffanschlägen in die von der terroristischen vereinigung RAF propagierte einheitsfront von guerilla und widerstand einzuordnen." (zitat haftbefehl) weiterhin gab er an, daß sie gemeinsam material zum bau von sprengsätzen beschafft hätten, um am 11.9.87 das amtsgericht offenbach anzugreifen. "gleichzeitig" hätten sie angeblich den vorsitzenden richter des olg-stuttgart und die BAW bzw. Bgh karlsruhe als mögliche angriffsziele ausgespäht. sämtliche gegenstände hätte die gruppe bei walldorf in einem erddepot gebunkert. er behauptet, "zu der verübung des brandanschlages wäre es nicht gekommen, weil die weiblichen gruppenmitglieder vor dem 11.9. offenbach zur wahrnehmung eines "treffs" verlassen mußten." (zitat haftbefehl)
aber damit nicht genug: er beschuldigt weiterhin eine anwältin in hh und einen anwalt in berlin (beides anwälte, die 129a verfahren führen) ihn während seiner knastzeit agitiert und mit schriftmaterial versorgt zu haben. bei diesen anwälten liefen daraufhin kanzleidurchsuchungen, die mit dem verdacht auf werbung begründet sind.
für den BGH-ermittlungsrichter ergibt sich der "dringende tatverdacht" lediglich aus der tatsache, daß d.s. sich durch seine aussagen selbst belastet.

2. die politische staatsschutzkonstruktion: "spitzel" d.s. ist klar und wird an folgenden punkten seiner geschichte offengelegt:
seit dez. 79 saß d.s. mit kurzen unterbrechungen bis mitte mai 87 im knast aufgrund von beschaffungs- und drogendelikten. von frühjahr 84 bis mai 87 wegen Vergewaltigung in verbindung mit btm/beschaffungskriminalität (war nicht bekannt); 84/85 unterstützte er den hs der politischen gefangenen durch eine 2wöchige beteiligung. seine versuche kontakte zu knüpfen scheiterten an denselben verhaltensweisen, die er auch nach seiner entlassung an den tag legte. am 6.5.87 wurde d.s. auf 2/3 entlassen. bei den leuten, die er nacheinander mit sich konfrontierte erweckte er durch militaristische provokationen, übertriebene neugierde und der diskrepanz zwischen seiner inhaltlichen tiefe und seiner vorstellung von "praxis" (militanzdebatte!) starkes mißtrauen.
mehr und mehr stellte sich heraus, daß seine geschichte und angebliche politische entwicklung nicht authentisch ist. bei der folgenden überprüfung seiner haftgründe kam weiterhin heraus, daß er ein vergewaltiger ist. diese tatsache wurde von ihm nie bekannt gemacht, geschweige denn die zugrundeliegende problematik thematisiert, weil er wohl sehr genau wußte wie viele türen diese tatsache für ihn zuschlagen würde. als er am 13.9. mit seinem gesamten verhalten hart konfrontiert wurde zerbrach seine angeblich politische identität völlig.
er stellte sich freiwillig den bullen, weil er folgerichtig realisierte, daß seine laufbahn in linken radikalen strukturen damit beendet war.

3. es geht nicht um die konstruktion als konstruktion, sondern um das was sie bewirken soll. es geht nicht um aktion und daraus folgende spekulationen, sondern es geht gegen sich politisch revolutionär organisierende menschen und strukturen, in denen andreas identität ein teil ist.

das heißt draußen:
- kriminalisierung -
spitzel sind eine gängige methode und haben die funktion
- menschen, die versuchen sich in ihrem kampf zu organisieren durch verfahren, knast und isohaft in ihrer identität anzugreifen
- spaltung anhand von verwirrung durch bruchstückhafte informationen und falsche interpretationen zu erzeugen.
- entschlossenheit anzugreifen
- laufende diskussionen und entwicklungen zu blockieren durch permanentes beschäftigen mit ermittlungsarbeiten.
nicht nur durch hausdurchsuchungen und personendateien, sondern auch durch diffuse spekulationen zieht der staatsschutz seinen nutzen.

das heißt drinnen:
am donnerstag früh um 7 uhr stürmte nach zweimaligem kurzem klingeln ein BKA-überfallkommando die offenbacher wohnung, in der andrea schlief. sofort hielten sie ihr die knarre an den kopf. in dieser situation versuchte sie sich normal zu verhalten und sich nach ihrem willen anzuziehen. die bullen reagierten daraufhin nervös und brutal und kugelten ihr, bei dem versuch ihren widerstand zu brechen, den arm aus. bekleidet mit ihrer dicksten lederhose und ohne schuhe wurde sie abgeschleppt. die durchsuchung in der offenbacher wohnung fand also BAW/BKA/LKA "intern" statt.
zu den knastbedingungen von andrea:
andrea sitzt in totaliso ("mit 24-punkte programm") in preungesheim. andrea hat bisher nichts reinbekommen (kleidung, schreibmaterial, etc.) und wurde zudem gezwungen knastoberbekleidung zu tragen.

diese infos müssen euch erst einmal zur auseinandersetzung reichen. unsere aufforderung ist, daß ihr inhaltlich genau diskutiert!!
eine politische einschätzung ist aufgrund verschiedener faktoren noch nicht sinnvoll/möglich, ebenso wie ein detaillierter nachweis der spitzelkonstruktion.

LIEBE UND KRAFT FÜR UNSERE GENOSSIN ANDREA!!!

"LIEBE GRÜSSE AN ALLE DRAUSSEN! ICH KOMME MIT DER SITUATION KLAR:
DRINNEN IST ES SO WIE DRAUSSEN, NUR ANDERS!!!"
(ZITAT ANDREA)

hier ist die adresse: **SCHREIBT IHR!!!**

Andrea Butt
jva 3 preungesheim
obere kreuzeckerstr.
über ermittlungsrichter des bgh
dr. gerlach
herrenstr.
karlsruhe

ZU DEN VORGÄNGEN UM DIRK STRANDENAES

(insbesondere für die Betroffenen aus Berlin, Offenbach, Karlsruhe, München und Freiburg)

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir halten es für absolut notwendig, das Wirken von Dirk Strandenaes in unseren Strukturen genau zu untersuchen, um klarzukriegen, zum einen, was die Schweine von uns wollen, zum anderen, um in Kritik und Selbstkritik unsere Fehler herauszufinden und daraus Konsequenzen zu ziehen. Jeder einzelne Zusammenhang muß herausfinden, was das Schwein von ihnen wollte und was er mitgekriegt hat. Die Menschen, die in beschlagnahmten Adreßbüchern oder in für ihn zugänglichen Unterlagen, namentlich standen, die Menschen, die in irgendeiner Form mit ihm zu tun hatten, müssen gewarnt werden. Wir müssen alles zusammentragen, um die Staatsschutzmethoden genauer zu erfassen. Wir veröffentlichen das, was wir wissen und das, was bei uns gelaufen ist, ohne Absprache mit der Gefangenen oder ihrem Anwalt. In der Verantwortung, daß Genossinnen und Genossen in der Sache ein Par. 129a StGB-Verfahren anhängen haben, ist das Papier mit Anwälten besprochen worden. Wir sind der Meinung, daß das was die Staatsschützer bereits wissen auch den Genossen und Genossinnen als Einschätzung zukommen muß.
Wir versuchen das wiederzugeben, was bei uns gelaufen ist, was wir unvollständig über die Hausdurchsuchungen mitgekriegt haben, was wir aus der Knastkorrespondenz des D.S. rausgezogen haben. Wir hoffen daß andere Zusammenhänge das auch tun.
Eine genaue Einschätzung kann erst dann geleistet werden, wenn alle, die mit D.S. zu tun hatten, ihre Erfahrungen rüberbringen. Der Zeitpunkt, ab wann D.S. für den Staatsschutz arbeitete, kann auch erst daraus ermittelt werden. Dabei müssen wir im Kopf haben, daß das was offensichtlich wird, nicht unbedingt alles ist, was sie damit bezwecken wollen.

A. EINSCHÄTZUNG AUS UNVOLLSTÄNDIGEM WISSEN

1. Wen betrifft das Ermittlungsverfahren
- Knastzusammenhängen - hauptsächlich von sog. sozialen politischen Gefangenen
- Anwälte von sozialen und politischen Gefangenen
- autonome Strukturen - hauptsächlich Frauen

außerdem eröffnen die Verfahren die Möglichkeit des legalen Abhörens und zu observieren d.h. das Wissen darüber als Beweis vor Gericht zu verwerten.

2. Was hat er mitgekriegt?
- Kontakte unter den verschiedenen Städten - Knast, Frauen, Autonome.
- er hat sich zeitweise in Wohnungen allein aufgehalten
- warum bundesweite Durchsuchungen und was er in einzelnen Städten und Wohnungen suchte ist getrennt zu betrachten
- Prozeßbesuch in Stammheim
- Beziehungen innerhalb der Städte

3. Was wurde bei der Freiburger Hausdurchsuchung hauptsächlich beschlagnahmt - (dabei muß berücksichtigt werden, daß er zu der Wohnung allein Zugang hatte)
- Adreßbücher und Notizbücher
- alle RZ-Veröffentlichungen, soweit vorhanden
- Frauenpapiere, Rote Zora-Texte
- das Papier zum 18.10.
- ZK's
- neuere Knastveröffentlichungen (Wuppertal-ZL-Forderung)
- neuere einzelne Erklärungen

B. AUS DER KNASTKORRESPONDENZ DES D.S.

Zeitraum 85: ab Mitte 85 Briefe von Rolf Heissler - Gefangener aus der RAF in Straubing
ab Mitte 85 Briefe von G. Linner, sozialer Gefangener in Straubing. G. Linner hat das Haberfeld mitaufgebaut (Knastzeitung).
86 ist von Straubing aus ziemlich viel zum Knast gelaufen.

Zeitraum 86: Anfang des Jahres bekommt D.S. von 10 Gefangenen Briefe, allerdings nie viele. Der Kontakt zu Rolf und Gerhard besteht weiterhin. Ab Mitte 86 gibts keine Briefe mehr.

Zeitraum 87: jeweils einen Brief von Bärbel Perau, Norbert Hofmeister, Thomas Thöne und Ruth Christiansen, Andrea Sager.
Mai 87 wird Dirk entlassen.

C. ZUR EIGENEN GESCHICHTE

Der Kontakt zu D.S. kam Mitte Juni zustande. Anknüpfungspunkt war der gemeinsame Briefkontakt zu G. Linner. Die Freiburgerinnen hatten einen vagen Verdacht, daß D.S. ein Spitzel ist, was einer Berliner Genossin auch vermittelt wurde. Diese hat das nicht ernstgenommen und somit auch nicht weitergegeben. Zu einem späteren Zeitpunkt erfuhren wir, daß eine politische Gefangene den Kontakt zu D.S. abgebrochen hat. Warum blieb unklar.
So war der Stand bei allen Freiburgerinnen, die was mit ihm zu tun hatten. Unser Fehler war, daß wir uns nicht gemeinsam über ihn auseinandergesetzt haben, sondern jede ihre individuelle Kiste durchgezogen hat, ohne kollektives Verantwortungsgefühl und ohne die Genauigkeit, die wir im Umgang miteinander haben müßten. Die einen zogen sich raus, die anderen ließen sich ein.
Gesuchte Auseinandersetzungspunkte in der Knastauseinandersetzung, waren insbesondere die Kommunikationsstrukturen, drinnen und draußen und bundesweit zu verbessern. Die Ermittlungsverfahren gegen die Anwälte müssen wohl auch in diesem Zusammenhang bewertet werden. Der Freiburger Anwältin von G. Linner hat D.S. auch besucht. Namen und Zusammenhänge wurden nur von ihm ins Spiel gebracht.
Daß er uns die Briefe von politischen Gefangenen zeigte, hatte sicher damit was zu tun, uns auf die Nähe zu politischen Gefangenen hin zu durchleuchten. Gleichzeitig hat er mit seinem Geschwafel über den "subjektiven Sprung" uns wohl dahingehend getestet, inwieweit wir dazu bereit sind und darauf einsteigen. Eine Diskussion um die Bedingungen im Knast, um die Erfahrung mit sozialen Gefangenen, um die Schwierigkeiten den Knastkampf als Klassenkampf zu begreifen, um die Entwicklung der ZL-Forderung ist er aus dem Weg gegangen, weil er außer Namen nichts wußte. Da wir ihn indem, was er erzählte nicht wiedergefunden haben, legten wir keinen Wert auf eine weitere Auseinandersetzung mit ihm. Die Dimension seines Wirkens ist uns in keinster Weise bewußt geworden.

D. WICHTIGE AUSEINANDERSETZUNGSPUNKTE AUS DEN VORLÄUFIGEN EINSCHÄTZUNGEN

1. Wir brauchen einen viel genaueren Umgang miteinander. Gefühle, ob Sympathie oder Ablehnung müssen wir ganz anders thematisieren, begründen lernen. Emotionalitäten, die diffus sind und aus unserer KAPUTTHEIT RESULTIEREN, sollten gegenseitig kritisiert werden. Wir müssen uns daran bewerten, was wir gemeinsam wollen, wie wir das Kollektiv umsetzen, und wie jede einzelne auch für sich den inneren Schweinehund bekämpft. Unsere Beziehungen müssen wir politisch begreifen.
2. Die Repression wurde aus unserer praktischen politischen Erfahrung nicht richtig realisiert. Wir müssen unsere Feinde viel genauer studieren und mit diesem Wissen umgehen, uns absichern, organisatorische Konsequenzen ziehen.
3. Alle Menschen, die in neue Strukturen reinkommen sollten überprüft werden über genaue und verbindliche Beziehungen. Bei den Gefangenen sollten wir zumindest die Anwälte auf Delikte etc. befragen und wenn möglich zu anderen, die auch Kontakt haben Verbindung aufnehmen.
Dies ist eigentlich erstmal relativ technisch. Es gibt ne Schere zwischen einerseits Ausweitung und andererseits Abgrenzung, in Bezug auf Menschen, die wir nicht kennen. Wir müssen einen Weg finden zwischen einerseits zu offen sich vermitteln zu wollen und andererseits zu hohe Ansprüche an Menschen zu stellen, die weniger Erfahrung haben.
4. Die Kriminalisierung über die Konstruktebene bewirkt, daß die Schere schon im Kopf ansetzt d.h. die abschreckende Wirkung der Kriminalisierung darf nicht aufgehen.
5. Die Annäherung zwischen den verschiedenen politischen Strömungen in der BRD hat erst dann Substanz, wenn dies praktische Auswirkung hat. Dabei ist der Infoaustausch über mögliche Spitzel ein Teil.

Rebmann ermittelt gegen Anwältin
Der RAF-Unterstützung verdächtig

Karlsruhe (AP)

Generalbundesanwalt Rebmann ermittelt gegen eine Anwältin wegen des Verdachts, für die Terrorgruppe „Rote Armee Fraktion" geworben zu haben. Sein Sprecher Förster sagte, nach ersten Erkenntnissen bestehe „der Verdacht, daß die Beschuldigte unter Mißbrauch ihrer Stellung als Verteidigerin an einem illegalen Austausch von Informationen zwischen in Haft befindlichen eigenen Mandanten und inhaftierten Mitgliedern oder Unterstützern der RAF mitgewirkt hat". Terrorfahnder hätten zudem in mehreren Städten Gefängniszellen durchsucht. Die Tätigkeit der Anwältin „diente dem Ziel, durch Überlassung von Druckschriften für die Forderung der RAF nach Zusammenlegung ihrer inhaftierten Mitglieder mit Gefangenen des „Widerstands" eine breite Unterstützung in der Öffentlichkeit herbeizuführen", sagte Förster. Als „Widerstand" bezeichnen sich Häftlinge aus dem linken politischen Spektrum, die beispielsweise wegen Straftaten bei Demonstrationen einsitzen, nicht jedoch einer Terrorgruppe angehören.

●●

BKA führt geheime "Araber-Datei"

Das Bundeskriminalamt führt eine geheime Datei aller in die Bundesrepublik einreisender Araber.

Seit März dieses Jahres würden jedoch nur noch Reisende aus Marokko, Tunesien, Libyen, Libanon und Syrien erfaßt. Einem Sprecher des Innenministeriums zufolge ist den deutschen Sicherheitsbehörden bisher kein einziger Fahndungserfolg aufgrund der Datei gelungen. (taz 16.9.87)

53.446 Einreisende aus arabischen Ländern sind seit Mai vergangenen Jahres beim Bundeskriminalamt gespeichert worden.

Nach Informationen aus Ausschußkreisen wurde der Beschluß für die Datei am 2. Mai 1986 von der Landesinnenministerkonferenz gefaßt auf Antrag des BKA und der Bundesgrenzschutzdirektion.

Ob auch das Reiseziel der erfaßten Personen im BKA-Computer gespeichert wurde, bleibt bisher unklar.

(taz 17.9.87)

DIE FRONT ENTSTEHT ALS KÄMPFENDE BEWEGUNG!

am 23. september hatten Ute und Holger in Detmold einen prozeß wegen widerstand gegen ihre verschleppung zum olg. sie sollten dort als beschuldigte in einem 129a-verfahren verhört werden, das wegen einer veranstaltung am 18.10.85 gegen sie und andere läuft.

PROZESSERKLÄRUNG VOM 23.9.87

was hier heute morgen stattfindet, ist teil des kriegs, wie er real läuft. der trennungsstrich zwischen imperialismus und revolution, der sich über den ganzen globus zieht, läuft auch hier quer durch den gerichtssaal. die fronten sind klar: auf der einen seite der imperialistische staat, seine absicht den widerstand zu liquidieren - auf unserer seite den kampf um befreiung. aus diesem begriff kommt unsere entscheidung, die konfrontation hier zusammen zu bestimmen und uns mit unseren vorstellungen gegen sie durchzusetzen.

dafür gebrauchen wir auch ihr dilemma. ihr dilemma ist: solange sie hier keine geheimprozesse führen, menschen einfach verschwinden lassen, sondern öffentliche gerichtsverfahren als justizielle form der konterrevolution benutzen, solange brauchen sie den menschen dazu, für sie als das objekt der anklage - für uns ist da das subjekt mit der möglichkeit zur revolutionären intervention.

um die bedeutung dieses prozesses zu kapieren, muß man ihn in den zusammenhang stellen, in den er gehört, und den sie über die völlig entpolitisierte anklage wegschaffen wollen. er ist direkte reaktion auf unsere entscheidung als teil des revolutionären widerstands um unsere identität zu kämpfen, um die einheit von denken-fühlen-handeln, die wir getroffen haben, als wir nicht zum verhör zum OLG nach Düsseldorf gefahren sind. Vorladungen zu so einem 'verhör' bekamen 6 menschen aus detmold, gegen die ein 129a-verfahren läuft wegen einer veranstaltung aus dem antiimperialistischen widerstand am 18.10.85, dem jahrestag der morde in stammheim. diese veranstaltung sehen wir als einen praktischen schritt dahin, daß dieser tag zum kampftag für den revolutionären widerstand wird, an dem zum ausdruck kommt, wer wir sind, was wir wollen und wie wir uns vorstellen, das zusammen durchzusetzen - lebendiger revolutionärer prozeß.

zurück zu den vorladungen: da alle durch ihre anwälte klarmachten, daß sie nichts aussagen werden, lag die funktion der sogenannten verhöre einzig darin, mit der drohung von gewalt, unterwürfigkeit zu erpressen. dem haben wir unsere zustimmung entzogen. und sie mußten auf uns reagieren - wozu sie mehr als 2 monate brauchten - um uns den sieg nicht zu schenken, dafür aber auch offen als faschistischer unterdrükkungsapparat. mit der verschleppung verschafften sie sich stundenlange verfügungsgewalt über uns drei für ihr folterprogramm. genau diese tatsache soll durch unsere verurteilung heute legitimiert werden.

die entscheidung gegen das verhör/für unsere sache war für uns ein schritt nach vorn. damit und mit all den erfahrungen, die wir durch die eigene initiative in den letzten jahren gemacht haben, haben wir uns stück für stück boden unter den füßen erkämpft. das lief und läuft nur über die eigene entscheidung für die konfrontation, denn alles, was wir für den revolutionären prozeß brauchen, müssen wir dem imperialismus abringen.

darin geht es gegen das spezifische elend in der metropole, wo uns als erstes nicht panzer und kanonen unterdrücken, sondern das giftgas der isolation, das sich-selbst-fremd-sein und die trennung der menschen voneinander. das ist der feind, der in jedem hier lauert, der dir einredet, daß du nichts wert bist, nichts machen kannst, daß du nichts verstehst und von niemanden verstanden wirst. das kennt jede von sich selbst, in zig variationen, und das muß weg. denn auf dieser imperialistischen besetzung der eigenen person beruht ein wesentlicher teil der macht dieses systems.

im kampf dagegen, um uns selbst und um den anderen für den prozeß der befreiung, im durchbrechen der eigenen grenzen - man kann auch sagen: im kampf für ein selbstbestimmtes leben, für offenheit, und vertrauen unter uns - haben wir uns einen teil erobert. da, wo wir zusammenkommen an einer konkreten vorstellung, uns gegen die imperialistischen projekte durchzusetzen.

die verschleppung, das urteil heute, die neuerlichen durchsuchungen und 129a-verfahren gegen uns sind versuche, uns von dem erkämpften boden wieder zurückzudrängen. bei uns die anhäufung von verfahren - in der hafenstraße legen sie einen vertragsentwurf nach dem anderen auf den tisch. die mittel sind verschieden, der zweck derselbe: uns mit ihren maßnahmen zu beschäftigen, uns damit vom ziel abzulenken und ihre scheinbare übermacht zu restaurieren. rolf heißler, gefangener aus der raf, nannte das: die wiederherstellung des vermeintlichen kräfteverhältnisses in unseren köpfen.

die isolation als grundpfeiler imperialistischer macht ist grundlage der kontrolle und verwertbarkeit des menschen in der 24-stunden-unterdrückung der metropole. der kampf um kollektivität und selbstbestimmung zerrüttet diesen pfeiler, darum muß die konterrevolution ihn ständig neu rekonstruieren. so trachten sie danach, über differenzierung und spaltung den widerstand in einzelne individuen zu zerlegen, um ihn so zu zerschlagen. das erkennt man deutlich auch in ihrem vorgehen gegen die politik in der stadt hier.

jede von uns 6, gegen die das 129a-verfahren wegen der veranstaltung am 18.10. läuft, wurde von anfang an unterschiedlich mit dem apparat konfrontiert. 2 wurden durch einen weiteren 129a wegen der "radikal" von den übrigen abgetrennt. während der verschleppung wurde schon die beabsichtigte differenzierung unter uns dreien klar. der genosse wurde getrennt von uns im zivilen pkw nach Düsseldorf gebracht, wir beide im gefangenentransporter. dazu die kommentare der bullen, die die spaltungsabsicht offenmachten. das schließlich wir beide heute hier sitzen, ist daraus ganz logisch. eine beabsichtigte differenzierung zwischen uns beiden werden wir nicht zulassen. wir brechen sie im gemeinsamen kampf um die bestimmung revolutionärer politik und praxis.

sie führen diesen prozeß aus ihrer politischen defensive heraus, weil es ihnen jetzt nicht möglich ist, über die illegalisierung von veranstaltungen uns zu verurteilen, weil sie dadurch neue widersprüche aufreißen.

der prozeß heute findet in einer politischen situation statt, in der die imperialisten die zerschlagung des widerstands auf ihre aktuelle tagesordnung gesetzt haben.

die usa haben letzte woche mit dem kidnapping von fawas junis aus dem Libanon durch das FBI eine - wie sie sagen - "neue phase des kampfes gegen den internationalen terrorismus" eingeleitet.

die seit wochen in die presse lancierten meldungen von BKA und verfassungsschutz, im Herbst sei verstärkt mit angriffen zu rechnen, münden jetzt in einer "größeren bundesweiten aktion gegen den weiteren bereich der raf" wie die TAZ von der bundesanwaltschaft weiß. das sind die hausdurchsuchungen gegen menschen aus dem widerstand und jetzt auch gegen anwälte und angehörige von politischen gefangenen wegen 129a in der ganzen BRD und west-berlin. parallel wird die geheimdienstebene vorgeschoben: in hannover wurden nachts 2 anwaltsbüros durchforstet, und auf das büro des anwalts von eva haule, die zusammen mit luiti und chris seit dem 1.9.87 in stammheim prozeß hat, wurde ein brandanschlag verübt, ebenso gegen die kornstraße in hannover. angehörige von genossen aus dem widerstand werden vom verfassungsschutz angequatscht, um sie gegen den kampf zu instrumentalisieren.

die eskalation und massivität der konterrevolutionären maßnahmen und die angestrebte kontrolle sämtlicher gesellschaftlicher bereiche zeigt die schärfe der konfrontation hier, die aus der zentralität westeuropas im internationalen klassenkrieg resultiert.

seit dem weltwirtschaftsgipfel in tokio ist offen, daß die bekämpfung der revolutionären kräfte zentraler teil ihres krisenmanagements ist. es gibt für sie keinen anderen ausweg aus der strukturellen krise, als den krieg an allen fronten zu führen, mit allen mitteln - nach innen und nach außen. dafür brauchen sie die formierung westeuropas, um die vorhandenen potenzen in der 'eisernen klammer' der militärstrategie neu zu bündeln und damit westeuropa als vereinheitlichten block neben den usa und japan weltweite handlungsfähigkeit zu verschaffen.

aktuell nutzen sie die raketenverhandlungen und die tiefgreifende ablehnung der us-aggression, um die vereinheitlichung westeuropas propagandistisch nach vorne zu schieben, und unter der führung frankreichs und der brd ihre strategischen projekte umzusetzen. westeuropäische präsenz im golf, bundesmarine demnächst im mittelmeer gegen die arabische bewegung, die palästinensische und kurdische revolution. zur zeit das erstmalige manöver 'kecker spatz' von bundeswehrtruppen gemeinsam mit den französischen FAR als konkreter schritt zum aufbau einer westeuropäischen eingreiftruppe. eine eigens dazu eingerichtete 'manöverwelle', die dem andernacher bataillon für Psychologische Verteidigung untersteht, übernimmt während der gesamten dauer die manipulation der bevölkerung mit kriegspropaganda. die einrichtung eines ständigen EPZ-sekretariats, was mit der verabschiedung der einheitlichen europäischen akte beschlossen wurde, dient der koordinierung des kriegs nach außen.

nach innen bedeutet das forcierte widerstandsbekämpfung, koordiniert über die TREVI-gruppe. "hinter verschlossenen türen studiert die trevi-gruppe die einrichtung eines sekretariats, das...24 stunden am tag informationen über die aktivitäten der terroristen in europa konzentrieren und das verhalten der verschiedenen sicherheitskräfte koordinieren soll." (el pais 28.4.87) dort werden die szenarios und operationspläne entworfen, um auf justizieller und geheimdienstebene die entwicklung der revolutionären front in westeuropa zu stoppen, den widerstand gegen umstrukturierung und imperialistischen krieg auszuschalten und sympathisanten von befreiungsbewegungen, vor allem aus dem nahen osten, die in westeuropa leben, zu bekämpfen.

aus der tiefen erfahrung der fortschreitenden vernichtung der menschlichen substanz hier, der identifizierung ihrer machtinstrumente und aus der kollektiven erfahrung, wie sie zu brechen sind, kommt die eigene entscheidung auf der seite des internationalen proletariats für unsere befreiung zu kämpfen.

trotz der politischen und militärischen stärke der befreiungsbewegungen in den drei kontinenten ist der revolutionäre durchbruch nur möglich, wenn wir die maschine hier außer kraft setzen, hier wo ihr motor ist für die unterdrückung gegen uns und weltweit. darin liegt die bedeutung der kämpfe in der metropole, die trotz relativ schwacher kräfte starke wirkung auf das internationale kräfteverhältnis haben.

in unserem kampf für die revolutionäre front in westeuropa kommen wir mit anderen menschen zusammen an konkreten vorstellungen, dafür erkämpfen wir uns gegen den imperialistischen staat die bedingungen, die wir für die entwicklung des revolutionären prozesses brauchen.

darum geht es auch den gefangenen, darum kämpfen wir mit ihnen zusammen für die durchsetzung der forderung nach zusammenlegung der gefangenen aus guerilla und widerstand in große gruppen gemäß den mindestgarantien der Genfer Konvention.

die isolation der revolutionären gefangenen ist wesentlicher bestandteil in der schaffung des europäischen rechtsraums. die 18 gefangenen, die im juli in spanien aus den erkämpften kollektiven gerissen, zwangsverlegt und isoliert wurden, die zellenrazzia im selben monat und verschärfte isolation gegen gefangene aus action directe in frankreich sind aktuelle beispiele. so richtet sich der kampf um die zusammenlegung auch immer gegen die formierung westeuropas.

dagegen hat die offensive 86 konkrete angriffslinien entwickelt, und darüber für jeden die möglichkeit offen gemacht, hier in der front für befreiung zu kämpfen, wir haben in den diskussionen darum gemerkt, daß das haupthindernis, hier zum kampf zu kommen, wir selber sind. daß die kapitalistische ideologie von ware, markt und konkurrenz verdammt tiefgreift und ihre dominanz unsere handlungsunfähigkeit schafft. wir wollen und brauchen unsere eigene veränderung, damit wir hier alles verändern können und in der zerschlagung des imperialismus tatsächlich das neue aufbauen können - keime der kommunistischen gesellschaft werden, wie stefan das im düsseldorfer prozeß gesagt hat.

so entfalten wir den gemeinsamen kampf aus der vorstellung, was wir hier zu gewinnen haben, dafür räumen wir den mist aus dem weg, der sich da quer schiebt und schaffen uns neuen boden. daraus wird die gegenmacht entwickelt, womit wir die politische situation erkämpfen, in der die westeuropäischen staaten gezwungen sind, die gefangenen zusammenzulegen.

nach der erklärung der beiden und bevor alle gemeinsam den gerichtssaal verließen, wurde aus dem publikum die parole angestimmt und von vielen mitgerufen:

IM HERZEN DER BESTIE
DIE FRONT ORGANISIEREN
DER IMPERIALISMUS
WIRD SEINE MACHT VERLIEREN!!!!

mehr zu den verschleppungen von 3 genossen könnt ihr in der 'knipselkrant' 87/s. 333 ff lesen.

am 27.8.87 wurden erneut die wohnungen der drei durchsucht. anlaß eben dieses flugblatt. beschlagnahmt wurde der briefwechsel mit gefangenen; die bullen haben in erster linie geguckt.

Gründe

Die Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf führt ein ihr durch den Generalbundesanwalt übertragenes Ermittlungsverfahren gegen die Verfasser, Hersteller und Verbreiter des Flugblatts "Zur Verschleppung von 3 Genoss-inn-en zum Verhör". Die Schrift befaßt sich u.a. mit den Initiativen für die Zusammenlegung der Gefangenen aus "RAF und Widerstand" als Formen gemeinsamen Widerstands der "revolutionären Bewegung" im "Krieg zwischen Imperialismus und Befreiung". Hierzu wird eine Giebelwandparole mit dem Wortlaut "18.10.77 Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan Raspe, Ingrid Schubert in Stammheim hingerichtet... Solidarität heißt kämpfen, Solidarität mit der RAF" abgebildet. Das Flugblatt endet mit der Erklärung: "Für uns bedeutet das, daß wir die konkreten Schritte für die Vertiefung der revolutionären Front nur bestimmen wollen, daß in dem, wofür und wie wir kämpfen, immer greifbarer wird, daß Befreiung nicht fernes Ziel ist, sondern sich bereits im Kampf darum ausdrückt - und nur da, wo wir uns den Raum schaffen, in dem wir unsere Menschlichkeit konkretisieren, in bestimmten, bewußten Beziehungen zu den anderen kämpfenden Menschen und wo die schöpferischen/produktiven Fähigkeiten jedes einzelnen für den gemeinsamen Angriff mobilisiert werden." Darunter finden sich in Großbuchstaben die Parolen: "Zusammenlegung der Gefangenen aus Guerilla und Widerstand! Sofortige Freilassung von Günter Sonnenberg! Die revolutionäre Front in Westeuropa als Teil im internationalen Klassenkrieg organisieren!"

Der Inhalt dieser Auszüge begründet gegen die Verfasser, Hersteller und Verbreiter der Flugschrift den Verdacht des Unterstützens der terroristischen Vereinigung "Rote Armee Fraktion" (Vergehen nach Par. 129a Abs. 3 StGB).

Die Beschuldigten sind verdächtig, sich an der Konzeption, Herstellung und Verbreitung der Flugschrift beteiligt zu haben. Das Flugblatt nennt einleitend als Anlaß seiner Herausgabe die Vorführung der Beschuldigten zur ermittlungsrichterlichen Vernehmung am 3. März 1987 in Düsseldorf. Hierzu heißt es in der Schrift u.a. wie folgt:

> "Wir haben das (gemeint sind die Ladungen zur Vernehmung) so diskutiert, daß es jeder Bestimmung revolutionärer Vorstellung zuwiderläuft, sich zum Objekt eines Staatsschutzsenats zu machen."

Diese Formulierung ("wir") in Verbindung mit dem genannten Anlaß der Herausgabe der Flugschrift begründet den Verdacht, daß die Beschuldigten zu den Verfassern, Herstellern und Verbreitern des Flugblatts gehören. Die Ermittlungsdurchsuchung setzt lediglich sogenannten Anfangsverdacht voraus, d.h. einen Verdacht, der weder dringend noch zur Eröffnung des Hauptverfahrens hinreichend zu sein braucht (s. OLG Köln, VRS 27, 104).

Es ist zu vermuten, daß die Durchsuchung zur Auffindung von Beweismitteln führen wird, insbesondere in Gestalt von Manuskripten und Gegenständen, die zur Herstellung der Druckschrift benutzt worden sind.

Düsseldorf, den 14. Juli 1987
Der Ermittlungsrichter des Oberlandesgerichts
Berghoff - Richter am Oberlandesgericht.

●●

STOPPT DEN DURCHMARSCH DES STAATSSCHUTZES MIT DEM KONSTRUKT DER "GESAMTRAF"!

SIE WERDEN IN DEM VERSUCH DEN WIDERSTAND MIT BEUGEHAFT ZU BLOCKIEREN NICHT DURCHKOMMEN!

am 1.9.1987 hat in stuttgart-stammheim der staatsschutzprozeß gegen luiti, chris und eva begonnen.

luiti und chris, 2 genossen aus dem legalen antiimperialistischen widerstand und eva, die in der raf organisiert war, wurden im august 1986 zusammen in einem café während einer diskussion verhaftet.

alle 3 sind jetzt angeklagt, mitglieder der raf zu sein.

zwischen dem 29.9. und dem 15.10. sind 6 genossen und freunde von luiti und chris als "zeugen" vor dem staatsschutzgericht und die bundesanwaltschaft geladen.

dieser prozeß steht in direktem zusammenhang mit dem verfahren gegen 4 genossen aus duisburg, das in kürze vor dem staatsschutzsenat des oberlandesgericht düsseldorf eröffnet wird.

in beiden verfahren zielt die baw gegen die entwicklung des widerstandes, den politischen und kämpfenden zusammenhängen der revolutionären front.

der prozeß in stammheim verfolgt das ziel, die baw-konstruktion der "4-ebenen der raf" bzw. der "gesamt-raf" juristisch weiter durchzusetzen und zu einem ausweitbaren mittel in der bekämpfung des widerstandes zu machen.
es geht dem staatsschutz darum, richtlinienartige merkmale und charakteristiken festzustellen und juristisch abzusichern und eine art raster und strickmuster zurechtzuschneidern, mit der er die "mitglieder des legalen arms der raf" identifizierbar machen will.
damit meint die baw z.b. konkret: "...hat ideologisches schriftmaterial der raf zu hause", "...macht ein zeitungsarchiv" - als erkennungsmomente für mitglieder der raf. durch die urteile sollen diese "erkennungsraster" zur gerichtsbekannten tatsache festgeklopft werden, so daß die baw in zukunft die möglichkeit hat, praktisch jeden aus dem widerstand zu holen und in dieses raster zu pressen und nach schnellgerichtsverfahren für jahre einzuknasten.
in der anklage gegen die 4 genossen aus duisburg geht die baw praktisch schon von diesem "merkmalsraster" aus ("schreibt und besucht gefangene aus der raf... hat ideologisches schriftgut..., bekennt sich zum gemeinsamen kampf im knast") und benutzt es als den hebel, um sie zu mitgliedern der raf zu machen.
gerade in diesem prozeß wird deutlich, daß sie die "gesamt-raf" als flächenbombardement gegen die ganze breite des widerstandes durchziehen wollen. die festnahme der 4 im august '86 war eine eiskalte "fahndungserfolgproduktion" gegen die laufenden offensive der revolutionären front.
mit der "gesamt-raf-konstruktion" zielt der staat zum einen auf genossen, um sie einzuknasten und in der isolation zu vernichten und zum anderen wollen sie uns jeden raum nehmen, in dem politisierung, mobilisierung und diskussion möglich ist:

- angriffe gegen die hafen- und kiefernstr., begleitet von propagandakampagnen, dort rekrutiere oder wohne die raf.
- die massiven angriffe und zerschlagungen von veranstaltungen und treffen mit der begründung, sie dienten der organisierung des revolutionären kampfes oder der "unterstützung der raf".
- die flut von ermittlungsverfahren, durchsuchungen gegen genossen, bei denen texte, bücher, zeitungsausschnitte als archiv, bzw. basismaterial für die aktionen der guerilla oder der militanten oder deren kommuniques bezeichnet werden.
- ermittlungsverfahren, razzien gegen genossen, die gefangene im ausland besuchen, oder ein konzert einer baskischen musikgruppe organisieren und dafür plakate zugeschickt bekommen (kuriere der raf, organisierung der we-front).

in dem arsenal staatlicher angriffe ist die ladung von "zeugen" durch den staatsschutzsenat und die baw ein aktueller versuch, die entwicklung des widerstandes zu stören und zu blockieren. der begriff "zeuge" ist dabei nur formal; daß die 6, die bis jetzt aussagen sollen tatsächlich zu angeklagten gemacht werden, wird klar an der tatsache, daß nach jedem genossen ein bka-bulle geladen ist, um über die ermittlungen gegen den jeweiligen genossen zu berichten.
in diesem schritt geht es jetzt nicht nur darum, durch die androhung von beugehaft, kooperation und verrat - also die kapitulation vor der staatsschutzmaschine zu erzwingen, sondern das ziel ist vor allem, damit die möglichkeit aufzubrechen, viele genossen ohne urteil und ohne prozeß einzufahren. und es ist das ziel, möglichst viele aus ihren diskussions- und arbeitsprozessen herauszureißen und über die "zwangslegalisierten" verhältnisse und beziehungen, die in besuchen, briefen stattfinden, einblick in die struktur des widerstandes zu bekommen.
wir sehen das so, daß der staatsschutz-apparat die "zeugenvorladungen" als versuchsballon startet, um zu sehen, wie weit sie damit kommen. und daß es ihnen darum geht, das jetzt zu einem mittel der widerstandsbekämpfung zu machen, um es dann in kommenden prozessen immer wieder zu versuchen. aber sie werden damit nicht durchkommen!
das heißt, wir werden immer wieder das konkrete kräfteverhältnis mobilisieren und aufbauen, das es ihnen unmöglich macht, die verweigerung mit der staatsschutzmaschine zu kooperieren, mit beugehaft zu vergelten.
tatsächlich weiß der staatsschutz nichts darüber, wie die diskussion und praxis organisiert wird, er kann nur auf fehler oder unerfahrenheit hoffen. das macht ihn jetzt so wild, daß sich der revolutionäre prozeß seinen weg bahnt, ohne daß er ihn tatsächlich kontrollieren könnte, ohne daß er eine maßnahme hätte bei der er sicher sein könnte, daß dann schluß ist mit dem kampf und die nicht wieder neuen widerspruch und kampf erzeugt.
die entwicklung hat sich gegen sie gedreht und der revolutionäre widerstand hat sich zu einer perspektive radikaler gesellschaftlicher veränderung durchgekämpft.
der sprung des widerstandes in den gemeinsamen offensiven mit der guerilla gegen die strategischen projekte der imperialistischen herrschaft in den letzten beiden jahren, die ersten schritte zur einheit der revolutionäre in westeuropa, das ist die politische zielrichtung, die wir weiterentwickeln wollen und mit der wir hier in ihre macht einbrechen. und in diesem prozeß ist es die erfahrung, daß es möglich ist, sich zu befreien, ganze menschen zu werden: das ist das starke subjektive moment sich von der alltäglichen vernichtung im imperialismus zu befreien und sich selbstbestimmte und kollektive verhältnisse und beziehungen aufzubauen, weil es nur so die perspektive einer gesellschaft freier menschen geben kann und weil wir es so brauchen.

GEGEN KAPITULATION UND VERRAT - FÜR KOLLEKTIVITÄT UND SELBSTBESTIMMUNG!
ZUSAMMENLEGUNG DER GEFANGENEN AUS RAF UND WIDERSTAND!
FREILASSUNG VON GÜNTHER SONNENBERG!
DIE REVOLUTIONÄRE FRONT IN WESTEUROPA ORGANISIEREN!
LEBEN HEISST KÄMPFEN!

betr.: Fa. ADLER in Berlin, Kudammkarree

Die Fa. ADLER ist der gewinnträchtigste Zweig der Fa. ASKO, einem Supermarktmulti, der nicht nur in der BRD durch Fusionen mit z.B. MASSA und Uhren CHRIST seine Expansionswütigkeit zeigt, sondern auch international z.B. in den USA, der Schweiz und Sri Lanka seine Fabriken ausweitet. Die Umsatzzuwachsrate betrug 1986 125%!
Nach den Anschlägen unserer Schwestern von der "Roten Zora" wollte die Fa. Adler die Auftragsvergabe für das südkoreanische Werk "Flair Fashion" in iri stoppen. Sie wiesen darauf hin, daß damit die knapp 1500 Beschäftigten, zumeist ArbeiterInnen, von Kurzarbeit und sogar dem Verlust ihres Arbeitsplatzes bedroht seien. Daran seien zum einen natürlich die südkoreanischen ArbeiterInnen Schuld, die sich gegen ihre Ausbeutung als Arbeitskraft und gegen ihre sexistische Ausbeutung als Frau durch Vorgesetzte zur Wehr gesetzt hatten, indem sie gestreikt und die Entlassungen von sog. Rädelsführerinnen nicht hingenommen hatten und sich sogar erdreisteten, die deutsche Botschaft zu besetzen. Zum anderen benutzt die Fa. Adler die Anschläge der "Roten Zora" für ihre Argumentation, die Sicherheit der Beschäftigten in der BRD sei gefährdet und dem Unternehmen sei ein nicht gut zu machender Schaden ihres Rufes sowie ein materieller Schaden von DM 35 Mio. entstanden. Aber diese "humane" Firma hat sich durchgerungen, ihr Werk in Südkorea <u>nur</u> zu verkaufen und anstatt dessen sich nach einer anderen Produktionsstätte in China oder in der DDR umzuschauen. Was den Vorteil hätte, daß in diesen Ländern die Löhne ebenfalls niedrig, die Regierungen ebenso offen und kooperationsbereit sind, kein Streikrecht besteht und die politische Lage als insgesamt stabil - auch für kapitalistische Ausbeutungsverhältnisse - zu bezeichnen ist.
China oder die DDR also als internationale Streikbrecher?
Wir haben heute den Widerstand gegen die Fa. ADLER fortgeführt und lassen unsere Wut ein wenig durch die Sprinkleranlage der Verkaufsräume abkühlen, die wir durch 2 Brandsätze in Gang gebracht haben,

- weil die Firma ADLER Schuld ist an der rassistischen und sexistischen Ausbeutung nicht nur in SÜDKOREA und SRI LANKA, sondern auch HIER
- weil die Firma auf den Widerstand der ArbeiterInnen in Südkorea und auf die praktische Unterstützung hier so abgrundtief arrogant und selbstgefällig reagiert
- weil die Berichterstattung über die internationalen Ausbeutungsverhältnisse auch durch deutsche Firmen zu oft verschwiegt, nur die Verhältnisse beim Alten bleiben
- weil die Gewerkschaften entweder gar nicht - wie bei ADLER - oder sehr spät reagieren und es nicht als Selbstverständlichkeit betrachten, internationale Kämpfe gegen die Ausbeutung als einen gemeinsamen Kampf zu betrachten.

Wir fordern die Fa. ADLER auf, zumindest die Minimalforderungen der ArbeiterInnen in Südkorea zu erfüllen; Wiederaufnahme der Tarifverhandlungen, Wiedereinstellung der Entlassenen, 16,5% mehr Lohn, Stopp dem Einsatz der Werkschutzgangster, Ablösung des Lohngutscheinsystems.
Ansonsten: ÜBERGEBT DIE FABRIKEN DENEN, DIE DARIN ARBEITEN!!!

Mit flammenden Pfeilen

die AMAZONEN

PS: Wir wünschen allen Berlinerinnen viel Spaß beim verbilligten Räumungsverkauf bei der Fa. ADLER.

10.9.87

"ADLER BEUGT SICH DER GEWALT"
Bekleidungshaus gibt Forderungen der Terroristen nach

Nach einem neuerlichen Anschlag auf eine Niederlassung des Bekleidungshauses Adler (Haibach) in der Nacht zum Freitag in Berlin will die Firmenleitung die "Forderungen der Brandstifter" erfüllen.
In einer Mitteilung unter der Überschrift "Adler beugt sich der Gewalt" heißt es, es bestehe keine andere Möglichkeit, das "Werk in Südkorea und die Märkte in der Bundesrepublik ohne Gefahr weiterzuführen".
In Berlin bezichtigten sich "Die Amazonen" des Anschlags im Kurfürstendamm-Karree, bei dem ebenfalls erheblicher Sachschaden entstand.

(NZ 12.9.87)

"ADLER" BEKLAGT DEN ZWÖLFTEN BRANDANSCHLAG AUF EIN WERK

Aschaffenburg. (dpa) Auf die Bekleidungswerke Adler in Großostheim (Landkreis Aschaffenburg) ist erneut ein Brandanschlag verübt worden.
Am Tatort - neben 20 verbrannten Kleidern wurden durch die Rauchentwicklung große Lagerbestände in Mitleidenschaft gezogen - seien weder Molotow-Cocktails noch "Brandbeschleuniger" gefunden worden. "Man muß fast davon ausgehen, daß da nur mit einem Fahrzeug hantiert wurde", so der Sprecher.

(GA 24.9.87)

ADLER MACHT ZUGESTÄNDNISSE
Lohnerhöhungen für Südkoreanerinnen teilweise schon vor den letzten Anschlägen der "Roten Zora"

Berlin (taz) - Nach Berichten aus Südkorea hatte die Firmenleitung des Textilkonzerns Adler bereits einige Zeit vor dem jüngsten Brandanschlag auf einen ihrer bundesdeutschen Modemärkte wesentliche Forderungen der ArbeiterInnen in der südkoreanischen Adler-Niederlassung "Flair Fashion" erfüllt und war über andere Zugeständnisse schon in Verhandlungen getreten. Unmittelbar nach der erfolgreichen "Zündelei" der "Amazonen", einer Schwesterorganisation der "Roten Zora", am 11. September in Berlin, hatte die Firmenleitung jedoch verkündet, die Zugeständnisse seien erst eine Reaktion auf die Anschläge in der BRD gewesen. In einer ungewöhnlichen Pressemitteilung hatte Adler erklärt, man werde sich der "Gewalt terroristischer Gruppen" beugen. Alle Forderungen der südkoreanischen ArbeiterInnen nach Lohnerhöhung, freien Betriebsratswahlen und Wiedereinstellung zwölf entlassener AktivistInnen, die sich die "Rote Zora" und "Amazonen" zu eigen gemacht hatten, würden erfüllt werden.
Beim BKA und dem Berliner Staatsschutz hatte man auf die Adler-Presseerklärung recht pikiert reagiert. "Man hat uns nicht gefragt, ob eine solche Erklärung gut ist", meint BKA-Sprecher Falk, "aber wenn man uns gefragt hätte, hätten wir dringend davon abgeraten. Das ist doch quasi eine Ermutigung gewesen."

(Taz 29.9.87)

WIEDER AUF FREIEM FUSS

Die Bundesanwaltschaft Karlsruhe teilte gestern mit, daß sich die beiden in Marxloh vorläufig festgenommenen Personen, die wie berichtet im Verdacht stehen, an den Bombenanschlägen auf das Leverkusener Einwohnermeldeamt und das Amt für Statistik in Oberhausen beteiligt gewesen zu sein, wieder auf freiem Fuß befinden. Es sei kein dringender Tatverdacht gegeben.

(RP 14.9.87)

BKA warnt: Ruhe in der Terrorszene trügerisch

"Wir haben verstärkte Schwierigkeiten bei den Ermittlungen nach Straftätern aus der Szene", sagte Boge. Als Ursachen nannte der BKA-Chef unter anderem die Prozeßführung gegen Terroristen, die die Polizei zur "Offenlegung ihrer Erkenntnisse" zwinge. "Das wird breit in die Öffentlichkeit getragen, so daß der Gegner daraus die Lehre für sein Verhalten ziehen kann und immer weniger Spuren hinterläßt."
Der Generalbundesanwalt ermittelt gegen eine Rechtsanwältin wegen des Verdachts des Werbens für die terroristische RAF. Die Beschuldigte soll unter Mißbrauch ihrer Stellung als Verteidigerin an einem illegalen Austausch von Informationen zwischen in Haft befindlichen eigenen Mandanten und inhaftierten Mitgliedern oder Unterstützern der RAF mitgewirkt haben. Im Zusammenhang mit den Ermittlungen wurden gestern Zellen inhaftierter Mitglieder der RAF nach Flugblättern durchsucht, auf denen um Unterstützung für die Forderung der Häftlinge nach Zusammenlegung geworben wird.

(Die Welt 7.10.87)

EINE MILLION MARK SCHADEN BEI ANSCHLAG IN WACKERSDORF
Außenmauer des Umspannwerks durch Explosion eingestürzt

Wackersdorf. (dpa) Bei einem Brandanschlag auf ein Umspannwerk der Ostbayerischen Energieversorgung AG in Rauberweiherhaus nahe dem Baugelände der atomaren Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf (WAA) haben Unbekannte am Wochenende eine Million Mark Sachschaden angerichtet.
Nach den Erkenntnissen der Polizei hatten die Täter ein Benzin-Diesel-Gemisch ins Innere der Schaltanlage geleitet und mit einer Lunte die in den Räumen der 20.000 Volt-Anlage entstandenen Gase zur Explosion gebracht.
Durch den Detonationsdruck stürzte eine der Außenmauern des Umspannwerks ein. Die Unbekannten, die nach Meinung der Polizei dem militanten Kern der Atomkraftgegner zuzurechnen sind, besprühten unbeschädigte Gebäudeteile mit "WAA nie"-Parolen und einem fünfzackigen Stern.

(Panorama 21.9.87)

(ap) - "Revolutionäre Zellen" haben sich in drei Bekennerbriefen zu dem Brandanschlag auf ein Umspannwerk der Ostbayerischen Energieversorgung in Wackersdorf bekannt, der am Wochenende eine Million Mark Schaden verursacht hatte.

(Taz 23.9.87)

Die großzügigeren Kontrollen haben die Fahndungserfolge deutlich beeinträchtigt

Kontrollen auch ohne Verdacht
Vor Jahren mußte jeder zweite Reisende bei der Einreise seinen Paß vorzeigen, heute ist es nur noch jeder dritte. Bei der Ausreise bleiben noch mehr ohne jede Kontrolle. Ob jemand zur Fahndung ausgeschrieben ist, wurde nur noch bei drei Prozent der Einreisenden durch Anfrage beim Inpol-Computer festgestellt.
Aufgrund des sogenannten "Kontrollstellenbeschlusses" des Bundesgerichtshofes zur Terroristen-Fahndung wurden bis Mitte Juli an einigen Übergängen zeitweise Reisende kontrolliert. Terroristen gingen nicht in die Falle, nur einige Angehörige des terroristischen Umfeldes wurden neu entdeckt.

(Bonner Rundschau 21.8.87)

Hans Josef Horchem
In Bonn baute er das "Institut für Terrorismus" mit einem Informationsdienst auf. (die welt)

Bayerns Sicherheitsbehörden:
Gefährlichkeit der "Autonomen" wird unterschätzt
Jüngstes Beispiel ist der Brandanschlag auf ein Schalthaus des Energieversorgungs-Unternehmens Ostbayern AG bei Wackersdorf, bei dem in der Nacht zum vergangenen Samstag ein Schaden von einer Million Mark entstand. Ein später bei meh-

rerer Redaktionen eingegangenes Bekennerschreiben läßt die Polizei befürchten, daß in den kommenden Wochen vermehrt ähnliche Terrorakte begangen werden. In dem Papier wird eine Kooperation zwischen legalen Aktionen wie Massendemonstrationen und illegalen Sabotageakten gefordert, um eine Situation zu schaffen, "die es den Herrschenden schwierig, wenn nicht sogar unmöglich macht, ihr Projekt in Ruhe durchzuziehen".

Die WAA haben sie zum "militärischen Kriegsobjekt" erklärt. Nachdem aber Aktionen am Bauzaun, bei denen die "Autonomen" Stahlkugeln und Molotowcocktails einsetzten, nach eigener Einschätzung zum "abgeschmackten Medien-Ritual" wurden, setzen sie jetzt auf die Strategie, eine gesamte Region unregierbar zu machen und "die Verantwortlichen an jedem Ort zur Rechenschaft zu ziehen".

Ihre Taktik sieht vor, die Polizei am Bauzaun durch eine Großdemonstration zu binden und zur gleichen Zeit mit kleinen Einsatzgruppen ungestört dezentrale Aktionen durchzuführen. Listen über Angriffsziele kursieren in der Szene und wurden kürzlich auch in der Berliner "taz" abgedruckt.

"Hier herrscht ein Informationsdefizit", meint ein hoher Beamter in München. So sei kaum bekannt, daß die "Autonomen" ähnlich der RAF und den "Revolutionären Zellen" auch Anschläge gegen Personen befürworten. Derartige Attacken gegen "Verantwortliche in allen Bereichen" werden von ihnen intern nicht nur als sinnvoll bezeichnet, sondern als "die langfristige Perspektive überhaupt" gerühmt, um hohe Positionen in Staat und Gesellschaft "mit einem Hauch von Gefahr" zu umgeben. (die welt 24.9.87)

●●

KOMMUNIQUE

Vor zehn Jahren, am 18.10.1977, wurden unsere GenossInnen Gudrun Ensslin, Jan Carl Raspe und Andreas Baader als Geiseln im Knast ermordet. Irmgard Möller überlebte schwer verletzt einen Mordanschlag.

Die Anstifter dieser Morde lieben es nicht, wenn über dieses Geschehen gesprochen wird. Sie wissen, daß die Diskussion über diese Morde, die Diskussion über den Inhalt, für den die Ermordeten standen, mit sich bringt. Dieser Inhalt - dessen Ziel der Kommunismus ist und dessen Mittel der Aufstand der Massen und der bewaffnete Kampf sind - ist verboten. Aus diesem Grund wird die Demo am 17.10.1987 zum zehnten Jahrestag der Morde ein Angriff sein, ohne daß auch nur ein Stein fliegt - wir werden diesen Inhalt auf die Straße tragen.

"Wir sagen nicht, daß die Organisierung illegaler bewaffneter Widerstandsgruppen legale proletarische Organisationen ersetzen könnten und Einzelaktionen Klassenkämpfe und nicht, daß der bewaffnete Kampf die politische Arbeit im Betrieb und im Stadtteil ersetzen könnte. Wir behaupten nur, daß das eine die Voraussetzung für den Erfolg und den Fortschritt des anderen ist."
(aus: Rote Armee Fraktion, "Das Konzept Stadtguerilla")

"Die militärische Linie der Bewegung 2. Juni ist nicht von der politischen Linie getrennt und ist ihr nicht untergeordnet. Wir betrachten beide Linien als untrennbar verbunden. Sie sind zwei Seiten derselben revolutionären Sache. Die Linie der Bewegung 2. Juni ist einheitlich politisch militärisch. Sie ist revolutionär. Die legal arbeitenden Genossen arbeiten an der Basis, in den Stadtteilen, in den Betrieben, in den Basisgruppen, in den Schulen, in den Universitäten, und sind bemüht, an der Vereinheitlichung der städtischen Massenfront mitzuwirken."
(aus: Bewegung 2. Juni, "Programm")

"Was wir wollen ist Gegenmacht in kleinen Kernen organisieren, die autonom in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen arbeiten, kämpfen, intervenieren, schützen, die Teil von der politischen Massenarbeit sind. Und irgendwann mal, wenn wir ganz viele Kerne sind, ist die Stoßrichtung für die Stadtguerilla als Massenperspektive geschaffen."
(aus: Interview mit einer Revolutionären Zelle)

Wir denken, daß für die Frage was dieser Jahrestag für uns bedeutet, die Klärung der Entwicklung hin zu diesem Ereignis wichtig ist.

Eine der Absichten mit der die Bourgeoisie '33 den Faschismus etablierte war die Ausrottung des Klassengedanken in der ArbeiterInnenbewegung. Diese Absicht (und nicht nur diese) wurde in der BRD ebenfalls zu einem bestimmenden Moment der Innenpolitik. Die brutale Niederschlagung der in das "Machtvakuum" drängenden ArbeiterInnenrevolten '45-'49, der Bewegung gegen die Wiederbewaffnung und das KPD-Verbot '56 mögen als Belege dafür genügen.

Die Notstandsgesetze waren der bedeutenste Ausdruck eines neuen Abschnitts systematischer konterrevolutionärer Aufrüstung: Ideologisch nicht nur durch die Springerpresse; technisch-militärisch durch die Aufrüstung von Bullen, BGS, den Geheimdiensten und der Bundeswehr nach Innen; formal-juristisch durch Gesetze(sverschärfungen) in nahezu allen Bereichen, vom Haft- bis hin zum Ausländerrecht.

In keinster Weise zufällig fand die Bereitstellung dieser Repressionsinstrumentarien parallel zur "Krise" '66/'67 statt. Schon kurze Zeit später sollte klar werden wofür. Über die antiimperialistischen, zunächst am Krieg in Vietnam orientierten, studentischen Proteste hinaus entwickelte sich eine Vielzahl von Kämpfen, die nahezu sämtliche Segmente der ArbeiterInnenklasse umfaßte:

- Die starke Streikbewegung in den Fabriken, erinnert sei hier nur an die Septemberstreiks '69, den Streik in der Chemieindustrie '71 oder an die wilden Streiks '73. Im Verlauf dieser Streikbewegungen, deren Inhalte nicht nur hohe Lohnforderungen und Kampf gegen die Arbeitshetze waren, sondern die ebenso durch hohe Festgeldforderungen und Forderungen nach Streichung von Leichtlohngruppen das "Gleicher Lohn für Alle" auf die Tagesordnung setzte, kam es zu harten militanten Auseinandersetzungen mit Werkschutz und Bullen.
- Die SchülerInnen-, Lehrlings- und Jugendbewegung, die sich vor allem durch Leistungsverweigerung widersetzte und selbstbestimmte Freiräume wie Jugendzentren erkämpfte. Ihre antiautoritäre Orientierung griff die reaktionäre Moral an und wirkte zersetzend auf bürgerliche Werte.
- Die Häuser-, Miet- und Fahrpreiskämpfe deren Inhalt die Aneignung gesellschaftlichen Reichtums war.
- Die Kämpfe in den Anstalten, Heimen und Knästen gegen die Zurichtung der Insassen für die Erfordernisse der Mehrwertproduktion und gegen Folter.

In all diesen Kämpfen gabs radikale Strömungen, mit dem Ziel proletarisch revolutionäre Gegenmacht zu entwickeln, die Kämpfe zu organisieren und in Zusammenhang miteinander zu bringen. Sie erreichten dadurch eine neue Qualität, daß in ihnen erstmals seit Gründung der BRD der Versuch unternommen wurde, direkt gegen Staat und Kapital, gegen die "spätnazistische Leistungsgesellschaft" (Karl Heinz Roth) zu mobilisieren. Gleichzeitig unternahmen Linksradikale Anstrengungen, einen starken, antiimperialistischen Internationalismus zu entwickeln, den Imperialismus in der Metropole anzugreifen.

Mit Bezug darauf und aus diesen Kämpfen heraus entschieden sich zunächst die RAF, ihr folgend Bewegung 2. Juni und die RZ, für einen Weg, dessen historische Bedeutung in der Etablierung des bewaffneten Kampfes in der Metropole BRD liegt. Daß diese Konzepte auf Sympathie und Solidarität bei Vielen stießen, beweisen die vielzitierten, aber nie veröffentlichten, Umfrageergebnisse, nach denen 1971 um die 25% der 19-24jährigen soweit mit der RAF sympathisierten, daß sie bereit waren, auch bei Androhung von Strafverfolgung RAF-GenossInnen vor den Bullen zu verstecken.

Klar, daß diese Entwicklung der Verbindung von militanten Kämpfen mit Massenperspektive und der Organisierung bewaffneter Gruppen den Staat zur Reaktion zwang. Auch wenn die erreichte Stärke dieser Bewegung, vor allem wegen der nicht gelungenen Verbindung all dieser Kämpfe der Klassensegmente untereinander und mit den politischen Ansätzen der revolutionären Gruppen, es nicht erlaubte von einer revolutionären Situation zu sprechen, konnte die Bourgeoisie nicht bis dahin warten. Sie mußte ein Instrumentarium bereithalten mit dem es möglich war, die sich entwickelnden Bewegungen zu zerschlagen und andererseits, falls das aus irgendwelchen Gründen mißlingen würde, die offene terroristische Diktatur rechtlich abzusichern und praktisch durchzusetzen.

Die andere Seite dieses Konzeptes stellte die sozialdemokratische Strategie der Reform und Integration dar, die in den Betrieben durch Klassenspaltung, Gewerkschaftsstrategie und Umstrukturierung und an den Unis durch Amnestie und Bildungsreform befriedend eingreifen sollte. In den Knästen bekamen diese beiden Seiten eines Konzeptes ebenfalls Bedeutung. Für die politischen Gefangenen wurde die Folter durch Isolation, Razzien, Zwangsernährung und dergleichen zielgerichtet zur Vernichtungshaft reformiert. "Soziale" Gefangene bekamen den sozialliberal reformierten Stufenvollzug zu spüren.

Die GenossInnen aus der RAF haben in dieser Zeit weitergekämpft. Sie haben 1977 den obersten Aufstandsbekämpfer, Generalbundesanwalt Buback und den Chef der Dresdner Bank Ponto erschossen; um 11 GenossInnen aus der Folter zu befreien den SS-Haudegen, Daimler-Chef und Arbeit"geber"präsidenten Schleyer entführt. '77 hatte bereits vieles aus den Entsolidarisierungskampagnen gegriffen. Aus dieser Position heraus entschloß sich - welches verwaltende Gremium der Bourgeoisie auch immer - die Geiseln in Stammheim zu liquidieren. Sie schlugen damit nach dem Teil der Linken der Unterwerfung und/oder Verrat noch nicht auf seine (zusammengerollten) Fahnen geschrieben hatte. Die Morde zielten also in mehrere Richtungen:

- Zerschlagung des bewaffnet kämpfenden Ansatzes Rote Armee Fraktion.
- Damit der Versuch der Zerschlagung aller bewaffnet kämpfender Gruppen in der BRD.
- Versuch der Zerschlagung einer Herausbildung einer (auch "nicht bewaffnet") kämpfenden, radikalen, antagonistischen Linken.
- Versuch der Zerschlagung der öffentlichen ("legalen") Auseinandersetzungen mit den bewaffnet kämpfenden Gruppen.

Insgesamt ging es also gegen die in der BRD historisch durchgesetzte Aufnahme des bewaffneten Kampfes überhaupt, gegen neu entstehende Massenbewegungen und der sich darin herausbildenden antagonistischen Kräfte. '77 war ein neuer Einschnitt: die bis dahin schon laufenden Entsolidarisierungskampagnen der Herrschenden, die Versuche der Entpolitisierung des bewaffneten Kampfes (da war ihnen kein Mittel zu dreckig - bis hin zur Pathologisierung) spitzten sich - für "die Linke" - auf eine Entscheidungssituation zu. War vorher die Integration weiter Teile der reformistischen und Spontilinken ins System weit fortgeschritten, wurde ab '77 das Verhalten dieses, großen Teils der "Linken" bestimmt durch demonstrative Unterwerfung und Denunziation.

Die Alternative stand offen zutage: Aufnahme in die Arme der Herrschenden oder Aufnahme des entschiedenen revolutionären Kampfes. Die durch Repression oder Reform aus der Linken herausgebrochenen und ins System integrierten Figuren und Gruppen sollten aktiver Bestandteil der Aufstandsbekämpfung werden. Dabei war es unerheblich ob diese Figuren und Gruppen jemals revolutionäre Positionen vertraten (wie Mahler, Klein, Baumann etc.) oder ihr Verrat schon im Ansatz begründet lag (wie "Langer Marsch" Redaktion, Fischer usw.).

Wir sehen also, daß die Morde in Stammheim, genauso wie die Morde in den Jahren zuvor, gegen uns alle gerichtet waren. Folter und Mord im Knast sind immer gegen uns gerichtet, gefangene GenossInnen sind immer Gefangene die uns angehen, strategische oder konzeptionelle Differenzen im Knastkampf nur Grund eine eigene konkrete Praxis zu entwikkeln. Das Konzept der Aufstandsbekämpfung ist ein einheitliches Konzept, in dem Maßnahmen gegen gefangene Revolutionäre ebenso ein Teil sind, wie Maßnahmen gegen militanten Massenwiderstand (vgl. aktuelle Gesetze) oder die Klassenspaltung (Frauen-Männer, "Deutsche"-AusländerInnen, Garantierte-Entgarantierte...).

'77 setzte Bedingungen mit denen wir heute konfrontiert sind. Was die Konterrevolution betrifft können wir's hier schnell abhandeln: Die Faschisierung ist weiter fortgeschritten; ideologisch, militärisch, juristisch. In den Knästen wird weiter gefoltert und gemordet. Aber Umgehen mit '77 kann nicht nur Starren auf Konterrevolution und Repression heißen - schließlich ist die Existenz einer klassenbezogenen, revolutionären Linken, in der wir Teil sind, Beweis dafür, daß das Kalkül der Schweine nicht aufgegangen ist - sondern fordert die Auseinandersetzung mit der Geschichte der Klassenkämpfe, mit dem was damals richtig war und mit den Fehlern der GenossInnen und damit die Weiterentwicklung unserer Organisierung, der Orientierung an und der Intervention in die Klassenkämpfe, des Kampfes gegen das Patriarchat, der Analyse der Metropolenrealität und des proletarischen Internationalismus.

einige Autonome

●●

PRESSEBERICHT VOM 5. OKTOBER 1987

Von H. P.H. Bakker Schut, Anwalt in Amsterdam.

Laut in Kopie beiliegendem Beschluß vom 18. August d.J. vom Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof werde ich des Verbrechens "des Werbens für oder der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" verdächtigt, unter Strafe gestellt im Par. 129a StGB mit einer Strafandrohung von minimal 6 Monate und maximal 5 Jahre Gefängnisstrafe.

Der Verdacht wird basiert auf der Tatsache, daß ich als Herausgeber des, im Juli d.J. beim Neuer Malik Verlag in Kiel erschienenen Buches "das info. briefe von gefangenen aus der RAF. aus der diskussion 1973-1977" aufgetreten bin. Diese Ausgabe ist ein Supplement zu meiner im Oktober 1986 in Utrecht verteidigten Doktorarbeit "Politische Verteidigung in Strafsachen. Eine Fallstudie des von 1972-1977 in der Bundesrepublik Deutschland geführten Strafverfahrens gegen Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof, Holger Meins, Jan Carl Raspe". Die ebenfalls im Oktober 1986 in Kiel erschienene Handelsedition dieser Doktorarbeit heißt "Stammheim - Der Prozeß gegen die Rote Armee Fraktion". Bequemlichkeitshalber verweise ich Sie in der Sache auf mein Vorwort in "das info", das ich in Kopie beilege, als auch auf das Vorwort der Gefangenen aus der RAF und das Inhaltsverzeichnis.

Vielleicht zum Überfluß benachdrucke ich, daß ich wohl formell als Herausgeber eines Buches verfolgt werde, aber materiell sowohl als Anwalt der Gefangenen aus der RAF als auch als wissenschaftlicher Untersucher. Meine Doktorarbeit habe ich nur schreiben können Dank meiner partizipierenden Observation als Anwalt, unter anderem von Andreas Baader. Auch die jetzt von mir publizierten Dokumente habe ich als Anwalt empfangen. Bei meiner Verfolgung geht es folglich primär um meine Beteiligung als Anwalt.

Aufgrund des ebenfalls beiliegenden Beschlusses vom 22. September d.J. vom Ermittlungsrichter des Teilstaates Schleswig Holstein, sind inzwischen Ende September d.J. eine große Zahl Durchsuchungen in der BRD durchgeführt worden, bei den im Beschluß erwähnten Adressen, als auch - 24 Stunden später - bei zahlreichen Buchläden, u.a. in Hamburg und Berlin.

Ich muß folglich davon ausgehen, daß über einen Rechtshilfeersuch die niederländischen justiziellen Behörden gebeten werden Durchsuchungen bei meiner Büro- und Privatadresse durchzuführen. Ferner liegt es auf der Hand, daß ich bei einer Grenzüberschreitung das Risiko laufe, verhaftet zu werden.

In einem Brief an den Minister des Auswärtigen Amtes H. H. van den Broek, ersuchte ich ihn jetzt (u.a.) bei seinem westdeutschen Amtskollegen so scharf wie möglich gegen die, durch das oben genannte strafrechtliche Verfahren in Gang gesetzte, Verletzung meiner Freiheit der Berufsausübung als Anwalt und meiner Freiheit als wissenschaftlicher Untersucher, zu protestieren, als auch die Garantie zu fragen, daß ich während meiner Reisen in der BRD in Ruhe gelassen werde.

Ab 1975 habe ich mich als Anwalt und als Dozent Strafrecht an der Reichsuniversität in Utrecht mit der Problematik der Verteidigung von Gefangenen aus der westdeutschen Stadtguerilla beschäftigt. Obwohl ich regelmäßig auf gröbste Weise durch die westdeutschen Behörden behandelt wurde (siehe z.B. meine Doktorarbeit S. 293-294 und S. 444-446), in der Niederlande durch den BVD abgehört, und von einigen Zeitschriften als "Terrorist in Robe" denunziert wurde, ist dies das erste Mal, daß ein strafrechtliches Verfahren gegen mich eingeleitet wird. Es ist auch das erste Mal, daß eine Verfolgung nach Par. 129a StGB im Zusammenhang mit einem Buch eingeleitet wird. Dies kann kein Zufall sein:

In meiner Doktorarbeit habe ich u.a. nachgewiesen, daß die BRD der erste Staat in der Welt ist, in dem vom höchsten Richter das systematische Foltern von Gefangenen legitimiert wird: die "weiße" Folter mittels Isolation und Streßmanipulation. Ebenfalls, daß die sogenannte Selbstmordversion in Bezug auf den Tod von Ulrike Meinhof am 9. Mai 1976 und von Gudrun Ensslin, Jan Carl Raspe und Andreas Baader am 18. Okto-

ber 1977 nicht haltbar ist. Während der öffentlichen Verteidigung meiner Doktorarbeit am 15. Oktober 1986 hat keiner der zehn anwesenden Professoren auch nur ein Wort über meine Beweisführung in der Sache verloren. Seitdem habe ich auf vielen Veranstaltungen in der BRD Einführungen anläßlich meines in den westdeutschen Medien totgeschwiegenen Buches, gehalten. Trotz des Totschweigens und trotz des wissenschaftlichen Charakters, sind inzwischen in der BRD 10.000 Exemplare verkauft worden.

Mit der Beschlagnahmung des Supplements zu meiner Doktorarbeit und mit meiner Verfolgung als Herausgeber versuchen die westdeutschen Staatsschutzbehörden zuallererst den Gefangenen aus der RAF das Stillschweigen aufzulegen, auch noch nach ihrem Tod, zweitens, um mich als Anwalt und wissenschaftlichen Untersucher auszuschalten, um den Mythos der BRD als Rechtsstaat in Stand halten zu können.
Auch dieser Versuch wird scheitern.

Mein ehemaliger Mandant Andreas Baader sagte am zweiten Prozeßtag im Mai 1975 das folgende über derartige Versuche:

"Der Apparat kann die Dialektik seiner Selbstdarstellung nicht begreifen. Er unterliegt ihr und demontiert im Versuch ihrer Behauptung mehr Rechtsstaatsideologie, als jede mögliche Interpretation. Die absurde Überdeterminierung seiner Reaktion wird ein propagandistisches Mittel der Insurrektion."

P.H. Bakker Schut.

Karlsruhe, den 18. August 1987

Beschluß
In dem Ermittlungsverfahren gegen

a) Pieter Bakker Schut, Amsterdam, als Herausgeber, und
b) unbekannte Hersteller und Verbreiter, insbesondere namentlich noch nicht bekannte Verantwortliche des "Neuer Malik Verlag" in Kiel,

des Buches "das info. briefe von gefangenen aus der raf. aus der diskussion 1973-1977"
wegen Verdachts eines Vergehens nach Par. 129a Abs. 3 StGB u.a.
(Werben für die "Rote Armee Fraktion/RAF" oder Unterstützen dieser terroristischen Vereinigung);
wird auf Antrag des Generalbundesanwalts beim Bundesgerichtshof folgendes bestimmt:
Das im "Neuer Malik Verlag", Kiel, im Jahre 1987 erschienene, von Pieter Bakker Schut, Amsterdam, herausgegebene Buch "das info. briefe von gefangenen aus der raf. aus der diskussion 1973-1977" wird beschlagnahmt. Die Beschlagnahme bezieht sich auf sämtliche Stücke des Druckwerks, die sich im Besitz der bei ihrer Verbreitung oder deren Vorbereitung mitwirkenden Personen befinden oder öffentlich ausgelegt oder beim Verbreiten durch Versenden noch nicht dem Empfänger ausgehändigt worden sind. Zugleich wird angeordnet, daß die zur Herstellung des Druckwerks gebrauchten oder bestimmten Vorrichtungen wie Platten oder Matrizen zum Zwecke der Unbrauchbarmachung ebenfalls beschlagnahmt werden (Par. 111b, 111c, 111m, 111n Abs. 1, 169 Abs. 1, 33 Abs. 4 StPO, 74d StGB).

Gründe

Der Generalbundesanwalt führt ein Ermittlungsverfahren gegen
- Pieter Bakker Schut, Amsterdam, als Herausgeber, und
- unbekannte Hersteller und Verbreiter, insbesondere namentlich noch nicht bekannte Verantwortliche des "Neuer Malik Verlag" in Kiel,

des Buches "das info. briefe von gefangenen aus der raf. aus der diskussion 1973-1977". Das Buch enthält eine Auswahl der Briefe, die inhaftierte Angehörige der terroristischen Vereinigung "RAF" in den Jahren 1973 bis 1977 für das sog. "info", das zwischen ihnen sowie einigen sie vertretenden Rechtsanwälten bestehende Kommunikationssystem, geschrieben haben. In den Briefen wird das Konzept der "RAF" als einer als Vereinigung organisierten Stadtguerilla auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland dargestellt, insbesondere wird die Notwendigkeit der Fortsetzung des bewaffneten Kampfes dieser terroristischen Vereinigung betont. Der Nachdruck dieser Texte ist grundsätzlich geeignet, beim Leser um Sympathie für die fortbestehende terroristische Vereinigung "RAF" und die nach wie vor von ihr verfolgten Ziele und Strategien zu werben und diese Vereinigung zu unterstützen. Die Herausgabe der Texte zielt wenigstens auf die Gewinnung von Sympathisanten, wenn nicht sogar von unmittelbaren Anhängern der Vereinigung aus einem anzusprechenden "revolutionären Unruhepotential" in der Bundesrepublik Deutschland ab. Die Darstellung des Stadtguerillakonzepts der "RAF" und seiner Verwirklichung mit den Mitteln der Schwerstkriminalität, die Beschreibung der Führungsstruktur der Gruppe und die dabei verwendeten Problemlösungen liegen auch im Interesse dieser fortbestehenden terroristischen Vereinigung. Dies wird besonders daran deutlich, daß in einem ohne Überschrift auf den Seiten 12 und 13 des Buches abgedruckten Vorspann, der mit "März 85" datiert ist, Mitglieder der "RAF" in der "wir-Form" die Gründe darstellen, die sie bewogen haben, die wesentlichen Briefe zu veröffentlichen und u.a. erklären, daß einige Briefe gekürzt sind und daß solche Briefe, die nicht mehr vorhanden waren, bewußt nicht rekonstruiert worden sind. Das Vorwort der namentlich nicht bekannten Mitglieder der terroristischen Vereinigung "RAF" schließt mit dem Hinweis,

"daß das neue stärker ist, wenn wir es wollen"

und mit den Worten:

"es ist ein teil von unserem fight, und so nah wie es damals für uns war - der, der da schreibt, war richtig da, du hast ihn gesehen, ganz genau in jedem wort - so ist es immer noch. märz 85"

Daraus folgt, daß das Buch trotz des zeitlichen Abstands zu den in den Briefen behandelten Geschehnissen keineswegs den vom Herausgeber beanspruchten dokumentarischen Charakter hat, sondern als ein im Interesse der noch bestehenden terroristischen Vereinigung "RAF" verbreitetes Druckerzeugnis anzusehen ist, das deren weiterem Bestehen dienen soll.
Jede weitere Verbreitung des Buches stellt ein strafbares Werben für die "RAF" oder eine Unterstützung dieser terroristischen Vereinigung dar. Es ist daher zu erwarten, daß dieses gemäß Par. 74d StGB eingezogen wird.
Die nachteiligen Folgen der Beschlagnahme stehen nicht außer Verhältnis zu der Bedeutung der Sache. Eine Beschränkung der Beschlagnahme ist unter den gegebenen Umständen nicht möglich.
Eine vorherige Anhörung der Betroffenen kommt nicht in Betracht, um den Erfolg der weiteren Ermittlungen nicht zu gefährden.

Dr. Rinne
Richter am Bundesgerichtshof

●●

Am Donnerstag, den 24.9.87 gegen 5 Uhr nachmittags, stand ein Mann vor meiner Tür, der sich mit einem kleinen plastifizierten Ausweis identifizierte und sagte, daß er vom Ministerium BZ, sprich BVD (holländischer Staatsschutz) wäre.
(...)

Ich fragte, was sie konkret von mir wollten. (...) Er begann über einen Groninger, der mehrmals in den Nachrichten war. Ich nannte dann den Namen von Paul Moussault; (...) Ich sagte, daß ich P.M. nur über den und den kannte und daß er, soweit ich wüßte, ein gewöhnlicher Drucker sei. Er sagte, daß sie das immer sagen und daß dies nun gerade untersucht werden müßte. Es lief darauf hinaus, daß ich an illegalen Aktionen mitmachen müßte, um so auf die Spur zu kommen. (...)

Er sagte, daß ich die Konsequenzen gut überlegen müßte, denn wenn ich zu schnell ja sagte, hätten sie nichts an mir. Er wollte mir wohl alle Probleme nennen, z.B. etwas was er "profilieren" nannte: wie verkaufe ich meine neuen Aktivitäten meiner Umgebung, (...)" Ich sagte, daß in der Tat wahrscheinlich viele Leute erstaunt sein würden, wenn ich mich mit P.M. einlassen würde, und daß ich immer Abstand vom RVF genommen hätte. Letzteres wußte er nicht, sagte er.

Ich sagte, daß ich Risiko laufen würde, wenn es auffliegt. "Das passiert nicht, da sorgen wir schon für", sagte er. (...) Außerdem nannte er als Punkt die Zeit, die es kosten würde. Natürlich würde eine finanzielle Entschädigung dem entgegensetzt. (...)

Ich sagte mehrere Male, daß ich nicht direkt etwas sagen könnte, weil es für mich ein großer Schritt sein würde um beim BVD zu arbeiten.
(...)

Mittwoch 30.9. 12 Uhr, kam er wieder vorbei. Ich ließ ihn rein und sagte, daß ich es nicht mache.

●●

Rebmann weiter auf Herbst-Offensive

Zellendurchsuchungen und Ermittlungen gegen Anwältin / Beschlagnahme des Buches „Das Info" geht weiter

Bonn (taz) — Generalbundesanwalt Rebmann ermittelt gegen eine Anwältin, die angeblich die Rote Armee Fraktion unterstützt haben soll. Die Bundesanwaltschaft wirft ihr vor, sie habe ihre Stellung als Verteidigerin ausgenutzt, um einen „illegalen Austausch von Informationen" zwischen inhaftierten RAF-Mitgliedern zu ermöglichen. In Zusammenhang mit diesen Vorwürfen wurden am Dienstag in mehreren Städten Gefängniszellen durchsucht. Nähere Auskünfte gab die Bundesanwaltschaft nicht.

Es spricht aber einiges dafür, daß diese Aktion in Zusammenhang mit den Aussagen von Dirk S. steht, der sich vor kurzem der Hamburger Polizei gestellt hat. Aufgrund seiner Aussagen ist damals das Büro einer Hamburger Rechtsanwältin durchsucht und die Offenbacher Schülerin Andrea B. festgenommen worden. Dirk S. wird von der Bundesanwaltschaft dem RAF-Umfeld zugerechnet.

In Zusammenhang mit der Verhaftung des Bundeswehrsoldaten Peter R., dem Unterstützung einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen wird, hat die Staatsanwaltschaft Koblenz, wie erst jetzt bekannt wurde, Ende letzter Woche einen Freund von R. in Taxöldern verhaften lassen.

Wie die taz erst jetzt erfuhr, sind in den vergangenen Wochen auch mehrere hundert Exemplare der Zeitung 'de knipselkrant' auf dem Postweg beschlagnahmt worden. 'De knipselkrant' erscheint in Groningen/Niederlande und veröffentlicht Texte bewaffnet kämpfender Gruppen, aber auch andere Diskussionsbeiträge vorwiegend aus dem antiimperialistischen Umfeld.

Auch mit ihrer Suche nach Exemplaren des Buches „Das Info — Briefe von Gefangenen aus der RAF 1973 - 1977" macht der Generalbundesanwalt weiter. In West-Berlin und Kiel wurden Buchhandlungen durchsucht und Exemplare beschlagnahmt.

DEN ANGRIFF GEGEN DAS HERZ DES STAATES FÜHREN

zum 10. jahrestag der morde in stammheim

> andreas, gudrun, jan, irmgard und uns überrascht die faschistische dramaturgie der imperialisten zur vernichtung der befreiungsbewegungen nicht. wir werden schmidt und den ihn unterstützenden imperialisten nie das vergossene blut vergessen. der kampf hat erst begonnen.
> (raf, kommando siegfried hausner, 18.10.1977)

am 18.10.1977 wurden gudrun ensslin, andreas baader und jan-carl raspe nach fast sieben wochen kontaktsperre in der jva stuttgart-stammheim in ihren zellen ermordet. der mordversuch an irmgard möller schlug fehl.

nachdem der bundesnachrichtendienst (bnd) wochenlang die zellen der gefangenen abgehört und unkontrollierten zugang zum zellentrakt gehabt hatte, waren zuletzt gegen die gefangenen "äußerste nachrichtendienstliche mittel" (bundesinnenminister maihofer) angewendet worden, wie sie etwa inhalt der ausbildung von cia-kommandos am hauptquartier der afsouth in neapel sind.

die morde waren teil einer verdeckten psychologischen kriegsführung des staatsschutzapparates gegen die raf, die bereits vor dem prozeßbeginn in stammheim einsetzte. bka und baw griffen zu bewußten fälschungen, um eine bedrohung der bevölkerung durch die raf vorzutäuschen. so tauchten im juni 1972 eine "bombendrohung der raf" gegen die stuttgarter bevölkerung, im mai 1974 die drohung einer trinkwasservergiftung und im juni 1974 die ankündigung, das vollbesetzte hamburger volksparkstadion mit raketen zu beschießen, auf. während des stammheimer prozesses erfolgte der übergang zu "cloak & dagger"-aktionen, zum mord an ulrike meinhof (mai 1976), den morden vom 18.10.77, zum mord an ingrid schubert (november 1977). die letzte - bekannt gewordene - aktion dieser art war ein fingierter bombenanschlag auf die jva celle (juli 1978), geplant vom niedersächsischen verfassungsschutz, ausgeführt durch die gsg 9.

die entwicklung, die eine derartige "schmutzige kriegsführung" hier in zukunft durchlaufen kann, ist bereits seit einigen jahren in nordirland am auftreten der sas, der uff, der uvf oder im französischen teil des baskenlands an der gal zu beobachten.

am 18.10.1977 stürmte die gsg 9 in mogadishu/somalia die vom pflp-kommando "martyr halimeh" entführte lufthansa-boeing "landshut" und tötete drei mitglieder des kommandos, eine genossin wurde gefangen genommen.

die gsg 9 ist eine spezialeinheit des bundesgrenzschutz (bgs) für den "anti-terror-kampf". nach dem gesetz ist der bgs teil der streitkräfte der brd, seine mitglieder haben im kriegsfall den kombattantenstatus, in der praxis wird er aber, unterhalb der militärischen ebene, als "polizei des bundes" eingesetzt. d.h. die "polizei-aktion" in somalia war der einsatz deutschen militärs in einem fremden land und außerhalb des nato-gebiets, mithin völkerrechtswidrig. während eine ähnliche aktion israelischer fallschirmjäger in entebbe/uganda (juli 1976) noch breite öffentliche diskussionen über deren völkerrechtswidrigen charakter auslöste, hat sich die öffentliche meinung seit mogadishu daran gewöhnt, operationen wie die versuchte "geiselbefreiung" im iran (1980) oder die entführung eines plf-kommandos, das die "achille lauro" besetzt hatte, durch us-flugzeuge (1985) als "normal" hinzunehmen.

die entwicklung, die zu den ereignissen des 18.10.1977 führte, wurde durch einen starken schub in der "transformation des staates" möglich, bei dem sich parallel zu den institutionen des parlamentarismus in der brd ein ausnahmeapparat, bestehend aus bundeskanzleramt (koordinationsstelle der geheimdienste, verbindung zum "parlamentarischen apparat"), bundeskriminalamt, bundesanwaltschaft, außen-, innen- und justizministerium, etablierte. dieser ausnahmeapparat ist heute funktionaler bestandteil des politischen alltags der brd, als beispiel sei hier nur der permanent tagende "krisenstab" und die nachrichtensperre in den fällen hamadei, cordes und schmidt genannt.

die "transformation" wurde planmäßig vorbereitet (1972 einrichtung des "ständigen lagezentrums im bundeskanzleramt, das bei bedarf zum krisenstab ausgebaut werden kann, 1974 einrichtung von krisenstäben bei allen innenministerien) und 1977 erstmals offen durchgesetzt. hierbei wurde das grundprinzip des bürgerlich-demokratischen staatsverständnisses, die gewaltenteilung, durch die einführung der kontaktsperre, die unterordnung aller politischen funktionen und der justiz als "dritter gewalt" unter den staatsschutzapparat, durch die nachrichtensperre und die instrumentalisierung des parlaments durch den "großen politischen beratungskreis", aufgehoben. die durchsetzung dieses ausnahmezustands mußte durch einen "kalten staatsstreich", d.h. der rechtfertigung aller maßnahmen durch den Par. 34 stgb ("übergesetzlicher notstand"), der <u>nachträglich</u> "verrechtlicht" wurde (sanktionierung der maßnahmen durch den bundestag im "kontaktsperregesetz", 30.9.1977, nachdem das gesetz durch die "kleine lage" am 12.9. beschlossen worden war), erfolgen. die brd-bourgeoisie war zu diesem vorgehen gezwungen, um die bestimmungen der notstandsverfassung, d.h. eine unterordnung unter die militärischen natostrukturen (vgl. dazu nr. 1), zu umgehen und ihre politische handlungsfähigkeit zu wahren.

die dialektik von revolution und konterrevolution

> "was von der revolution verloren wird, wird von der bourgeoisie gewonnen."
> (leo trotzki, und nun?)

in den siebziger jahren verschiebt sich das weltweite kräfteverhältnis zwischen den imperialistischen metropolen und dem weltrevolutionären prozeß an der peripherie. durch den abzug der us-truppen aus vietnam (1973) und den fall von saigon und pnom penh (1975) geht südostasien für den imperialismus verloren. als folge dieser entwicklung und als ergebnis des umschlags der expansiven "langen welle" in eine depressive ende der 60er/anfang der 70er jahre (ausgelöst durch den ständigen anstieg der organischen zusammensetzung des kapitals, überproduktionskrisen, z.b. stahl, und die nationalen inflationsraten, die sich ungleichmäßig entwickeln, was 1973 zum zusammenbruch des systems von bretton woods führt), verlieren die usa ihre absolute welthegemonie. ihre weiterbestehende relative hegemonie versuchen sie durch hegemonistische und ultraimperialistische apparate (nato, iwf) abzusichern und den konkurrenzkampf mit den erstarkenden imperialistischen ländern (japan, westeuropa) durch außerökonomischen druck, etwa über die cocom-liste oder die sdi-verträge, für sich zu entscheiden.

die weltweite schwächung der us-position kann von den antiimperialistischen befreiungsbewegungen nur begrenzt ausgenutzt werden. es gelingt nicht, die befreiungskämpfe in den einzelnen ländern zu einer permanenten revolution voranzutreiben, der weltrevolutionäre prozeß verliert an schwung und stagniert schließlich.

die lücke, die so entsteht, wird durch die metropolen japan und westeuropa ökonomisch, z.t. politisch und militärisch gefüllt, was ihre stellung innerhalb der imperialistischen staatenkette erheblich verstärkt. diese gewichtsverschiebung führt zu einer verschärfung der interimperialistischen konkurrenz, sie zeigt sich beispielsweise in der entwicklung der gegenseitigen direktinvestitionen oder den "handelskriegen", die periodisch auszubrechen drohen.

ihr verstärktes gewicht in der imperialistischen staatenkette ermöglicht es der brd, ihre politische und ökonomische hegemonie über westeuropa aufzurichten, zunächst durch die integration von großbritannien, irland, dänemark (1972), griechenland (1981), spanien und portugal (1986) in die eg, die anschließend, den wünschen des brd-kapitals entsprechend, "reformiert" wird (1.1.1987 inkrafttreten der "einheitlichen europäischen akte", die erweiterte kompetenzen für das europaparlament, die einschränkung des vetorechts im ministerrat und die verstärkung der außenpolitischen zusammenarbeit vorsieht. bis 1992 soll ein "einheitlicher europäischer binnenmarkt" geschaffen werden).

die hegemonisierung westeuropas durch die brd ist ausdruck der verschärften interimperialistischen konkurrenz und der wachsenden stärke des brd-kapitals darin. besonders der beitritt spaniens und portugals zur eg führt zu andauernden auseinandersetzungen mit den usa auf dem agrarmarkt. sie ist ebenso ausdruck für die veränderte stellung der nationalen oligarchien an der europäischen peripherie, die beim versuch, die ökonomische und politische krise in ihren ländern durch die eg-integration aufzufangen, dem ausländischen (westdeutschen) kapital eine investitionssphäre öffnen. dieser prozeß und die verschärfung der ökonomischen krise lösen erhebliche widersprüche in diesen ländern aus, die sich z.b. in den kämpfen der baskischen und spanischen stahlarbeiter, den bauern- und landarbeiterprotesten in andalusien und portugal und der anti-nato-bewegung in spanien äußern.

parallel zur eg-erweiterung beschleunigt sich der prozeß der faschisierung westeuropas, den die brd auf drei linien vorantreibt: initiativen auf un-ebene, ausbau der polizeilichen zusammenarbeit in der eg und errichtung eines "europäischen rechtsraums" über den europarat. die wichtigsten etappen dieses prozesses sind:

1975 — italien erläßt unter westdeutschem druck "anti-terror-gesetze"

1976 — unter druck der brd beschließt die britische regierung, den irisch-republikanischen gefangenen den "politischen status" abzuerkennen.

januar 1977 — die "europäische konvention gegen den terrorismus" wird in den europarat eingebracht.

mai 1977 — auf einem treffen der eg-außenminister in london wird verbindlich festgelegt, die zusatzprotokolle der genfer konventionen nicht auf "terroristen" anzuwenden.

als 1977 der demokratisch-liberale widerstand gegen die hegemonistische politik und die repression der brd in ganz westeuropa zusammenbricht, kann sich dieser prozeß ungehindert fortsetzen.

november 77 — klaus croissant wird von frankreich an die brd ausgeliefert

mai 1978 — stefan wisniewski wird in paris verhaftet und ohne auslieferungsverfahren direkt in die brd abgeschoben

januar 1982 — der eg-ministerrat beschließt allgemein-verbindliche maßnahmen zur gleichschaltung der presse

juli 1983 — das eg-parlament beschließt ein "internationales rechtshilfe-gesetz", das den begriff der "politischen straftat" nicht enthält.

und allein in diesem jahr

april — die trevi-gruppe beschließt, ein geheimes kommunikationsnetz zwischen den nationalen sicherheitsapparaten einzurichten und das asylrecht zu vereinheitlichen.
frankreich und die brd institutionalisieren vertraglich die "terrorismus"-bekämpfung.

mai — auf einem treffen von polizeifunktionären aus der eg und zwölf afrikanischen staaten wird ein kooperationsabkommen vorbereitet.

juni — auf dem "weltwirtschaftsgipfel" in venedig beschließen die sieben teilnehmerstaaten, ein ständiges referat über den "terrorismus" einzurichten, das sich nicht nur mit maßnahmen gegen innerstaatliche oppositionelle gruppen, sondern auch gegen staaten, die angeblich den "internationalen terrorismus" unterstützen, beschäftigen soll.

an diesem letzten beispiel zeigt sich einmal mehr:

> "der "anti-terrorismus" wird zur politik der imperialistischen staatenkette unter us-dominanz, tendenziell unter funktionalisierung der nato-staaten, indem die einzelnen konzepte, us-linie der "prävention und vergeltung", "westeuropäischer rechtsraum" und die politik der einzelnen staaten in der praxis einander ergänzen und aufeinander einwirken, d.h. politische vereinheitlichung bei gleichzeitiger differenzierter umsetzung der konzepte."
> ("den angriff gegen das herz des staates führen", nr. 1, juni 1987)

insbesondere überschneiden sich die konzepte im nahen osten. die usa versuchen, die europäischen imperialisten in vökerrechtswidrige aktionen nach dem vorbild von mogadishu einzubinden, beispiele sind die "multinationale friedenstruppe" im libanon (1982), die ohne den un-sicherheitsrat, d.h. institutionell außerhalb des völkerrechts gebildet wurde, oder die benutzung der nato-infrastruktur beim angriff auf libyen (1986). die europäer stärken ihrerseits mit ihren politischen initiativen, etwa bzgl. einer "internationalen nah-ost-konferenz", die position der usa.

die situation, 10 jahre nach den morden in stammheim

> "ich habe die sorge, daß die raf versuchen wird, die forderung nach "zusammenlegung der gefangenen aus raf und widerstand" in absehbarer zeit durch schwere straftaten der kommandoebene und der illegalen militanten durchzusetzen."
> (generalbundesanwalt rebmann, 10.7.1987, pressekonferenz)

in den prozessen seit dem letzten hungerstreik 1984/85 ist es der baw gelungen, den hs, die zl-forderung und allgemein jede forderung nach änderung der haftbedingungen der politischen gefangenen zu kriminalisieren und das konstrukt einer "terroristischen vereinigung in den haftanstalten" durch grundsatzurteile zu verrechtlichen.

der brd-staatsschutzapparat ist nicht nur entschlossen, die isolationshaft aufrechtzuerhalten (vgl. die erklärung des staatssekretärs kinkel vom bundesjustizministerium am 27.1.1985 gegenüber den anwälten der gefangenen), er treibt die juristische absicherung der haftbedingungen und damit die verrechtlichung von folter und geiselstatus systematisch weiter voran.

so sollte der prozeß gegen monika berberich, gabriele rollnik und angelika goder vor dem landgericht moabit am 2.9.1987 wegen "widerstand gegen vollzugsbeamte" vermutlich der vorbereitung zur zerschlagung der kleingruppe in der jva moabit, wie sie zeitweise bereits während des hs 84/85 vorgenommen worden war (die drei gefangenen waren direkt nach bekanntwerden des hs voneinander isoliert worden), dienen. auch ist hier eine parallele zur situation 1977 offensichtlich. nach der bildung einer größeren gruppe von gefangenen in stammheim april - juni 1977 kam es nach einer provokation von justizbeamten am 8. august 1977 zu tätlichen auseinandersetzungen, die zum vorwand genommen wurden, die gruppe zu zerschlagen.

auf diesem hintergrund müssen die äußerungen rebmanns auf der letzten pressekonferenz der baw als propagandistische vorbereitung aufgefaßt werden, - um im prozeß gegen eva haule-frimpong, luitgard hornstein und christian kluth, der am 1. september vor dem olg stuttgart begonnen hat, und im prozeß gegen die vier duisburger genoss/inn/en die "illegalen militanten" mit einer verurteilung als "teil der gesamt-raf" zu verrechtlichen und die angeklagten aktionen (angriffe auf die shape-school in oberammergau und auf die bgs-kaserne in swistal-heimerzheim) in eine verbindung zum hs und zur zl-forderung zu bringen. derartige urteile würden die juristische voraussetzung für eine anwendung des kontaktsperregesetzes während eines hs und eine permanente verrechtlichung des geiselstatus bilden.

- allgemeiner ausgedrückt heißt das, gba rebmann bereitet die öffentlichkeit auf die möglichkeit vor, die gefangenen bei aktionen des widerstands als geiseln zu nehmen und repressalien auszusetzen, was, wie am 18.10.1977, den tod der gefangenen bedeuten kann.

im hungerstreik für den politischen status 1981 konnten die irisch-republikanischen gefangenen ihre forderung, trotz der unterstützung durch aktionen der ira und der inla, massendemonstrationen und einer breiten internationalen unterstützung - auftritt eines sinn-fein-vertreters bei den un, besuch der gefangenen durch vertreter der europäischen menschenrechtskommission, des europaparlaments und des internationalen roten kreuzes sowie solidaritätserklärungen amerikanischer senatoren - nicht durchsetzen. die britische regierung nahm den tod von zehn gefangenen in kauf, bobby sands starb als gewähltes mitglied des britischen unterhauses, kieran doherty als gewähltes mitglied des südirischen parlaments.

das instrumentarium, das mittlerweile in der brd geschaffen wurde, um die durchsetzung der zl-forderung zu verhindern, setzt bereits auf einer viel niedrigeren stufe an, und ist damit wesentlich effektiver als die möglichkeiten, die der britischen besatzungsmacht in nordirland zur verfügung standen. die sogenannte "koma-lösung", die direkt auf die gefangenen zielt, die kriminalisierung des hs als "aktion der raf", die damit verbundene kriminalisierung der zl-forderung und der forderung nach änderung der haftbedingungen, sowie die aktuellen projekte der baw in den laufenden und anstehenden prozessen verschaffen dem brd-staatsschutzapparat die mittel, seine position gegen den widerstand zu behaupten.

der kampf muß internationalistisch sein

> "die revolution beginnt, entwickelt sich und siegt zuerst stets dort, wo die kräfte der konterrevolution verhältnismäßig schwach sind; dort aber, wo die kräfte der konterrevolution sehr stark sind, hat die revolution entweder noch nicht begonnen oder entwickelt sich sehr langsam."
> (mao tse-tung, die taktik im kampf gegen den japanischen imperialismus)

den kampf internationalistisch führen kann nicht heißen, konfrontationen "klasse gegen klasse" in jedem land zu suchen, die sich dann zur weltrevolution summieren - diese falsche linie des VI. weltkongresses der komintern führte zur niederlage gegenüber dem faschismus und konnte erst 1935 auf dem VII weltkongreß korrigiert werden - sondern bedeutet antiimperialistischen kampf gegen den hauptfeind, unter berücksichtigung der ungleichzeitigkeit der entwicklung in den verschiedenen ländern. die imperialistische staatenkette wird an ihren schwächsten gliedern zerreißen, also dort, wo die konterrevolutionären kräfte schwach sind, und wo zahlreiche und verschärfte politische, ökonomische und nationale widersprüche bestehen, die aufeinander einwirken und sich potenzieren.

für den antiimperialistischen kampf in westeuropa bedeutet das: die möglichkeiten zu revolutionären durchbrüchen ergeben sich an der europäischen peripherie, dort, wo der brd-hegemonismus noch nicht (vollständig) fuß fassen konnte und daher seine schwächsten punkte hat. sie liegen konkret in der stärke der sozialen kämpfe und der bewegung gegen die nato in spanien und portugal, den nationalen befreiungskämpfen in irland, im baskenland und in kurdistan/türkei.
antiimperialistischer kampf heißt kampf für das recht der völker auf nationale selbstbestimmung, gegen den us- und brd-hegemonismus, gegen "low intensity warfare" der nato und die faschisierung westeuropas. der politische begriff dieses kampfs wird auch in der forderung nach anwendung der mindestgarantien der genfer konventionen deutlich, die zugleich die forderung nach durchsetzung besserer haftbedingungen für die politischen gefangenen ist. in diesem zusammenhang sei daran erinnert, daß 1981 die zusammenlegung der gefangenen aus pce(r) und grapo in spanien durchgesetzt werden konnte und daß es aktuell auch unsere aufgabe ist, diese kollektive gegen die zerschlagungsversuche der spanischen regierung zu verteidigen.
die möglichkeit, international öffentlichkeit und bewußtsein über die haftbedingungen und die folter in der brd zu schaffen, sollte ausgenutzt werden (z.b. durch die initiative der anwälte und angehörigen von politischen gefangenen bei den anhörungen in der "internationalen menschenrechtskommission", oder durch klagen bei der "europäischen kommission für menschenrechte" in straßburg). derartige aktivitäten haben jedoch ausschließlich agitatorische wirkung, eine direkte durchsetzung verbesserter haftbedingungen über diese institutionen ist nicht möglich. die un fördern die menschenrechte (nach artikel 55 und 56 der un-charta), können aber in keinem staat die menschenrechte garantieren. agitation muß sich daher immer im zusammenhang des antihegemonistischen/antiimperialistischen kampfs entwickeln, da sonst die gefahr besteht, daß die berufung auf die menschenrechte in widerspruch zum recht auf nationale selbstbestimmung gerät (eine möglichkeit, die von den westlichen imperialisten während und nach der ksze benutzt wurde, um die rgw-staaten politisch unter druck zu setzen).

unmittelbare aufgaben für den antiimperialistischen widerstand

unsere vordringlichste aufgabe besteht darin, zu einer strategie gegen die zentralen achsen, um die herum sich der imperialistische staat brd rekonstruiert, zu kommen, und das heißt zugleich, die zentralen imperialistischen projekte, auf deren hintergrund die "transformation des staates" in der brd stattfindet - das us/nato-projekt des "kampfs gegen den internationalen terrorismus" und der "westeuropäische rechtsraum" des brd-hegemonismus - zu denunzieren und anzugreifen.
um in diesem internationalistischen zusammenhang unsere konkrete strategie zu bestimmen und die damit verbundenen unmittelbaren aufgaben, die mobilisierung zu den politischen prozessen und die entwicklung von initiativen für die anwendung der mindestgarantien der genfer konventionen, lösen zu können, ist es notwendig, diskussionszusammenhänge aufzubauen, in denen diese inhalte diskutiert und kritisiert werden, um sie praktisch umzusetzen.

in eigener sache

in einem artikel über den anschlag einer rz auf den richter am bundesverwaltungsgericht, korbmacher, zitiert die tageszeitung "die welt" am 2.9.87 aus einem vertraulichen bka-papier ("nur für den dienstgebrauch"), das der "welt" offensichtlich zu diesem zweck zur verfügung gestellt worden ist, richter, staatsanwälte und angehörige von polizei und militär seien aktuell besonders gefährdet. diese "gefährdung" ergebe sich aus dem text "klassenjustiz als instrument der konterrevolution" (= "den angriff gegen das herz des staates führen" nr. 1), abgedruckt in "de knipselkrant" nr. 13/1987, der entsprechende "zielbeschreibungen" enthalte.
der zweck dieses artikels ist offensichtlich: mit falschen behauptungen, verzerrungen und verdrehungen wird hier eine medienkampagne, die schon seit einiger zeit gegen "de knipselkrant" geführt wird, fortgesetzt, um darüber "de knipselkrant" (und aktuell auch uns) zu kriminalisieren. daß die behauptungen der "welt" falsch sind, liegt vor der hand: das "herz des staates" sind nicht irgendwelche zentrale apparate, institutionen oder personen, sondern das zentrale politische projekt, durch das die imperialistische bourgeoisie ihre herrschaft ausübt. in der brd ist dieses projekt die "transformation des staates" durch herausbildung nicht-öffentlicher entscheidungsgremien unter formaler beibehaltung der parlamentarisch-demokratischen staatsapparate. diese "transformation" vollzieht sich um die zentralen achsen repression, hegemonisierung westeuropas in einem einheitlichen "rechtsraum" und einbindung in den kampf gegen den "internationalen terrorismus", herum. "den angriff gegen das herz des staates führen" heißt, den transformationsprozeß überall dort, wo er sich aktuell und konkret zeigt, politisch anzugreifen.
die rz-aktion gegen korbmacher hat damit nichts zu tun (das sägen an strommasten oder am bauzaun in wackersdorf auch nicht). die asylpraxis der brd ist keineswegs die "praxis internationaler aufstandsbekämpfung" innerhalb einer "neuen imperialistischen weltinnenpolitik" (rz), sie ist genausowenig eine zentrale achse in der "transformation des staates". in ihr drückt sich teilweise der brd-hegemonismus über westeuropa und die unterordnung unter den "anti-terrorismus"-begriff aus, ist aber nicht ihr inhalt. somit ist das bundesverwaltungsgericht zwar teil der klassenjustiz in der brd, aber nicht des staatsschutzapparates (bka/baw/strafsenat), also kein instrument der präventiven konterrevolution.
der zeitpunkt der rz-aktion, am tag des prozeßbeginns in stuttgart gegen eva, luitgard und christian, und einen tag vor dem prozeß gegen monika, gabi und angelika in moabit - prozesse, die eine funktion innerhalb der konterrevolutionären strategie in der brd haben - machte es dem staatsschutz möglich, ihren inhalt propagandistisch gegen den versuch zu verwenden, an diesen prozessen die dahinterstehenden absichten offenzulegen, gegen sie zu mobilisieren und sie zu bekämpfen. mit ihren plumpen bemühungen, von den funktionen dieser prozesse abzulenken, haben bka und "welt" aber einmal mehr die tatsache verdeutlicht, daß eben diese funktionen der "klassenjustiz", ebenso wie die kontrollierte öffentlichkeit der staatsschutzmedien, "instrumente der konterrevolution' sind.

●●

ÜBER DIE NOTWENDIGKEIT VERBINDLICHER STRUKTUREN

Vorspann

Im folgenden nehmen wir Stellung zum Frankfurter Papier "Zur Situation der Autonomen in der Anti-AKW Bewegung", veröffentlicht in Atom Nr. 17, Sommer '87.
Dieses Papier hat nicht nur in Lübeck großes Interesse gefunden. Ohne sein Verdienst schmälern zu wollen, finden wir es aber u.a. in der entscheidenden Frage der "verbindlichen Strukturen" zu ungenau, um hilfreich sein zu können. Wir haben zwar sehr ähnliche Erfahrungen gemacht wir Lupus, daraus aber wesentlich andere Schlußfolgerungen gezogen. Um in eine Auseinandersetzung einzusteigen, wollen wir diese hier darstellen. Vieles wird für autonome Ohren zunächst äußerst ketzerisch klingen. Wir versichern deshalb ausdrücklich, daß es nicht um Anmache geht und bitten um eine möglichst vorurteilsfreie Auseinandersetzung mit unserem Diskussionsbeitrag.
Wir haben uns auf den Bereich der autonomen "Strukturen" beschränkt, weil wir ihn für den Schlüssel zur Lösung der übrigen Probleme halten. Wir sind aber jederzeit zu einer entsprechend weitergehenden Auseinandersetzung bereit.

Hört auf zu jammern, es hat doch gerade erst angefangen...
Um es vorweg zu sagen: Dem Papier kommt unbestreitbar das Verdienst zu, in schonungsloser Weise die Grundübel autonomer Politik aufzulisten. Es werden genau die Verhaltensweisen angesprochen, die die autonome Szene seit Jahren(!) mit sich herumschleppt - und zwar mit einer Offenheit und Selbstkritik, wie sie selten ist!
Der von der ATOM angekündigte Verzicht auf eine "theoretische Abhandlungsweise" erwies sich allerdings eher als ein Verzicht auf eine klare Gliederung und eindeutige Aussagen. Enttäuscht waren wir auch am Ende, weil der/die Verfasser/in/nen für die anfangs beschriebene Situation der Ratlosigkeit auch keine konkreten Vorschläge bringt/bringen. "wie oft sind diese Fragen so oder ähnlich gestellt worden, wie oft haben wir Konsequenzen gefordert, ohne sie zu ziehen, wie oft sind unter uns Worte gefallen wie Schnee von gestern: "Kontinuität, Strukturen aufbauen...". So bleibt dieses Papier, dem offensichtlich viel Nachdenken vorausging, bei der Beschreibung der Fehler stehen: Die Autonomen befinden sich erneut in einer schweren Krise. Die "Neuen" wiederholen immer aufs Neue die alten Fehler, lang erfahrene Genossen resignieren, weil sie in dieser Art Politik keine Perspektive mehr erblicken können, verschlissen sind und keinen praktisch zu realisierenden (Aus)-weg wissen.

Als Hauptfehler werden genannt:
1. Ein militaristischer Begriff von Militanz, obwohl die Auseinandersetzung mit dem Staat militärisch nicht zu gewinnen ist.
2. Militanz als Selbstzweck, indem sie, statt Mittel der Politik zu sein, zu ihrem Inhalt wird.
3. Fehlende Vermittlung und deshalb fehlende Verankerung autonomer Politik.
4. Reproduktion bürgerlicher Strukturen, Machoverhalten, Frauenunterdrückung.

Was diese Kritik betrifft, können wir dem Verfasser aus eigener langer Erfahrung nur zustimmen. Allerdings vermissen wir in dem Papier jeden Ansatz der entscheidenden Frage nach der Ursache dieser Fehler. Damit muß dieses Papier ebenso folgenlos bleiben, wie andere vor ihm.
Dabei weist Lupus selbst darauf hin, wie oft zuvor diese Fehler bereits beklagt worden sind, ohne das dies je Konsequenzen gehabt hätte. Was nützt aber die genaueste Beschreibung von Krankheitssymptomen, wenn die Erkennung und Bekämpfung ihrer Ursachen unterbleibt? Niemand wird davon gesund werden, daß er sich die Gesundheit aufs heftigste herbeiwünscht.

Genau dies ist auch die entscheidende Schwäche des Frankfurter Papiers. Es kommt über den frommen Wunsch nicht hinaus, weil es bei den Symptomen verharrt, statt nach Ursachen zu fragen.
Stattdessen finden wir ziemlich dürftige Vorschläge, die im Grunde nichts weiter sind, als eine unvollständige und noch dazu ziemlich beliebige Wiederholung aus dem Arsenal autonomer Rhetorik. Niemand hat etwas gegen "eigene ökonomische Strukturen", "Aufbau und Vernetzung militanter Kerne" oder gar "verbindliche Strukturen". Aber dies alles zu fordern ist leider nicht neu, sondern geschieht seit Jahren immer wieder. Das Problem besteht aber gerade darin, daß man diesen Zielen bislang keinen Schritt näher gekommen ist, sondern stattdessen die von Lupus beschriebene umfangreiche Fehlersammlung produzierte. Um aus diesen Teufelskreis auszubrechen, genügt es eben nicht, in jeder neuen Krise der Autonomen die bekannten Fehler aufzulisten und die alten Ansprüche, ob nun vollständig, oder in Auszügen, einfach zu wiederholen.
Echte, wirklich schonungslose Kritik muß undogmatisch sein, das heißt, sie darf vor den heiligen Kühen autonomer Dogmen nicht haltmachen.
Denn wenn es unsere Erfahrung ist, daß es jahrelang bei guten Vorsätzen geblieben ist, liegt der Fehler offenbar doch tiefer. Dann ist im Bereich der Grundannahmen etwas faul. Alle unsere Mühe wird deshalb auch weiterhin vergeblich sein, wenn es nicht gelingt, diesen Fehler zu erkennen und zu liquidieren.
Wem unsere beschissene Situation nicht dermaßen auf den Nägeln brennt, daß er/sie bereit ist, auch unangenehme Überlegungen an sich heranzulassen und vorurteilsfrei zu prüfen, der braucht jetzt eigentlich nicht weiterzulesen.
Lupus beklagt die Tatsache, daß die Autonomen sich als wenig lernfähig erwiesen haben: der Nachwuchs wiederholt die alten Fehler während alte Genossen resignieren, weil sie darin keine Perspektive erblicken können. Bei dieser Klage bleibt Lupus stehen, statt nach den Gründen zu fragen. Seine "Lösungsvorschläge" bleiben aber diffus und unkonkret.
So fordert er zwar "verbindliche Strukturen", läßt aber offen, was er sich darunter vorstellt. Stattdessen findet sich aber bezeichnenderweise eine Negativabgrenzung: "Wir lehnen (...) hierarchische und autoritäre Strukturen ab". Damit sitzt Lupus auf geradezu klassischer Weise in der Mausefalle des autonomen Dogmatismus.
Die Lösung des geschilderten Problems der ständigen Wiederholung derselben Fehler ist doch ohne irgend eine Form von Hierarchie gar nicht vorstellbar. Unsere und Lupus gemeinsame Erfahrung gestattet keine andere Schlußfolgerung. Entweder erhalten die erfahrensten Genossinnen/Genossen gegenüber dem Nachwuchs eine führende Funktion zugebilligt oder diese werden zwangsläufig diejenigen Erfahrungen und Fehler wiederholen, die jene bereits hinter sich haben. "Richtiges" Handeln hat eben nicht nur mit Intelligenz, sondern auch mit Erfahrung zu tun. Selbst guten Willen vorausgesetzt hat die Einsichtsfähigkeit ihre Grenzen.
Entsprechendes gilt für die sog. "verbindlichen Strukturen", die bislang zwar oft gefordert, aber nicht erreicht wurden. Denn selbst, wenn eine Gruppe nur diskutiert und anschließend einen verbindlichen Beschluß faßt, ist dies nichts anderes als eine Form von Hierarchie. Dies wird in autonomen Zusammenhängen auch durchaus richtig erkannt. Als Konsequenz sind deshalb Abstimmungen und verbindliche Beschlüsse bei vielen Autonomen verpönt.
Es ist für die Diskussion unter Autonomen geradezu charakteristisch, einerseits die Notwendigkeit einer radikalen Änderung der bisherigen Arbeitsweise zu empfinden. So entstehen die immer wiederkehrenden Forderungen nach "Gegenmacht organisieren", "verbindliche Strukturen schaffen", etc. Leider ist es andererseits ebenso charakteristisch, um die Bedeutung und damit auch die Umsetzung dieser Ansprüche einen großen Bogen zu machen. Diese dogmatische Denkhemmung ist der Grund für die ansonsten unerklärliche Tatsache, eine Lösung vorzuschlagen - nämlich "verbindliche Strukturen" - ohne zu bemerken, daß dies Wort alleine noch nichts aussagt.
Das beharrliche Festhalten an diesem Dogmatismus erinnert langsam an Papst Woytila, der von dem Glauben an die unbefleckte Empfängnis nicht lassen mag, oder an den Wunsch, endlich mal zu duschen, ohne naß zu werden.
Wie bei jedem Dogmatismus handelt es sich um den Versuch, der Realität zu entfliehen. Das dies nicht möglich ist, erweist sich täglich aufs neue. Die gesteckten Ziele werden nicht erreicht und die autoritäre Struktur, der man um jeden Preis entgehen wollte bricht sich trotzdem, sogar in schärferer Form, Bahn: das Ergebnis solch dogmatischer Verklemmung ist dann nämlich eine verdeckte Führung, die Lupus so beschreibt: "Ohne jemanden sichtbar aus Entscheidungen auszuschließen, werden allzuoft Entscheidungen von wenigen getroffen und durchgepowert - von denen, auf die es - unausgesprochen - ankommt."
Wenn wir ehrlich sind, kennt jede von uns, die länger aktiv ist, diesen Mechanismus zur Genüge.
Nicht nur jede autonome Gruppe, sondern überhaupt jeder kontinuierliche menschliche Zusammenhang besitzt entweder eine offene oder eine verdeckte und damit nicht legitimierte Führung.
In politischen Zusammenhängen führt nicht legitimierte, verdeckte Führung zu Unehrlichkeit und Ineffektivität. Sie ist jedem emanzipatorischen Anspruch wesentlich abträglicher als eine offene, gewählte, rechenschaftspflichtige und abwählbare Führung.
Dazu kommt, daß die verdeckte Führung nur zu oft von Typen ausgeübt wird, deren hauptsächliche Qualifikation in einer großen Klappe besteht.
Sie sind kaum angreifbar, weil sie offiziell gar keine Sonderstellung besitzen. Eine bewußte Entscheidung der Gruppe, ob ihnen die ergriffene Rolle auch zugestanden wird, hat es nie gegeben. Und die Entscheidung, diese Rolle einer/einem zu übertragen, die/der vielleicht geeigneter wäre, wird es nie geben. Bezeichnenderweise sind es dann noch diese "Gurus", die am lautesten die reine Lehre verteidigen und die Ablehnung hierarchischer Strukturen propagieren. So verbergen sich hinter der angeblichen "Gleichheit" oft Strukturen, die erheblich repressiver und undemokratischer sind, als eine offene Hierarchie je zu sein bräuchte.
Die Forderung zu Beendigung dieser Misere muß also lauten:
Sofortige, offene Diskussion des Problems
Schluß mit Unehrlichkeit und Heimlichkeit!
Wahl der erfahrensten und fähigsten Genossinnen und/oder Genossen zur Führung!
Dabei verkennen wir keineswegs den in der Hierarchie angelegten Doppelcharakter einerseits erwünschter, andererseits aber unerwünschter Auswirkungen.
Erwünscht ist zum Beispiel, daß kompetente und fähige Genossinnen/Genossen Führungsfunktion und Entscheidungskompetenz erhalten. Unerwünscht ist aber jede autoritäre Fehlentwicklung, die letztlich die Entwicklung der übrigen Gruppenmitglieder hemmt. Und sicherlich haben diejenigen Kritiker recht, die auf die Erfahrung verweisen, daß jeder Hierarchie eine solche Tendenz zur Entartung innewohnt. Allerdings kann man dieser Tendenz nicht mit Verdrängung begegnen, indem man Hierarchie schlicht ablehnt und wo sie dennoch auftritt, die Augen verschließt.
Wir können uns nicht für oder gegen Hierarchie entscheiden, sondern lediglich zwischen ihrer offenen und ihrer verdeckten Erscheinungsform.
Allein die offene Variante bietet dabei die Möglichkeit, schädliche Auswirkungen durch Diskussion, Kritik und Selbstkritik bewußt zu machen, zu kontrollieren und dadurch zu minimie-

ren.
Völlig ausschließen lassen sich diese negativen Folgen trotzdem nicht. Das zu glauben, wäre ebenso illusionär. Nach allem halten wir es im Interesse möglichst effektiver Arbeit für erforderlich, die Vorteile zu nutzen und die Nachteile gering zu halten, statt auf die Vorteile zu verzichten und sich die Nachteile in schärferer und unangreifbarer Form trotzdem einzuhandeln.
An dieser Stelle wollen wir noch ausdrücklich vor einem vielleicht naheliegenden Trugschluß warnen: Die wenigen Gruppen, die sich im autonomen Spektrum gegenwärtig als lernfähig und entschlossen genug erweisen werden, um diesen Schritt zu vollziehen, haben damit die anstehenden Probleme keineswegs gelöst. Sie haben dadurch lediglich die Voraussetzung für ihre Lösung geschaffen.
Beim einsetzenden Prozeß der Organisierung ist vieles zu bedenken. Die Erfahrung der K-Gruppen und ihre Fehler, die letztlich zu ihrem Scheitern geführt haben, müssen berücksichtigt und möglichst vermieden werden. Der Prozeß kann nicht schematisch, etwa nach einem klassischen Vorbild verlaufen. Wir müssen ihn Schritt für Schritt von unten, das heißt durch einen eigenen Lernprozeß selbst entwickeln. Die dabei anzuwendende Methode läßt sich als undogmatisches Ausprobieren, als Lernen durch Versuch und Irrtum beschreiben. Theoretische Klassiker können und müssen diesen Prozeß unterstützen, sie dürfen ihn aber nie ersetzen. Nur was sich durch eigenes Ausprobieren in unserer politischen Realität als nützlich erweist, taugt für unsere Organisierung.
Daraus ergibt sich auch, daß wir unser Papier keineswegs schematisch verstanden wissen wollen. Es wäre überhaupt kein Fortschritt, wenn jetzt irgendwer auf den Trichter käme, okay - wählen wir also 'ne Führung, dann wird alles anders. Nur die unvoreingenommene Diskussion der täglichen Erfahrung (vielleicht unter Zuhilfenahme fremder Erfahrung als Anregung) kann aus sich heraus zur Entwicklung einer entsprechenden eigenen Überzeugung führen. Diese wiederum bildet die Grundlage für die Entwicklung eigener Vorstellungen, wie diese Überzeugung in die Praxis umgesetzt werden kann.
Nur auf diesem mühsamen Weg kann eine lebensfähige und belastbare politische Theorie und Praxis entstehen. Jede formale Übernahme fremder Gedanken ist aufgesetzt und nicht in der Lage, Frustration, geschweige denn Repression zu überdauern.

Bewegung ist nicht alles

Wir müssen uns möglichst schnell von der Illusion verabschieden, eine autonome Bewegung könne uns reale Gegenmacht und damit eine revolutionäre Perspektive erschließen. Wir müssen lernen, zwischen Bewegung und Organisation klar zu unterscheiden. Es geht nicht um den "Aufbau von Bewegungen", oder darum, "Strukturen in eine Bewegung zu bringen". Bewegung entsteht unabhängig und spontan von unten, aus sozialer Unzufriedenheit, Unterdrückung etc. Bewegungen unterliegen einer eigenen Dynamik. Wir selber haben meist die ersten Schritte in einer solchen Bewegung getan und sind aus ihr hervorgegangen. Aber wir haben auch ihre Grenzen schmerzhaft erfahren müssen: Bewegungen sind zwar spontan und bunt, aber sie taugen nicht zur Erringung realer Gegenmacht, weil sie nicht in der Lage sind, zu lernen, ihre oft schmerzlichen manchmal blutigen Erfahrungen festzuhalten. Ihre Entwicklung ist zyklisch, Aufschwung und Niedergang wechseln sich ab. Dabei verschleißen sie das ihnen in Zeiten der Konjunktur zufließende Potential frischer Kräfte, weil sie ihm keine Kontinuität, keine wirkliche Entwicklung und Perspektive bieten können. Ergebnis ist die auch von Lupus erkannte schließliche Resignation auch vieler entschlossener und bewährter GenossInnen und Genossen.
Dieser Teufelskreis kann und muß durchbrochen werden.
Um uns aus der Abhängigkeit der Bewegungsabläufe zu befreien, brauchen wir eine eigene Organisation. Diejenigen von uns, die den zyklischen Charakter und die Begrenztheit spontaner Bewegungen erkannt haben, müssen sich zunächst vor Ort in festen Gruppen zusammenschließen. Aus dem Zusammenwachsen solcher lokaler Gruppen entsteht die revolutionäre Organisation, die allein in der Lage ist, dem Einzelnen die für einen jahrelangen Kampf nötige Unterstützung und Rückendeckung zu geben.
Die einzelnen GenossInnen und Genossen bleiben dabei immer auch ein Teil der Bewegungen, in denen sie mitarbeiten, Vorschläge einbringen etc. Aber dabei geht es nicht um eine Bevormundung der Bewegung oder gar darum, eine Bewegung überhaupt erst hervorzubringen.
Die lokal organisierten Gruppen sind gerade nicht aus völlig unerfahrenen und/oder Ultra-Radikalen zu bilden. Was vielmehr zählt, ist die Erkenntnis, daß die Organisierung in einer verbindlichen Struktur mit gewählter Führung notwendig ist. Dazu gehört die Bereitschaft, sich in eine solche Struktur einzufügen - sich einen Platz zu suchen, der den eigenen Fähigkeiten und Ansprüchen gerecht wird. Großmäuliges, breitbeiniges Auftreten bis hin zur gänzlichen Selbstüberschätzung sind, wie Lupus richtig feststellt, bislang nur allzuoft Markenzeichen des autonomen Politik(miß)verständnisses. Dazu kommen nach unserer Erfahrung noch ein oft krasser Individualismus und ein übertriebener Hang zur Selbstdarstellung.
Diese Grundübel sind, wenn auch nicht vollständig, so doch überwiegend der geschilderten dogmatischen Verklemmung geschuldet, weil diese ihr Wachstum fördert und ihre Bekämpfung erschwert. Sie haben in der angestrebten Organisierung nichts, aber auch gar nichts zu suchen.
Was wir benötigen, ist Bescheidenheit und die Bereitschaft zu langfristig orientierter, geduldiger Arbeit. Obwohl die Zeit drängt, ist die langsame Entwicklung unserer Zusammenhänge jedem hastigen Aufbau vorzuziehen.
Bei allem sind wir uns der Schwäche auch unserer eigenen Stellungnahme durchaus bewußt. Der Rahmen der Atom ebenso wie der Anlaß einer Erwiderung auf Lupus schließt die eigentlich erforderliche, wesentlich genauere Darstellung der Problematik aus. Als ziemlich kleine Gruppe verfügen wir auch noch gar nicht über eine detailliert ausgearbeitete Position. Trotzdem nehmen die von uns skizzierten Überlegungen für sich in Anspruch, mehr zu sein, als nur Gedanken auf einem Stück Papier. Die Ebene des "man könnte" und "man müßte" haben wir überwunden. Seit mehr als drei Jahren arbeiten wir in Lübeck als feste Gruppe, aufgeteilt in Arbeitsbereiche. Gegenwärtig sind Anti-AKW und antifaschistische Arbeit die Schwerpunkte, ergänzt durch punktuelle Aktivitäten zu Herbstmanövern, Par. 116, Nicaragua, Libyen, VZ... Zurückblickend empfinden wir unseren Versuch, die praktische Arbeit auf eine möglichst fundierte inhaltliche Grundlage zu stellen und parallel unsere Arbeitsweise und Gruppenstruktur zu reflektieren und weiterzuentwickeln, als relativ erfolgreich. Dies besonders deshalb, weil wir diesen Weg nicht fertig von irgendwo übernommen, sondern ihn mit der oben beschriebenen Methode mühsam selbst erarbeitet haben.
Wir gehen davon aus, daß andere Gruppen eine ähnliche Entwicklung machen, bzw. machen wollen. Mit ihnen würden wir lieber heute als morgen Kontakt aufnehmen.

AKAW, August '87
Arbeitskreis Antiimperialistischer Widerstand.

AKAW, Auf der Wallhalbinsel 27, 2400 Lübeck.

●●

knastkampf

zur forderung nach zusammenlegung

an dieser stelle soll aus anlaß des todes der gefangenen aus der guerilla, gudrun ensslin, jan raspe und andreas baader vor zehn jahren (18.10.77) etwas über die situation der gefangenen aus der raf und dem antiimperialistischen widerstand und der daraus resultierenden forderung nach zusammenlegung gesagt werden.

auf die anderen toten politischen gefangenen, von holger meins (1974) bis sigurd debus (1981), wird hier nicht eingegangen, der widerspruch zwischen darstellung in der öffentlichkeit durch den staatsschutz und den fakten ist überall da. was den folgenden teil über die forderung nach zusammenlegung in große gruppen, also den kampf drinnen und draußen gegen die vernichtende isolationshaft, der die politischen gefangenen in der brd und im übrigen westeuropa unterworfen sind, betrifft, so wird dazu auch nur exemplarisch (am beispiel des hungerstreiks der gefangenen 1984/85 und der gleichzeitig laufenden kämpfe draußen) etwas gesagt.

eine stunde, nachdem gudrun, andreas und jan tot und irmgard möller schwerverletzt (irmgard sitzt heute im lübecker hochsicherheitstrakt) in ihren zellen in stuttgart-stammheim aufgefunden wurden, ließ justizminister bender (baden-württemberg) über dpa verlauten, die gefangenen hätten selbstmord begangen.

vorausgegangen waren die versuchte entführung pontos (dresdner bank) und die entführung schleyers durch das kommando siegfried hausner (siegfried wurde bei der stürmung der von einem kommando der raf besetzten brd-botschaft in stockholm durch gewehrkolbenschläge der staatsterroristen getötet), das durch die aktion mehrere politische gefangene freikriegen wollte. die gefangenen hatten kurz vorher einen durststreik durchgeführt, um die verbesserungen der haftbedingungen zu erkämpfen. gudrun lag im sterben.

die entführung pontos ging schief, er wurde unbeabsichtigt erschossen. das ultimatum für den austausch gefangene gegen schleyer hatte die bundesregierung ablaufen lassen, sie hatten ihn also aufgegeben. das ultimatum wurde mehrmals verlängert. in dieser situation entschloß sich das palästinensische kommando martir halimeh, durch entführung der lufthansamaschine "landshut" die bundesregierung unter druck zu setzen und der forderung des raf-kommandos nach freilassung der gefangenen nachzugeben. egal, wie die bestimmung der aktion des palästinensischen kommandos bewertet wird; es war das erste mal, daß ein kommando einer nationaen befreiungsbewegung direkt in die auseinandersetzungen in der metropole eingegriffen hat. vor und während der aktion des kommandos martir halimeh konzentrierte sich alles auf die gefangenen. der staatsschutz erließ eine nachrichtensperre, die gefangenen wurden der kontaktsperre unterworfen. totale isolation. im bonner krisenstab, der nun nach der geeignetsten lösung suchte, waren neben den parteien auch die kapitalisten brauchitsch und zahn vertreten. der krisenstab ließ am 8.9. "die welt" fordern, die vorstellungen von general-bundesanwalt rebmann durchzuführen, die gefangenen standrechtlich zu erschießen. am 10.9. dasselbe als diskussion der csu-landesgruppe in der süddeutschen zeitung. (erschießung der gefangenen in halbstündigen abständen, bis schleyer freigelassen wird.) zwei tage später fordern csu-becker und zimmermann, die gefangenen zu töten. am 13.9. dasselbe aus der spd von heinz kühn (nrw-ministerpräsident), nur vornehmer ausgedrückt. und am 16.10. ließ das bka über die gleichgeschalteten medien verlauten, die stammheimer gefangenen seien die drahtzieher der schleyerentführung (kontaktsperre!). am selben abend dann nochmal der "historiker" golo mann in "panorama" mit der forderung nach erschießung der gefangenen. die widersprüche im krisenstab gingen soweit, daß die csu versuchte, schmidt um die regierung zu bringen. ihr vorschlag war, die gefangenen freizulassen, um hinterher den notstand auszurufen und mit allem aufzuräumen. die psychologische kriegsführung des staatsschutzes war offensichtlich.

dann halt am 17.10. die stürmung der "landshut" in mogadishu durch die gsg 9, alle fünf palästinenser wurden erschossen. und schließlich am morgen des 18.10. die meldung von den "selbstmorden" der stammheimer gefangenen...

die aussage der einzigen überlebenden der vier stammheimer gefangenen, irmgard möller, wurde bei den folgenden "untersuchungen" nicht berücksichtigt. sie sagte u.a.: "keiner hatte die absicht des selbstmordes; das widerspricht unserer politik."

klar, daß der staatsschutz es nicht geschafft hat, alle auftretenden widersprüche zuzukleistern, obwohl diesmal keine unabhängige internationale untersuchungskommission wie beim "selbstmord" an ulrike meinhof am 9.5.76 (die natürlich zu dem schluß kam, daß ulrike sich nicht selbst umgebracht haben kann) zugelassen wurde. wie sollten sie auch eine erklärung dafür geben können, wie die gefangenen an die waffen gekommen sind, bei kontaktsperre dieser und durchsuchung der anwälte vor und nach betreten des prozeßsaals (abgesehen von dem bild, wie diese die waffen während des prozesses aus den unterhosen holen und den gefangenen geben). oder wie es zu den verletzungen oberhalb des nasenhöckers, an der linken brustseite, im nackenbereich, in der leistengegend, unterhalb der handgelenke usw. von gudrun kam. die zeugen, die gudrun (die sich angeblich erhängt haben soll) bei der öffnung der zelle zuerst gesehen haben, berichteten nicht von einem stuhl, auf dem gudrun vor ihrer erhängung gestanden haben soll. den sahen erst die gerichtsmediziner spät nachmittags. genauso sagten die zeugen, die die zelle von jan zuerst betreten haben, wie amtsinspektor götz, der die pistole an sich nahm, aus, daß die waffe in seiner rechten hand lag. da ein schädelschuß mit dieser 9 mm waffe unmittelbar zum wegfallen der waffe geführt hätte, wurde bei der einstellungsverfügung der staatsanwaltschaft aus in der hand an der hand. was andreas betrifft, so stellte sogar das bka bei einem gutachten fest, daß die kugel in seinem genick aus 30 bis 40 cm entfernung abgefeuert wurde. selbst ein akrobat hätte dies mit der 17 cm langen waffe nicht schaffen können. das gutachten wurde durch die staatsanwaltschaft natürlich nicht berücksichtigt, sie versuchte auch nicht zu erklären, wie es zu dem feinkörnigen, frischen sand an andreas' schuhen kam, der ja die letzte zeit in seiner betonzelle verbrachte. aber wozu lange erklärungen suchen; wer behauptet, die gefangenen sind ermordet worden, wird einfach strafrechtlich verfolgt.

aus platzgründen kann leider nicht näher auf die fülle von fakten zum 18.10. und den vielen anderen toten gefangenen eingegangen werden. hier als buchtip dazu: "todesschüsse, isolationshaft, eingriffe in das verteidigerrecht" von pieter bakker-schut, das hier auch als quelle für die o.g. punkte diente. — (mkö,bwk)

Area Critica nr. 20, juli-aug. '87

Die französische Polizei wollte den Generalsekretär der PCE(r) Arenas in eine Waffenangelegenheit verwickeln

DER PROZESS VON PARIS: FRANKREICH VERURTEILT DREI SPANISCHE KOMMUNISTEN

Der Pariser Gerichtshof hat Milagros Caballero, Militante aus den GRAPO, zu 4 Jahren, Manuela Ontanilla zu 3 Jahren und Enrique Cuadra zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt, Letztere beide Militante aus der PCE(r). Die drei wurden des Waffentransportes und gefälschter Papiere angeklagt. Die drei spanischen Revolutionäre sollen ausgeliefert werden, sobald sie ihre Strafe abgesessen haben, was praktisch die Übergabe an die spanische Polizei bedeutet. Die Unterstützungsorganisationen der politischen Gefangenen (AFAPP-ACPG-ASPPA) organisierten eine Kampagne, bei der sie mehr als 10.000 Plakate in ganz Spanien anbrachten, Solidaritätsakte begangen und Hunderte von Postkarten an den französischen Präsidenten Mitterand und den Richter, der den Prozeß leitete, schickten.

Aus allen Teilen Spaniens kamen 50 Personen am 21. Mai nach Paris - aufgerufen von den AFAPP-ACPG-ASPPA - um sich mit den drei spanischen Revolutionären zu solidarisieren. Der Bus, mit dem die Mitglieder und Sympathisanten der Asociaciones de Familiares y Amigos de Presos Politicos reisten, wurde an der Grenze 1 1/2 Stunden aufgehalten und seine Insassen während ihres Aufenthalts in Paris von mehr als hundert Polizisten kontrolliert, die täglich die Wohnungen überwachten, wo sie untergebracht waren, die Identität der französischen Bürger, die sich mit ihnen solidarisierten, kontrollierten und schließlich, als der Prozeß vorbei war, alle, die anwesend waren, mit Stößen und Schlägen aus dem Gerichtssaal trieben.

4 Anwälte der Grupo de Abogados Jóvenes de Madrid waren zur Hilfe der beiden französischen Anwälte Isabelle Coutant-Peyre und Bernard Ripert im Saal anwesend. Trotz der Gegenwart genügend französischer und spanischer Journalisten zog die Presse es vor, die Sache zu zensieren, von einigen kleinen Ausnahmen abgesehen.

Der Prozeß begann mit einer Erklärung von Milagros Caballero, Militante aus den GRAPO, in französisch, in der sie sich für die am 11. Januar 1986 - wo die Polizei die drei spanischen Revolutionäre in der Umgebung des "Centre Pompidou" festnahm, als sie versuchten, der Verfolgung durch die französische Polizei zu entgehen - in zwei automatischen Schließfächern des "Gare de l'Est" gefundenen Waffen verantwortlich erklärte.

Vom ersten Moment an war die Absicht des Richters und des "Prokurators der Französischen Republik" zu erkennen, zu versuchen, den Prozeß zu entpolitisieren, ihn zu einer schlicht kriminellen Sache zu machen. "Sie werden nicht verfolgt, weil sie Revolutionäre sind" - sagte der Staatsanwalt - "sondern aufgrund einer kriminellen Tat, dem Waffentransport und der Fälschung von Papieren". Dagegen erreichten es die drei spanischen Gefangenen im Verlauf des Prozesses, zu demonstrieren, daß das ganze eine Falle der französischen Polizei gewesen war, mit der Absicht, sie unmittelbar aus dem Weg zu räumen und endlich den Generalsekretär der PCE(r) Manuel Pérez "Arenas", der nach Frankreich geflüchtet war, zu verhaften.

"Das ganze Verhör basierte in Fragen über Arenas" - bestätigten die drei Gefangenen während des Prozesses - "das war das Einzige, was sie wissen wollten. Wenn sie uns vorher nicht verhaftet hatten, trotz dessen, daß sie uns ja überwacht hatten, so deshalb, weil sie hofften, daß wir sie zu Arenas bringen würden. Als sie sahen, daß wir nicht in sein Haus gingen und daß die Gefahr bestand, uns zu verlieren, warfen sie sich auf uns und brachten uns zum Kommissariat. Zu gut wußten sie, was sie suchten, da ihr Spitzel, ein Waffenhändler, das mit den Waffen weitergab, die Milagros für die GRAPO gewonnen hatte."

In ihrer Erklärung vor dem Gerichtshof von Paris sagte Milagros, daß sie Militante der GRAPO war, einer bewaffneten Organisation, die ihren Kampf gegen das faschistische und monopolistische spanische Regime richtet. "Die GRAPO entstanden 1975, genau zu dem Zeitpunkt der Erschießung von fünf Kämpfern. Am 1. Oktober 1975 gaben die GRAPO auf die Erschießungen eine kräftige Antwort, daher ihr Name, Grupos de Resistencia Antifascista, Primero de Octubre. Die GRAPO formieren sich aus Kommunisten, Anarchisten und unabhängigen Kämpfern und sind Teil der Volksbewegung des Widerstandes, die es in Spanien gibt", erklärte Milagros Caballero vor dem französischen Gericht weiter.

In einem bestimmten Moment wollten der Staatsanwalt und der Richter unterbrechen, aber Milagros Caballero fuhr fort: "Die GRAPO praktizieren den bewaffneten Guerillakampf und wollen dafür eine ausreichende bewaffnete Kapazität besitzen, wofür sie die Waffen brauchen, der Kampf gegen das spanische Regime ist weiterhin der gleiche wie vorher, weil das Regime das gleiche ist. Spanien ist ein faschistischer, kapitalistischer und militaristischer Staat. Es war Franco selbst, der den König Juan Carlos auf den Thron setzte. Der einzige Grund, der den spanischen Staat "sich zu modernisieren" zwang, war die Notwendigkeit, der ökonomischen und politischen Krise zu begegnen. Die "Demokratie" ist nicht mehr als eine Fassade für die Kontinuität ihrer faschistischen Aktivitäten. Wirklich hat sich in Spanien nichts verändert. Dort befehlen weiter die gleiche Folterpolizei, die gleiche Armee, die gleichen ausbeutenden Kapitalisten."

Ein neuer Versuch des Richters, Milagros Caballero daran zu hindern, fortzufahren, bewegte den Anwalt Bernard Ripert zu einem formalen Protest, der die Einwürfe des Richters - "das hat nichts mit diesem Verfahren zu tun" - als Versuch qualifizierte, die Ausdrucksfreiheit einzuschränken. "Die Guerilla hat die gleichen Ziele wie das Volk" - fuhr die Militante aus den GRAPO fort - "und ihre Aktionen dienen gleichzeitig dazu, die falsche spanische Demokratie zu denunzieren. In Spanien sind alle Terroristen, die die faschistische Constitución nicht akzeptieren."

Milagros erklärte dem Gericht in gutem Französisch weiter, daß die PSOE 1982 das Volk betrog, indem sie ihm einige grundsätzliche Reformen versprach: Austritt aus der NATO, Schaffung von 800.000 Arbeitsplätzen, etc. Die GRAPO beschlossen vor diesen Versprechungen einen unilateralen Waffenstillstand, bis sie sahen, was die PSOE machte, am ersten Tag ihrer Regierung - 5. Dezember - die Polizei Martín Luna, einem sehr wichtigen Führer der Organisation, in einem Hinterhalt in Barcelona ermordete. "In Spanien, Senor Richter, gibt es mehr als tausend politische Gefangenen. Es gibt eine Audiencia Nacional, um Revolutionäre zu verurteilen, es gibt Spezialpläne der Kontrolle und Repression gegen das Volk, es gibt ein antiterroristisches Gesetz, das der Polizei erlaubt, die Gefangenen zehn Tage lang zu foltern."

"Der Kapitalismus in Spanien hält sich dank der Stärke der Waffen" - beendete die Militante aus den GRAPO ihre Erklärung - "angesichts dessen wird das Volk alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, eingeschlossen die Waffen, um gegen den Faschismus zu kämpfen."

In Antwort auf die Fragen des Richters erklärte die Militante aus den GRAPO, daß keines der beiden Mitglieder der PCE (r) - Manuela Ontanilla und Enrique Cuadra - von der Existenz der Waffen gewußt hat, "weil sie einfach einer anderen Organisation angehören und ich es nicht sagen konnte. Wenn ein Militanter der PCE(r) zu den GRAPO geht, bricht er alle organisatorischen Verbindungen, wenn die GRAPO und die PCE(r) dasselbe wären, würden wir es sagen, wir hätten keinen Grund, es zu verheimlichen."

Um die Falle zu erklären, die die französische Polizei ihnen gelegt hatte, sagte Milagros Caballero, daß "die Person, die uns die Waffen und Papiere gab, ein Informant der französischen Polizei ist, wie wir nach unserer Verhaftung ermitteln konnten, die GRAPO machen zudem in Frankreich keine Aktionen, weil ihr Kampf in Spanien ist. Warum verfolgen sie uns dann? Weil es ein Abkommen zwischen der spanischen und französischen Polizei gibt, das zu tun."

Manuela Ontanilla begann auch mit einer politischen Erklärung, in der sie sagte, daß die "PCE(r) als Ziel die sozialistische Revolution hat und ihre Hauptarbeit die Propaganda in der Arbeiterklasse ist. Meine Partei ist klandestin, weil sie vom spanischen Staat nicht erlaubt wird, nach dem Tod Francos hat sich in Spanien nichts verändert, ausgenommen der Sachen, bei denen sich das Regime gezwungen sah, vor den Volkskämpfen zurückzuweichen. Meinen Partei hat ein Programm von acht Punkten, unter denen die wichtigsten der Austritt aus der NATO, die Freilassung der politischen Gefangenen, die Beschlagnahmung der Güter der Kapitalisten und Grundbesitzer, die Ausrufung freier Wahlen, etc. sind."

Als die Militante aus der PCE(r) gerade erklärte, daß aufgrund der polizeilichen Verfolgung sie Spanien verlassen und nach Frankreich gehen mußte, unterbrach sie der Richter und wiederholte erneut, daß es darum gehen würde, eine konkrete Tat zu verhandeln und nicht ein paar spanische Revolutionäre. Manuela Ontanilla weigerte sich dann, die Fragen des Richters zu beantworten. Die Verteidiger protestierten mit der Forderung, sie ihre Erklärung fortsetzen zu lassen, und der Richter sagte darauf, daß "wenn sie sich weigert, meine Fragen zu beantworten, ich nicht wüßte, warum ich sie anhören sollte". Also verbot man der Militanten aus der PCE(r), vor Gericht zu reden.

Enrique Cuadra, Militanter aus der PCE(r), demontierte mit seiner Erklärung den ganzen Plan, der vom Gericht und der französischen Polizei in Zusammenarbeit mit der spanischen Polizei errichtet worden war. "Ich bin von diesem ganzen Prozeß ermüdet. Ich habe dieselben Sachen vor der Polizei, vorm Untersuchungsrichter und jetzt hier wiederholt. Ich bin ein revolutionärer Militanter und ich bin stolz, es zu sein. Und wenn ich sage, daß ich aus der PCE(r) bin, heißt das, daß ich es bin, ich wüßte nicht, warum ich lügen sollte. Die Polizei lügt, wenn sie sagt, daß sie uns von Donnerstag mittag an folgte, weil ich schon morgens bemerkte, daß uns jemand folgte."

Enrique Cuadra versicherte, daß er am 23. Dezember, 2 Wochen vor seiner Verhaftung in Paris angekommen sei, um mit Manuela Ontanilla Parteifragen zu besprechen, und daß er nichts von den Waffen wußte, die Milagros Caballero gekauft hatte. Als sie sahen, daß ihnen jemand folgte - wobei sie befürchteten, in eine Falle der GAL zu gehen - beschlossen sie, zu fliehen, wobei sie das mitnahmen, was sie konnten, Milagros bat sie, ihr zu helfen, ein paar Taschen zu tragen und so machten sie es.

"Ich will nicht von den Waffen reden, noch von diesen Lapalien. Es ist klar, daß die Polizei genau wußte, daß Milagros sie hatte, aber sie gingen nicht zu ihr. Mich fragten sie nur, wo der Generalsekretär der Partei Arenas sich aufhält, es war klar, daß er es war, den sie suchten, daß er hatten sie Milagros die Falle gelegt und uns mit ihr. Wenn sie Arenas mit Waffen hätten fassen können, hätten sie eine Medaille und eine starke Belohnung in Spanien bekommen. So war es, daß sie kamen, um mir einen Paß und die totale Freiheit anzubieten, wenn ich ihnen irgendeine Spur geben würde, um Arenas zu finden."

Der einzige Zeuge des Staatsanwaltes war der Leiter der Antiterrorismus-Abteilung der französischen Informationsdienste Jean-Claude Bouchoux, der behauptete, eine "vertrauliche Botschaft" von einer Person erhalten zu haben, die Kontakte zu den milieumäßigen Finanziers des Waffenschwarzmarktes habe. Die Information präzisierte, daß zwei Frauen, Italienerinnen oder Spanierinnen, diverses Material erworben hätten. Nach der französischen Polizei erhielten sie die Information am Donnerstag morgen und mittags hätten sie sie in ihrem Haus lokalisiert.

Bouchoux behauptete, daß sie den drei Spaniern gefolgt seien, als sie um 1/2 12 Uhr nachts ihr Haus verließen, weil ihr Verhalten verdächtig war, sie die in der Nähe geparkten Autos beobachteten. Als sie gemerkt hätten, daß sie die Taschen in dem Schließfach des "Gare de l'Est" ließen, hätten sie entschieden, sie festzunehmen.

Die Verteidiger Bernard Ripert und Isabelle Coutant-Peyre deckten die Widersprüche in den Erklärungen des Polizeileiters auf und forderten, daß er dem Gericht sage, wer der Urheber dieser vertraulichen Botschaft gewesen sei. Der Polizist berief sich auf das Berufsgeheimnis und weigerte sich, zu erklären, warum er kein Interesse daran gehabt habe - ebenso wie der Staatsanwalt - die Person, die die Waffen lieferte, zu enttarnen.

"Ich kann Ihnen sagen, warum Sie es nicht sagen wollen und warum Sie ihn nicht gesucht haben", erklärte der Anwalt Bernard Ripert, womit er Nervösität bei dem Staatsanwalt provozierte. "Die Wahrheit ist, daß Sie genau wissen, wer es ist, weil es ein Mann von Ihnen ist, ein Mann, der für Sie arbeitet, dessen Sie sich bedienten, um diesen drei spanischen Revolutionären eine Falle zu spannen."

Die Anwältin Isabelle Coutant-Peyre begann ihre Verteidigung, indem sie erklärte, daß es das erste Mal ist, daß in Frankreich gegen drei spanische Kommunisten verhandelt wird und daß es sich um einen Versuch der Polizei handelt, die politischen Militanten zu kriminalisieren. Sie gab dann einen kurzen Abriß von der antifaschistischen Geschichte der OMLE und der PCE(r), um damit abzuschließen, daß "das ganze eine Montage der Polizei gewesen ist, mit der Absicht, den Generalsekretär der PCE(r) Arenas auf frischer Tat zu fassen".

Der Anwalt Bernard Ripert denunzierte seinerseits die Absicht des Prokurators der Republik (Staatsanwalt), "diesen politischen Prozeß in ein gewöhnliches Verfahren des Waffentransportes und falscher Papiere" verwandeln zu wollen.

"Die revolutionären Militanten, Senor Prokurator, erfinden keine Kriegslisten, sie belügen nicht ihre Genossen, belügen nicht das Volk", sagte Ripert, "Milagros Caballero hat sich dazu bekannt, den GRAPO anzugehören und für ein paar Waffen verantwortlich zu sein, die dafür beschafft wurden, den Kampf in Spanien fortzusetzen, einem Land, in dem weiterhin die gleichen Leute die Befehle geben, die 1939 den Bürgerkrieg gewannen."

"In Spanien, Senor Richter, gibt es ein antiterroristisches Gesetz, das erlaubt, eine Person zehn Tage lang festzuhalten" - fuhr Ripert fort - "die revolutionären Militanten werden in Spanien verhaftet und gefoltert deshalb gingen sie ins Exil. Und wenn die Polizei sie nicht verhaften kann, dann tritt die GAL in Aktion, indem sie sie ermordet. Das ist die Wahrheit, warum sie nach Frankreich geflohen sind und warum die GRAPO Waffen beschaffen, um in Spanien zu kämpfen."

●●

el país 20.7.87

Die Polizei glaubt, daß die terroristische Gruppe sich reorganisiert hat

EIN WAFFENRAUB BEI DER MALAGUENISCHEN ÖRTLICHEN POLIZEI DIENTE FÜR DEN ANSCHLAG DER GRAPO IN VALENCIA

Die Grupos de Risistencia Antifascista Primero de Octubre (GRAPO) befinden sich in einer Phase der Reorganisierung und verfügen aktuell über ein bewaffnetes Kommando, das in Andalusien und der Valencianischen Region aktiv ist, wie gestern offizielle Quellen der Secretaría de Estado para la Seguridad erklärten. Polizeiquellen wiesen darauf hin, daß der erste Anschlag dieses bewaffneten Kommandos der Beschuß des Kommissariates von Zaidía in Valencia gewesen sei - geschehen am vergangenen 9. Juli - bei dem der Polizist Emiliano Alercón Avalos schwer verletzt wurde. Die bei diesem Anschlag verwendeten Waffen stammen aus einem Raubüberfall auf ein Kommissariat der malaguenischen Policía Municipal.

"Die Reorganisierung der GRAPO befindet sich jetzt in einer Anfangsphase, wenn sie auch schon ein Kommando haben", erklärten Quellen der Seguridad del Estado, die präzisierten, daß diese bewaffnete Gruppe nach den von den polizeilichen Informationsdiensten beschaffen Indizien über zwei bis vier Mitglieder verfüge. Ihre Mitglieder seien "genügend identifiziert", da vorausgesetzt wird, daß es alte Mitglieder der GRAPO seien, die vor kurzem die Gefängnisse verlassen haben, nachdem sie ihre Strafen verbüßt hatten.

Dieses bewaffnete Kommando sei vor allem an der Costa del Sol aktiv geworden, wenngleich "der spektakulärste Anschlag der Beschuß des Kommissariates des Stadtteils Zaidía gewesen sei", wie die Polizeiquellen informierten. Sie befänden sich jedoch in einer so anfänglichen Reorganisationsphase, daß ihre ersten Ziele Refinanzierungsziele gewesen seien.

"Bis jetzt hat es vier Überfälle auf Bankunternehmen an der Costa del Sol gegeben, zu denen sich dieses Kommando bekannt hat", nach Quellen der Seguridad del Estado, die die aus diesen Schlägen erhaltene Summe auf eine Millionen Pesetas schätzten.

Die Waffen, über die das Kommando verfügt, seine größtenteils am vergangenen 21. Mai in Málaga in ihren Besitz gekommen. An diesem Tag überfielen zwei Personen - ein Mann und eine junge Frau - einen Raum der Policía Municipal des Stadtteils Nueva Málaga. Die Täter raubten den Beamten ihre drei Dienstwaffen.

Die Urheber des Anschlags (auf das Kommissariat von Zaidía, h.d.ü.) - zwei Männer und eine junge Frau - klingelten an der Pforte des Kommissariates und schossen auf den ersten Polizisten, der ging.

Am tag darauf übernahm eine Frauenstimme telefonisch gegenüber der SER-kette von Valencia im Namen der GRAPO die Verantwortung für den Anschlag. Die Informationsdienste der Polizei befragten die Person, die den Anruf entgegennahm, ob sie sich mit "ich bin von der GRAPO" identifiziert habe, dem traditionellen Beginn der Botschaften der terroristischen Gruppe. Dieses wurde bestätigt.

●●

BRIEF VON DEN POLITISCHEN GEFANGENEN IM GEFÄNGNIS VON SORIA

liebe familienangehörige, genoss/innen und freunde/innen:

in den letzten tagen des juli schickten wir euch ein kommunique, in dem wir die verlegung von 18 genossen in verschiedene gefängnisse anklagen. eure solidarischen reaktionen haben das übertroffen, was wir selber uns vorstellen konnten. ihr habt der regierung, der polizei und den gefängnisaufsehern bewiesen, daß die gefangenen nicht alleine sind und noch weniger allein sind, wenn sie die intensivste form der repression erleiden. jetzt sind einige wochen vergangen und es gibt nachrichten über die bedingungen in denen sich die verlegten befinden. aber sie selber sollen es sein, die uns diese bedingungen erzählen.

almeria 6.8.87

"der "normale" vollzug in dem trakt, in dem wir sind, ist der folgende: den ganzen tag eingesperrt in einzelzellen außer zwei stunden am vormittag im hof oder im fernsehraum; mittagessen und abendessen im eßraum des traktes; zwanzig minuten gespräch mit der familie und die gleiche zeit mit freunden, eine vorgegebene instanz die sie seltsamerweise pflegen zu gewähren, ...in der zelle haben wir kein licht außer über dem waschbecken (es gibt keine steckdose und lichtschalter). mit in unserem trakt sind 8 militante der ETA und eine andere gruppe "normaler" gefangener, die aber nur vorübergehend hier sind (bevor sie in das normale leben anderer trakte werden, bleiben die eine zeit hier, die aus der "schädigung" kommen, wie man hier in diesem gefängnis die einzelhaft nennt). die erklärung ist, daß wir anfangs glaubten es handele sich um eine spezialabteilung für aids und andere infektionserkrankte, haben wir diesen zweifel bald aufgeklärt..."

"die militanten der ETA haben schon mehr als 6 monate einzel(isolierungs)haft (eine stunde hofgang, 10 minuten gespräch(serlaubnis), etc...)."

"wir haben ein gespräch mit dem direktor geführt aber nicht einmal minimal akzeptable bedingungen erreicht. die einzige alternative, die er uns gab, vorausgesetzt wir führen uns gut, war die für einen monat zurückzugehen in einen gefangenentrakt mit "normalem" leben (ohne "privilegien" versteht sich). es ist nicht wegen platzproblemen, denn es ist ein neues gefängnis, es gibt leere trakte und in dem, in dem wir sind, gibt es auch keine platzprobleme. er hat mehrere große räume, die nicht benutzt werden.

in bezug auf die gespräche mit den familienangehörigen... 20 minuten und schluß. am ende des gesprächs bestätigten wir uns, was wir schon vermuteten, unter der hinzufügung, daß der direktor sozialist ist (gemeint sind: die sozialdemokraten d. übers.) will er sich verdienste auf unsere kosten erwerben."

"die situation, die ich dir geschrieben habe, ist bis gestern gleichgeblieben, als wir gemeinsam mit den militanten der ETA einen protest machten und gegen türen und fenster schlugen (wir weigerten uns gegen den einschluß vom mittag bis zum nachmittag als die schließer mit dem direktor an der spitze kamen). so ist es, daß wir seit gestern gemeinsam mit den militanten isoliert sind (im gleichen trakt)."

"heute haben wir schon ein weiteres ereignis gehabt, als wir vom hof aus sahen wie sie uns gitter vor die fenster geschweißt haben... danach, klar, kam der bienenschwarm der schließer mit ihren schlagstöcken und sie hörten auf zu schweißen. bis jetzt haben sie uns noch nicht verprügelt, aber wir rechnen damit."

"eine andere sache habe ich vergessen. seitdem wir hier angekommen sind, haben die verantwortlichen nicht aufgehört verordnungen zu machen, mittels erfindungen und fälschungen, in denen sie den akzent darauf legen, auf die "gefährlichkeit der militanten von ETA und GRAPO gefangenen" und das dieses gefängnis eines der zweiten kategorie sei, nicht genügend bedingungen biete uns zu inhaftieren. heute, nach dem protest von gestern, über den sie den anschein von flucht und geiselnahme gelegt haben, werden wir schon merken wohin die angriffe gehen, und ob sie uns stahlkugeln an die füße binden. die, die es hier gibt, ich beziehe mich auf die verantwortlichen, sind die am stärksten faschistischsten. sie protestieren, weil sie keine probleme wollen und dafür zahlt man ihnen eine gute "gefahrenzulage". aber soviel insistieren ärgert uns... und es erscheint uns mehr, als ob sie andere ziele verfolgen. wir werden versuchen eine erklärung zu machen wenn wir die kampagne anfangen."

castallon 7.8.87

die bestrafung nach dem ersten tag des protestes hat man in drei wochenenden verändert. ...es gibt zwei ausstehende probleme, daß sie uns jederzeit in den zellen erledigen können. vergangenen freitag kam der direktor aus dem urlaub zurück und am montag teilten sie uns mit, daß sie uns in einen normalen strafvollzug überführen könnten mit einigen speziellen auflagen; das problem wurde in der erklärung deutlich, man würde die gesprächserlaubnis pro woche auf zwanzig minuten kürzen. hier reden die leute zwei mal in der woche zwanzig bis dreißig minuten, was nicht viel ist und sie wollen eine stunde oder vierzig minuten in der woche nicht zulassen. die freunde sagen, man muß die höhere instanz anrufen, wenn der direktor es passieren läßt.

zwei protestschreiben haben wir bereits gemacht und sie haben uns nicht geantwortet, nicht einmal den eingang bestätigt, so ist es, daß dies ebenfalls aussteht.

aber das generelle problem sind zwei erneute auseinandersetzungen (schlägereien). sie fingen damit an mit dem, was sie hatten gegen die zellen und uns zu schlagen. jeden tag, am morgen und am abend und sie sagen, das sei unsere "integrierte" behandlung. gut, wir haben die ganze woche damit verbracht uns dagegen zu wehren und sie haben reagiert indem jeden tag der chef vom dienst kam und uns versuchte zu überzeugen, daß "wir uns nicht wehren sollten" und indem er uns bestimmungen und regelungen mitteilte. einen tag mußt du dich in schlüpfer und bh präsentieren, ganz nackt natürlich nicht; am nächsten tag kannst du direkt wieder zurück gehen und gestern gemäß der anordnung haben sie die zweimal tägliche schlagaktion auf eine reduziert. wie du siehst, daß wesentliche bleibt bestehen, halt anstelle von zweimal nur einmal am tag, wir bleiben aber ständig in den zellen.

alles rechtfertigen sie damit, daß wir gefangene der ersten kategorie sind und daß man das alles macht mit gefangenen der ersten kategorie (die kategorien werden festgelegt nach strafmaß und "gefährlichkeit", erklärung der genossen/innen aus dem spanischen staat)... ihre sprache ist sehr deutlich, in diesen beiden gefängnissen sind die repressiven pläne der polizei sehr weit vorangeschritten. die gezwigten reaktionen der solidarität lassen sie nachdenken und ihre schritte mit vorsicht durchführen und deswegen handeln sie nicht in allen gefängnissen gleich im moment, aber doch weil sie unsere und eure reaktionen austesten wollen.

vorwärts mit der solidarität, man muß arbeiten um sie auszubreiten, damit sie eine realität sei innerhalb der weiterentwickelten populären sektoren (d. gesellschaft), die nicht klein sind.

damit jede erklärung weiter aufzeigt über die spottmeldung über die politischen gefangenen; speziell in diesen momenten über die verlegten und die eingesperrten in almeria und castellon.

lediglich der fortschritt der solidaritätsbewegung und unser widerstand in den gefängnissen werden ihre schritte anhalten können und die bedingungen schaffen um voranzukommen in der neuen reorganisierung.

eine kräftige umarmung und einen kampfgruß.

politische gefangene aus PCE(r), GRAPO und ein anarchist gefängnis von soria, 19.8.1987

●●

Area Critica, Nr. 20, Juli-Aug. '87

INTERVIEW MIT JOSEFA ALARCON, IM GEFÄNGNIS FÜR POLITISCHE GEFANGENE FRAUEN VON CARABANCHEL (MADRID)

"Das Gefängnis ist der Preis, den man bezahlen muß, um eine neue Gesellschaft zu erreichen"

Pepa ist Vallecana, aus Pozo del Tio Raimundo. Und wenn das irgendwas mit ihrem Lebensgeist und ihrer Gefangenschaft zu tun hat - um dem Morgenstern entgegenzutreten - so ist es um genau zu sein, worauf sie sehr stolz ist, ihre familiäre Herkunft und die Klasse, der sie angehört: "Ich bin eine Arbeiterin", sagt sie uns an einem Punkt des Interviews. Textilarbeiterin, ergänzen wir, 13 Jahre lang, wo sie in einer Maschinenfabrik arbeitete.

Mit 19 (1968) stellt sie sich der harten Disziplin einer Konfektionsfabrik, wo sie "vom Gefühl und den Nerven her" zu begreifen begann, daß Ausbeutung, Auflehnung oder Solidarität etwas mehr als häßliche oder schöne Worte sind. Eben da beginnt auch ihre politische Militanz in den kommunistischen Reihen, in der OMLE-Organisation, von der die PCE(r) abstammen würde. 1972 tauscht sie die Konfektionsmaschinen gegen die klandestinen Druckmaschinen eines Propagandapparates, in dem sie einige Jahre blieb. Danach hat ihre kleine Figur und ihre großen Gesten und Worte alle Winkel der Kellergeschosse der Freiheit durchwandert, bis sie 1978 als Mitglied eines Kommandos der GRAPO in Pontevedra verhaftet wurde, nicht ohne daß einer ihrer Fänger, ein Guardia Civil, vorher schwer verwundet wurde. Also, Pepa ist jemand! Und sie macht - mit einer Strafe von 25 Jahren - im Gefängnis weiter, aktuell im Frauengefängnis von Carabanchel. Ihre große wöchentliche Freude: der Besuch ihres 11jährigen Sohnes Daniel. Ihre große Beharrlichkeit: wie aus ihrer Gefangenschaft heraus weiter vorankommen, wie "unsere Ideen und eine Widerstandshaltung noch unter den schlimmsten Bedingungen aufrechterhalten".

A.C.: Du bist eine der ersten Gefangenen der Demokratie, offiziell hingegen gibt es in Spanien keine politischen Gefangenen...

Josefa: Ja, klar, das sind die Wunder der Demokratie, damit wir dann sagen, daß sich hier nichts verändert hat! Natürlich hat sich was verändert. Zum Beispiel sind wir, die politischen Gefangenen, jetzt Terroristen. Allerdings sind wir nicht die einzigen, wenn du an die Studenten oder Arbeiter denkst, die auf der Straße der Polizei entgegentreten. Jetzt ist es so, daß die auch Terroristen, Provokateure, Unkontrollierbare und ich weiß nicht was sonst noch alles sind...ah! Ja, Ultras! Das ist die neueste Mode. Alles, um nicht anzuerkennen, daß hier ein Klassenkampf existiert und einige mehr oder weniger breite Sektoren, die kämpfen, die sich nicht haben täuschen lassen und die immer besser verstehen, daß die einzige Lösung für unsere Probleme eine Revolution ist, die dieses System von oben bis unten wegfegt. Wir sind nicht mehr als ein sehr bewußter Teil dieser Sektoren, doch die Regierung darf das nicht anerkennen. Das wäre soviel, wie uns zu legitimieren, unseren Kampf zu legitimieren.

Du bist jetzt neun Jahre im Gefängnis. Befürchtest Du nicht, daß diese andauernde Gefangenschaft Dich von der Realität wegbringen könnte und daß einige Vorstellungen, die Du verteidigst, überholt sein könnten?

Absolut nicht. Es ist wahr, daß wir die Ereignisse hier nicht direkt mitbekommen, aber das hindert uns nicht daran, auf dem Laufenden zu sein und es zu analysieren, trotz der Grenzen. Berücksichtige außerdem, daß das Gefängnis ein Spiegel dessen ist, was draußen passiert, und die Politik, die gegen uns läuft, nicht von der auf der Straße zu trennen ist. Hier erlebt man sehr direkt die Verstärkung der Repression, die Ebben oder Höhepunkte der Bewegung, die Krisen oder Atempausen der Regierung... und außerdem sind wir nicht isoliert.

Da sind nicht nur das Radio und die Presse, sondern auch die Briefe und Besuche halten uns in Kontakt mit den Leuten, was nicht nur eine gute Informationsquelle ist, sondern auch ein Barometer der Stärke und der Situation der Bewegung. Was die Verschiebung betrifft, kann ich Dir versichern, daß alles, was zur Zeit auf der Straße geschieht, uns gerade in unseren Vorstellungen bestärkt.

Dann glaubst Du nicht, daß die Realität bei Euch deformiert ankommt?

Deformiert? ...Entschuldige, daß ich lache, aber es ist so, daß es nicht das erste Mal ist, daß ich sowas höre, wie "du weißt nicht, wie's auf der Straße ist". Und gut, ich frage mich, was das ist, was wir nicht wissen? Daß es mehr als drei Millionen Arbeitslose gibt und daß es weiter mehr werden, währenddessen die, die noch arbeiten, bestialischen Überausbeutungsrythmen unterworfen werden? Daß die Jugendlichen absolut keine Zukunft sehen und daß sie sie in dieser Gesellschaft niemals sehen werden? Daß man uns weder aus der NATO geholt hat, noch sie uns die Basen entfernen werden? Daß die Folter und die Repression nicht nur nicht aufgehört hat, sondern weiter ausgeweitet wird...? Und wenn Du willst, mache ich mit irgendeinem der Probleme, auf die Du kommst, weiter, weil sicher ist, daß in diesem System keins davon gelöst worden ist, noch gelöst werden wird. Gerade heute sagt Dir das ein ehrlicher Mensch, also wo ist die Deformation? Liegt sie etwa darin, daß wir trotz der Jahre Gefängnis weiterhin sagen, daß man kämpfen muß, daß man kämpfen kann und daß man dieses System zerschlagen kann, soviel uns das auch kostet und so schwer uns das auch erscheint...? Aber ich habe es früher gesagt, ich sage es jetzt und ich werde weiterhin darum kämpfen, es zu beweisen.

Das klingt - von einer Person kommend, die einen Haufen von Jahren Gefangene ist und die einen weiteren Haufen vor sich hat - ein wenig sarkastisch.

Es wird für den sarkastisch klingen, der das Gefängnis als verlorene Zeit sieht, aber ich sehe das nicht so. Es ist klar, daß die Revolution selbstverständlich nicht vom Gefängnis aus gemacht werden wird, aber ich bin dahin gekommen, die Bedeutung der Rolle in diesen Jahren sehr gut zu begreifen, die ich von hier aus und unser Beitrag zum Kampf übernehmen können, der weder materiell noch aktiv ist - wie man es aus den Büros des Innenministeriums glaubhaft machen willsondern moralisch und politisch

Was meinst Du, wenn Du "moralisch und politisch" sagst?

Nun, unsere Ideen und eine Widerstandshaltung auch unter den schlimmsten Bedingungen aufrechtzuerhalten. Warum - meinst Du - setzt die Regierung soviel daran, uns dazu zu bringen, unsere Prinzipien zu negieren, unsere Moral und unser Vertrauen in den Kampf zu brechen? Also, weil die Gefangenen zeigen, daß man kämpfen kann und daß man siegen kann, wenn man eine richtige Sache verteidigt, so groß auch unsere scheinbare Schwäche vor dem Feind sei. Jeden Kampf, den wir im Gefängnis unternehmen, um ein würdiges Leben zu erzwingen, um politische Aktivität entwickeln zu können, oder wenn wir uns mit irgendeinem Problem auf der Straße solidarisieren, unternehmen wir vor allem deshalb, indem wir eine Widerstandshaltung einnehmen, die die Bewegung erreicht und ihr moralisches Vertrauen gibt und sie antreibt, weiterzumachen. Wenn wir unsere Überzeugungen verraten würden, wäre das ein großer Sieg für die Regierung und eine Niederlage für die Widerstandsbewegung. Deshalb ist es sehr relativ, zu sagen, daß man vom Gefängnis aus "wenig machen kann". Wie eine Genossin sagte: "Wenn nur das Beispiel bleiben kann, das ein Beispiel von Widerstand wäre." Das ist unsere Verpflichtung als gefangene Militante und unser bescheidener Beitrag zum revolutionären Prozeß.

Ich hab gehört, daß für Euch das Gefängnis eine Schule ist, daß Ihr sehr diszipliniert seid, daß Ihr nicht eine Minute verliert...

Soviel wie nicht einen Minute...! Aber ja, da hast Du richtig gehört. Ich hab Dir eben von unserer Verpflichtung als Militante erzählt und gut, niemals den Kopf senken, beiseite, wie sollte sich unsere Militanz materialisieren wenn nicht im Gefängnis? Hier gibt es nicht immer Perioden "offenen" Kampfes mit der Direktion oder Institutionen. Es gibt Perioden der Windstille, das "Tag zu Tag", wie wir es nennen, und ich denke, daß ein Tag nach dem anderen soviele Jahre lang viele Tage sind. Wir nutzen sie als Puffer, um unsere politische und ideologische Ausbildung zu verbessern und uns in immer bessere Bedingungen bringen zu können, um - wenn es notwendig ist - unseren Posten zu besetzen und um diese Verschiebung zu vermeiden, die dich ganz in Anspruch nimmt. Aber ein Militanter muß immer lernen, immer voranschreiten und von sich ein bißchen mehr dem Kampf geben. Im Gefängnis können wir nur die theoretische Seite entwickeln, das allerdings tun wir gewissenhaft, und wenn wir rauskommen - wann es auch sei - werden wir uns in besseren Bedingungen befinden, das Möglichste zu geben. Für mich zum Beispiel, die ich eine Arbeiterin bin, ist es hier gewesen, wo ich viele der Dinge begriffen habe, die ich in der Fabrik nur vom Gefühl und den Nerven her begriff, weil ichs an meinem eigenen Fleisch erlebte, aber dem keine sehr wissenschaftliche Erklärung geben konnte. Heute begreife ich das besser bishin zur eigenen Ausbeutung, die ich erlitt, und vor allem weiß ich genau, was die Ursachen und Lösungen sind, und niemand kann mich in der Hinsicht täuschen.

Pepa, Du wirst fast ein halbes Leben im Gefängnis sein. Glaubst Du, daß es sich lohnt?

Also, so kann man sich die Dinge nicht stellen. Ich habe mir das nicht ausgesucht, hier zu sein, und wenn es die geringste Möglichkeit gäbe, das zu beenden, kann ich Dir versichern, daß ich - und wie ich alle meine Genossen - sie nicht versäumen würde. Das Problem ist, daß du auf dich nehmen mußt - genauso wie der Tod - und wer nicht bereit ist, das zu tun, wird dann niemals einen Schritt vorankommen. Die Frage ist nicht das Gefängnis, sondern der Kampf, letzten Endes die Haltung, die du vor dem Leben einnimmst, und die Wahl, die du in einem bestimmten Augenblick triffst, dich dem Kampf zu widmen und einige Ideen zu verteidigen, die du für richtig hälst. Ob es dir zukommt, sie von der Straße aus, vom Gefängnis aus zu verteidigen, oder ob du in der Verpflichtung

sterben wirst, es ist der Preis, den man bezahlen muß, um die Geschichte voranzubringen und eine neue Gesellschaft zu erreichen. Es ist immer so gewesen, in allen Erdteilen und allen Zeiten, und wir sind da keine Ausnahme. Dann ist die Frage nicht, ob sich die Jahre Gefängnis lohnen, sondern ob es sich lohnt, die Revolution zu machen. Ich hab vor Jahren meine Antwort gegeben und deshalb kümmert mich nicht allzusehr der Schützengraben, von dem aus mir es zufällt, zu kämpfen. Hier oder auf der Straße, der Kampf ist sehr hart, er ist voll von Opfern und Risiken, aber ohne Kampf gibt es keine Hoffnung, und das kann ich von mir aus keinesfalls hinnehmen.

●●

KRIEG IN KURDISTAN

In Nord Kurdistan (Türkei Kurdistan) tobt zur Zeit ein Krieg der türkischen Armee gegen das kurdische Volk!

"Diese Handvoll Terroristen" hieß es 1984 nach den Aktionen kurdischer Guerilla in Eruh und Semdinli, "werden wir in kürzester Zeit erledigt haben". Diese Aussage, die nach jedem Angriff gegen das türkische Heer in Kurdistan erneut durch die Tagespresse ging, ist in zweierlei Hinsicht falsch. Die Auseinandersetzungen in der Region ließen sich nicht in schnellster Zeit erledigen und die Gegner des türkischen Heeres waren nicht eine Handvoll Terroristen sondern das kurdische Volk. Die Vernichtungsstrategie der türkischen Regierung gegen die Kurden, die auch nach dem Militärputsch 1980 nicht befriedet werden konnten, fing auch nicht mit dem Angriff auf kurdische Garnisonen in Eruh und Semdinli 1984, sondern schon lange davor an.

Eine Bilanz der Tageszeitung Cumhuriyet vom 19.3.87 gibt die Zahl der Todesopfer dieses Krieges mit 147 auf der Seite des türkischen Heeres, 216 Guerillas und 250 Zivilpersonen an. Obwohl die Zahlen stark untertrieben sind, macht diese Statistik eines deutlich: die größten Verluste in dieser Auseinandersetzung hat das kurdische Volk zu verzeichnen. Die folgenden Augenzeugenberichte lassen keinen Zweifel darüber offen, daß in der Gegend, in die die AMF zu ihrem Manöver entsandt wird, kein Krieg geprobt wird, sondern Krieg herrscht!

IM OSTEN TOBT KRIEG.....

Zitate türkischer Politiker und Journalisten zur Situation in Kurdistan:

Turgut Özal:

"Man muß wissen, daß dies ein langfristiger Kampf ist. Sie führen einen richtigen Guerillakrieg. Sie schlagen zu und fliehen. Was kann man dagegen machen? Wir haben das Kronzeugengesetz entwickelt, wir haben das Dorfmilizsystem eingeführt und werden diese auch noch mit modernen Waffen ausrüsten. Sie verdienen auch gutes Geld...
Dann werden sowohl von Polizei als auch von den Streitkräften besonders gut ausgebildete Spezialtruppen benötigt. Das geht nicht mit Soldaten, die nur ihren zweijährigen Wehrdienst ableisten."

(Hür. 15.4.86)

Coskun Kirca, Kommentator der Zeitung Hürriyet, ehemaliger Botschafter und UNO Repräsentant der Türkei 7.3.87:

"Wir dürfen nie vergessen, um Ruhe und Stabilität im Osten zu schaffen, müssen wir ihr Wohlstand und Erziehung in der türkischen Sprache zukommen lassen. Doch es ist mindestens ebenso wichtig, daß diese Entwicklung innerhalb der staatlichen Einheit und territorialen Unversehrtheit der türkischen Republik vor sich geht. Separatisten, die auf Unabhängigkeit aus sind, oder Autonomieflausen im Kopf haben, werden eine blutige Lehre erhalten und begreifen müssen, daß keiner eine andere Wahl hat als Türke zu sein und in dem türkischen Volk aufzugehen."

Ugur Mumcu, ehemals linksradikaler Kommentator der Zeitung "Cumhuriyet" 5.3.87:

"Im Südosten tobt Krieg. Unsere Streitkräfte werden in diesem Krieg das tun, was notwendig ist. Unsere Flugzeuge werden starten und Terrorlager bombardieren. Es wird alles getan werden was notwendig ist..."

Tageszeitung Sabah 7.3.87:

"Professionelle Killer, die in Syrien ausgebildet werden, richten in der Türkei Blutgemetzel an und fliehen dann in den Irak. Da reichen Heldentum und Opfergeist nicht mehr, wir brauchen Experten und Professionelle.
Überall auf der Welt haben mittlerweile Professionelle den Kampf gegen den Terrorismus übernommen. Da war es auch in der Türkei an der Zeit. Die Banditen werden nun von berufsmäßigen Menschenjägern gehetzt werden."

Mit der Durchführung dieses Nato-Manövers in Kurdistan und der Teilnahme von Bundeswehrsoldaten - mit 1.000 Mann immerhin das stärkste Länderkontingent - leisten die Bundesrepublik und die übrigen Nato-Verbündeten der türkischen Armee ganz direkt Schützenhilfe in ihrem Krieg gegen das kurdische Volk.

Dies ist keineswegs unbeabsichtigt oder gar "Zufall" - kurdische Berglandschaft als geografische Kulisse für ein beliebiges Manöver...

- Bereits das reguläre Wintermanöver der türkischen Armee wurde anstelle von Erzurum im Nordosten (Nähe der iranischen und sowjetischen Grenze) im Gebiet des Ararat-Berges, mitten in Kurdistan (Richtung irakische Grenze) durchgeführt.

In der politischen und strategischen Diskussion innerhalb der NATO wird die "Befriedung des Kurdenproblems" als eine Voraussetzung der "Sicherung der Ölquellen für den Westen" genauso offen diskutiert, wie eine mögliche "Erweiterung des NATO-Einflußgebietes im Nahen Osten".

"... Auch... der Versuch, einen Teil türkischen Gebietes, z.B. in Kurdistan von der Türkei abzutrennen, könnten den latenten geopolitischen Zusammenhang zwischen Mittlerem Osten und dem atlantischen Bündnisbereich in einem akuten Konflikt hervortreten lassen und entsprechende Konsequenzen nach sich ziehen...
Zum ersten Mal seit dem 2. Weltkrieg erscheinen Westeuropa oder westeuropäische Staaten - im Nahen und Mittleren Osten wieder als ein potentieller Verbündeter bei der Wahrung der eigenen Unabhängigkeit und selbst in der Verteidigung gegen fremde Bedrohung oder gegen inneren Umsturz...
Die strategische Herausforderung ist unabweislich: am Golf liegen die größten bekannten Erdölreserven der Welt auf politisch unsicherem und sozial beweglichem Boden, in dem Verwerfungen unter dem Druck der revolutionären Veränderungen der Existenzbedingungen im Öl- und Geldfluß drohen..."

schreibt Lothar Ruehl
in "Europäische Wehrkunde" 2/81

"Türkische terroristische Organisationen, die angeblich einen sozialen Wandel in der Türkei anstreben, in Wirklichkeit aber die Einheit des Landes unterminieren, haben bereits eine Karte in Umlauf gebracht, die die Zerstückelung der Türkei in 10 Teilrepubliken aufzeigt... An erster Stelle sind hier die Kurden zu nennen, deren Zahl allein in der Türkei über 10 Millionen beträgt.
...vermag heute niemand zu sagen, wie die Türkei dieses Problem lösen kann..."

Gregor M. Manousakis
in "Der Islam und die NATO"

Und in einer Studie der regierungsnahen "Stiftung Wissenschaft und Politik" DER NATO-PARTNER TÜRKEI: Überlegungen zur sicherheitspolitischen Dimension westlicher Türkeipolitik" heißt es lapidar:

"Die 2. Armee (der Türkei) dient zur Verteidigung im Bereich der Südtürkei und dürfte nach der 1983 erfolgten Verlegung ihres Hauptquartiers von Konya nach Malatya auch in großem Umfang für die "Befriedungsaktionen" im irakisch-iranischen Grenzland gegen kurdische Guerillas eingesetzt werden."

SWP / Dezember '85

Und noch ein Zitat unserer Regierungsparteien - CDU/CSU - bezüglich westliche Sicherheit und Türkei:

"Wir haben ein Interesse an der Stabilität, der Unabhängigkeit und der politischen Orientierung von Schlüsselländern in dieser Region." ... "Wir benötigen eine Position der Stärke und des regionalen Einflusses... Wir und unsere Alliierten sind auf das Öl im Persischen Golf angewiesen."

So kündigt die NATO-Zeitschrift "Natos's sixteen Nations" in einer Sonderausgabe "Verteidigung und Wirtschaft in der Türkei" das nun stattfindende AMF-Manöver wie folgt an:
"UNTERSTÜTZUNG DER NATO FÜR DIE FLANKEN
Das Nato-Bündnis beobachtet das Gebiet seines alliierten Partners Türkei sehr sorgsam. Der Grund dafür ist, daß dieses Gebiet in einer sehr exponierten Lage an der Südflanke der Nato liegt. ...
Um in der Lage zu sein, ihren Auftrag zu erfüllen wurde die AMF auf die Weise organisiert, daß sie genau in dem Moment der Entwicklung einer Krise mobilisiert werden und aufmarschieren kann...
Das Erscheinen der AMF in einer Krisenregion gibt jedem potentiellen Angreifer ein klares Signal, daß jeder Versuch, Drohungen in Handlungen umzuwandeln, von beiden eine klare Zurückweisung erführe: von den nationalen Kräften und den alliierten Truppen...
1987 wird das Manöver in Ostanatolien stattfinden...
Wenn die "Nato-Feuerwehrleute" in der Türkei eintreffen, werden sie eng mit den dortigen nationalen Kräften zusammenarbeiten..."

NATO'S Sixteen Nations
Special Issue Sept. 86

Schließlich fand bereits das Nato-Manöver "Adventure Express" - ebenfalls ein AMF-Manöver - mit Beteiligung von 4.000 Soldaten im Mai/Juni 1983, just zu dem Zeitpunkt statt, als türkische Truppen in Südkurdistan (Irak) einfallen und dort kurdische Siedlungen und Lager der kurdischen Peshmerga überfallen. Die Truppen dringen ca. 30 km auf irakisches Gebiet vor. (Türkische) Nato-Truppen marschieren in ein Nicht-Nato-Land ein, während Nato-Truppen der AMF "derweil" ihr Manöver durchführen.

Schließlich liefern die NATO-Verbündeten, voran USA und BRD der türkischen Armee auch die Logistik, militärische Ausrüstung, Waffen und Ausbildung für den Krieg gegen das kurdische Volk:

- Am 4. März dieses Jahres starteten türkische Kampfflugzeuge zur Bombardierung kurdischer Siedlungen im Nordirak just von zwei der Flughäfen, deren Bau bzw. Ausbau durch eine Zusatzvereinbarung im türkisch-amerikanischen Militärabkommen festgelegt wurde und zu deren Finanzierung die USA mehrere Mrd. $ bereitstellen.
- (zur BRD s.u.)

Die Bundesrepublik ist in ganz besonderer Weise, über die Ausbildung türkischer Spezialtruppen, Waffenlieferungen, Militär- und Ausrüstungshilfe an dem Krieg der türkischen Armee in Kurdistan beteiligt:

- zu den im Grenzgebiet operierenden Spezialtruppen gehören auch jene "schwarzen Insekten", die ihre Ausbildung bei der GSG 9 genossen haben (s. folgende Seite). Diese sind auch für ihre Grausamkeiten bei den Überfällen auf kurdische Dörfer bekannt.
  Laut Anweisung von Ministerpräsident Özal (von seinem Krankenbett in Houston aus) soll deren Zahl noch einmal aufgestockt werden.
- Die Rüstungshilfe (Militärhilfe) der BRD "beschränkt" sich keineswegs auf die jährlichen Tranchen von DM 130 Mio:- bereits nach dem Putsch war eine zusätzliche "Rüstungssonderhilfe" von 600 Mio DM zusätzlich gezahlt worden.
- Im Dezember 1985 meldet die türkische Tageszeitung "Tercüman", daß noch einmal durch einen "Sondertitel im Haushalt" (zur Finanzierung der von Kohl versprochenen Panzer und Ausrüstungshilfen) die Militärhilfe an die Türkei erheblich aufgestockt wurde.
  (Terc. 4.12.85)
- Nach einer Meldung der "Taz" vom 21.10.86 hat die BRD der Türkei als "Gegenleistung für den Verzicht auf Freizügigkeit" eine zusätzliche "Rüstungssonderhilfe" von 600 Mio DM in Aussicht gestellt.
- Tatsächlich wurde nun der entsprechende Haushaltstitel im Haushaltsplan für 1987 auf 274 Mio DM (um 140 Mio) aufgestockt, um die versprochene Lieferung von Leopard-Kampfpanzern zu finanzieren.
  ("Wehrdienst" vom 8.12.86)
- Neben den offiziell als Militärhilfe ausgewiesenen Beträgen fließen allein z.B. 1985 noch etliche Mio in 'zivile Bereiche", die für die militärische Struktur nicht unerhablich sind so "zur Konsolidisierung des türkischen Eisenbahnnetzes" (Krauss-Maffei, Siemens, BBC) und zur "Modernisierung des Kommunikationssystems" (Siemens).
  (FAZ 3.12.84)

Westdeutsche Firmen sind maßgeblich an der Modernisierung und dem Ausbau der türkischen Rüstungsindustrie und Ausrüstung der Armee beteiligt:

- mit westdeutscher Unterstützung wurde bei Arifiye durch die Fa. Krupp Industrie und Stahlbau das angeblich modernste Panzer-Instandsetzungswerk Europas gebaut, in dem bis zu 30 Kampfpanzer monatlich generalüberholt werden können.
- Im November '84 wurde im selben Ort eine mit deutscher Unterstützung gebaute Panzerkettenfabrik in Betrieb genommen.
- In Kayseri wurde durch die Installation von Motorprüfständen das Überholungswerk für Propellerflugzeuge modernisiert.
- Im November '85 wurde bei Kirikale eine Panzerkanonenfabrik fertiggestellt die Panzerkanonen für den Leopard 1 herstellt.
- Krauss-Maffei plant gemeinsam mit der türkischen Ercan-Holding die Fertigung von Panzerwagen.
  (Türkische Wirtschaftswelt Jan. '86)
- Mercedes (Otomarsan) hat in der mittelanatolischen Stadt Nigde ein neues Werk zur Fertigung von LKW-Motoren errichtet "um den wachsenden Bedarf der türkischen Armee an Militärfahrzeugen zu decken", womit das Kapital von Mercedes von 16 Mrd. TL auf 32 Mrd. TL aufgestockt wurde.
  ("Savunma ve Havcilik")
- Im November 1986 fand - organisiert von der 'Vereinigung türkischer Industrie und Warenbörsen" - ein gemeinsames deutsch-türkisches Verteidigungsseminar statt. Auf deutscher Seite nahmen der Vorsitzende der CDU-Arbeitsgruppe im Verteidigungsausschuß des Bundestages, Klaus Francke, der frühere Vorsitzende des Nato-Militärausschusses, General a.D. Johannes Steinhoff, sowie der SPD-Bundestagsabgeordnete Peter Würz, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages an der Tagung teil.
  ("Türk. Wirtschaftswelt" Jan. '87)
- Im Februar 1987 fand in Ankara und Istanbul ein deutsches "High-Technologie Seminar" statt, auf dem deutsche Firmen und Experten den neuesten Standard westdeutscher Spitzentechnologie vorstellten. In den Jahren seit dem Putsch wurde dank deutscher Hilfe bereits die Technologie der türkischen Polizei mit Computern an Grenzstationen und Polizeiwachen, Videoüberwachung "verdächtiger" Personen, Videoaufnahme von z.B. gewerkschaftlichen Massendemonstrationen in vielen Punkten dem "westlichen Standart" angepaßt...

Im April schließlich organisierte die Messe AG (Hannover) in der Türkei erstmalig eine eigene deutsche Industriemesse, auf der wiederum Rüstungs- und Technologiefirmen den Hauptanteil bestritten.

Fast in direktem Anschluß daran (vom 28.4. bis 1.5.1987) begann die internationale Militärmesse IDEA '87 mit einer eigenen "German Street' (s. Kopie) auf der das ganze Spektrum deutscher Kriegs- und Vernichtungsindustrie vertreten war. Als Redner im "Special Seminar" der IDEA traten u.a. auf: Generalmajor Wolfgang Altenburg, Udo Ude (HDW, Hamburg), Karl-Otto Sadler (Blohm & Voss), Dr. Karl Fischer (AEG), ein Vertreter von KRUPP, usw.

- Rechtzeitig vor Beginn der Messe hatte der BRD-Militärverlag Mönch die erste Ausgabe einer türkischen Waffenzeitschrift "Savunma ve Havcilik" herausgegeben, die in Zukunft regelmäßig dreimonatlich erscheinen wird.

Die Auflistung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Nicht nur die regulären Soldaten der türkischen Armee, auch die ca. 40.000 "Dorfschützer" sind mit deutschen G3-Gewehren (Heckler und Koch) ausgerüstet.
Die Zahl der in Kurdistan gegen die Guerilla eingesetzten Schäferhunde, die die deutsche Polizei im Rahmen der Polizeihilfe dorthin lieferte, soll auch aufgestockt werden.
Zur besseren Kontrolle der kurdischen Grenzgebiete beschloß die Türkei nunmehr den Einsatz von kleinen unbemannten Aufklärungsflugzeugen (sog. Drohnen). Diese werden bekanntlich von MBB, als auch von Dornier hergestellt.
Fast regelmäßig werden ausgemusterte Militär-LKW's über den Hamburger Hafen in die Türkei geliefert.

Auch der Auftrag zum Ausbau einer "Autobahn" (!) zwischen Diyarbakir und Gaziantep wurde einer westdeutschen Straßen-

baufirma erteilt, denn deutsche Autobahnen sind bekanntlich kriegsmäßig bestens erprobt. Der einzig militärische Nutzen dieses Projekts steht außer Frage, wenn man bedenkt, daß bislang sogar größere Dörfer und Städte, ja einige Provinzhauptstädte in Kurdistan nicht über asphaltierte Straßen zu erreichen sind und große Teile der Bevölkerung von dringend notwendiger ärztlicher und sozialer Versorgung fast völlig abgeschnitten sind. Nicht einmal die Autobahn zwischen Istanbul und Ankara in der Westtürkei ist durchgehend fertiggestellt. Allerdings gibt es bereits in verschiedenen Ecken Kurdistans, wie z.B. in der Provinz Hakkari "Autobahn"-Teilstrekken von jeweils einigen 100 m Länge: Hubschrauber Start- und Landebahnen der türkischen Armee. Also die genannte Strecke Gaziantep-Diyarbakir liegt mitten im kurdischen Bürgerkriegsgebiet und ebenfalls auf der Strecke via Süd-Kurdistan (Irak). Interessant ist auch die Tatsache, daß sowohl dieses Teilstück, wie auch die neufertiggestellte Strecke zwischen Ergani und Diyarbakir nach den gleichen Standarden der wie die Frankfurter Startbahn West erbaut sind.

●●

Anschlag in Athen auf amerikanischen Supermarkt

SDZ 27.09.87

Athen (AP)

Auf einen Supermarkt der amerikanischen Streitkräfte in der Athener Innenstadt ist ein Sprengstoffanschlag verübt worden. Nach der Explosion, die nur geringen Sachschaden anrichteten, entdeckte die Polizei neben dem Gebäude eine zweite Bombe, die jedoch entschärft werden konnte. Die linksgerichtete Organisation „Revolutionärer Volkskampf" (ELA) sagte Polizeiangaben zufolge in einem Anruf bei der Zeitung *Elefterotypia*, ihre Miglieder hätten die Sprengsätze gelegt. Die ELA hat seit 1975 rund 200 Sprengstoffanschläge in Athen verübt.

Avriani, 29.9.87

Auszüge aus der Erklärung der ELA zu dem Bombenanschlag vom 27.9.87

Arbeiteraristokratie

"Die oben angeführten Ereignisse der letzten Zeit unterstreichen wieder einmal eines der grundlegendsten Charakteristika unserer sozialen und politischen Wirklichkeit, so wie sie uns in ihrer heutigen Form entgegentritt: Die Ausbreitung, Institutionalisierung und Konsolidierung der Herrschaft des nordamerikanischen terroristischen Imperialismus-Kapitalismus in unserem Land.

Die anderen grundlegenden Charakteristika der heutigen Form sind:

a) Der Angriff der bleibenden räuberischen offiziellen Eindringlinge auf die heutigen Proletarier.
b) Die Ausweitung und Verschärfung der vorbeugenden antirevolutionären Aktivität aller terroristischen Apparate der Gewalt und Unterdrückung, die dem System gegen die Proletarier und vor allem gegen die Kräfte der revolutionären Volksbewegung zur Verfügung stehen.
c) Die vollständige Aktivierung aller staatlichen gewerkschaftlichen Organisationen und Vertretungen der Arbeiteraristokratie und der Arbeiterfunktionäre mit dem Ziel, die Klassenkämpfe, die revolutionäre Klassenpraxis und -bewußtsein zu behindern, abzulenken und lahmzulegen."

NATO und EG

"Die Herrschaft der US-amerikanischen Imperialisten-Kapitalisten in unserem Land oktroyiert auch unmittelbar die Integration in den Militärapparat der US/EG, die NATO. Diese nun 35 Jahre währende NATOisierung wird vervollständigt durch die über 12 Jahre andauernde EGisierung - alles notwendige Stützen des griechischen Staatskapitalismus und -imperialismus zum Zwecke der Erhaltung und Reproduktion seiner Macht und Herrschaft, die von allen Proletariern teuer bezahlt wurde und wird.

Gewaltsame Anschläge auf alle Stützen und Organe der US-imperialistischen-kapitalistischen Präsenz und Besatzung unseres Landes sind also unerläßlicher und wichtiger (nicht einziger und ausschließlicher) Inhalt des revolutionären Volkskampfes, der auf jede erdenkliche Weise und an allen Fronten gegen das System der kapitalistischen Ausbeutung, des Terrorismus, der Unterdrückung und des alltäglichen sozialen Elends, das uns belastet, geführt wird. Deshalb wurde und wird der revolutionäre Volkskampf die ganze Zeit weitergeführt. Seine Höhepunkte und Manipulationen sind gewaltsame Anschläge auf die Apparate, Stützen und Organe der kapitalistischen-imperialistischen und terroristischen Macht und Herrschaft in Griechenland.

Daher sind auch die US-amerikanischen Imperialisten-Kapitalisten und Terroristen das ständige Ziel der Kräfte, die versuchen, den Kampf gegen das System, d.h., den revolutionären Kampf, zu materialisieren und voranzutreiben."

PI-EX

"Deshalb hat die ELA als Fortsetzung ihrer starken Aktionen seit 13 Jahren eine erneute gewaltsame Operation gegen die Feinde der Proletarier, der Volksbewegung und der revolutionären Kräfte verübt. Konkret: Wir haben heute einen Anschlag auf eine der Einrichtungen des US-amerikanischen Imperialismus-Kapitalismus in der Syggrou-Straße auf der Höhe des 'NeosKosmos', das bekannte PI-EX verübt.

(Auch schon früher sind Anschläge auf diese amerikanische Einrichtung verübt worden; sowohl während der Juntazeit als auch danach; daher wird sie immer bewacht. Die ELA hat erreicht, daß am 10.11.75 ein großer Teil des PI-EX abgebrannt und zerstört wurde, während eine andere Kampfeinheit am 14.7.77 versuchte, einen Bombenanschlag zu verüben, der wegen eines defekten Zündmechanismus mißlang.)"

In der Erklärung werden auch Anschläge anderer Gruppen seit 1974 auf amerikanische Ziele angeführt (17. November, ELA, Wildgänse der Stadt).

Schluß der Erklärung

"Die Proletarier, die Menschen und revolutionären Kräfte hegen keinen abstrakten und allgemeinen Antiamerikanismus. Im Gegenteil schätzen sie das nordamerikanische Volk, die Proletarier, die in jenem Land leben, sowie die sozialen Kräfte und politischen Gruppen, die dort für eine bessere und gerechtere Gesellschaft und für den Sturz der Macht und Herrschaft des imperialistischen-kapitalistischen Systems kämpfen. Sie schätzen all jene Nordamerikaner, die sich am Kampf der Völker anderer Länder beteiligt haben und durch ihre moralische und praktische Unterstützung zu deren Sieg beigetragen haben, die den revolutionären Volkskampf in ihrem eigenen Land vorangetrieben haben und die sozialen Bewegungen und politischen Aktionen auf allen Ebenen und mit allen Mitteln gebildet haben, um sowohl ihren eigenen besonderen als auch den allgemeinen Problemen entgegenzutreten. So haben sie den revolutionären Volksbewegungen anderer Länder geholfen, entsprechende soziale Bewegungen und politische Initiativen voranzutreiben.

Deshalb ist sicher, daß diejenigen, die - aus welchem Grund auch immer - nach Griechenland kommen, nichts zu befürchten haben außer den terroristischen Apparaten des US-amerikanischen und griechischen Staates, da klar ist, daß die Aktionen der revolutionären Volkskräfte sich gegen konkrete Einrichtungen und gegen das Personal, das den Zusammenhang herstellt mit der Macht und Herrschaft des US-amerikanischen Imperialismus-Kapitalismus und seinem Ausdruck in Griechenland, sowie gegen die ergänzenden Apparate des griechischen Staates, der Mitarbeiter und Verbündeter der US-amerikanischen Terroristen ist, gerichtet sind.

Daher sind die gewaltsamen Anschläge auf sie im Wesentlichen unter anderem auch Manifestationen der revolutionären Volkssolidarität der Volksbewegungen aller Länder und Völker, und so sind sie eine Antwort auf die Gefühle, Wünsche und Bemühungen sowohl des griechischen als auch des nordamerikanischen Volkes und aller anderer Völker der Welt. Ihr starker Rücken, ihr Streikkomitee, forderte ein Zusammentreffen mit dem Leiter der Bank, St. Panagopoulos. Als sie eine Absage erhielten, 'besetzten' die Mitglieder des Streikkomitees zusammen mit streikenden Angestellten das Büro - Volkskräfte, die die revolutionäre politische Stimmung und den revolutionären Willen organisieren und die Verantwortung für politische Initiativen übernehmen, besonders für gewaltsame Anschläge auf jedes Ziel des Systems und auf US-amerikanische Terroristen. Jede solche Aktion ist eine praktische Manifestation und eine Fortsetzung des revolutionären Volkskampfes, dessen Ziel und Strategie es ist, die soziale Notwendigkeit des Sturzes des heutigen kapitalistischen-imperialistischen Systems zu verdeutlichen, und parallel dazu mit der revolutionären Praxis zu zeigen, daß dies realisierbar ist durch ständige, langfristige und harte Konflikte, die mit der Zeit die Perspektive des revolutionären gesellschaftlichen Wandels eröffnen und konkretisieren.

Der Kampf für den revolutionären Wandel der Gesellschaft in unserem Land geht weiter!

Athen, 27.9.87

Revolutionärer Volkskampf 'ELA'

Zusammenfassung der Ereignisse vom 1.10.87, wie sie in den Tageszeitungen 'Akropolis' und 'Makedonia' am 2.10.87 geschildert wurden:

Durch einen anonymen Anruf wurde die Bereitschaftspolizei darauf aufmerksam gemacht, daß in Kalogresa Unbekannte versuchten, ein Auto zu stehlen. Bei dem anschließenden Einsatz der Polizei flüchteten 2 Täter in eine Wohnung, wo sie eine Familie als Geisel nahmen. Bei der anschließenden Schiesserei wurde Michalis Prekas getötet. Die beiden anderen, Kleanchos Smyrianos und Christos Marinos wurden festgenommen und die Nacht über verhört. Alle drei sollen Mitglieder der Organisation 'Antistaatlicher Kampf' sein. Durch Hinweise, die Smyrianos und Marinos der Polizei gaben, wurden noch in der Nacht 10 Wohnungen von Sympathisanten durchsucht und 17 Personen verhaftet. Zwei der Verhafteten, Sotiris Koskinas und Evangelia Bojatzi sind des Mordes an den Polizisten Petros, Chef des MAT, und seines Fahrers Stamoulis 1980 angeklagt. Da die Organisation '17. November' damals die Verantwortung für die Anschläge übernommen hatte, wird vermutet, daß die AP (Antistaatlicher Kampf) mit ihr in Zusammenhang steht. Die Organisation 17. November ist seit 10 Jahren aktiv, ohne daß jemals Hinweise auf ihre Mitglieder existierten. Die AP soll verantwortlich sein für die Hinrichtung des Staatsanwalts T. Theofanopoulos in Kallithea und die 'Schlacht von Gysi', bei der Christos Tsoutsouvis, der Kopf der Organisation sowie drei Polizisten getötet wurden.

Als Beweismittel der Anklage dienen Schlüssel der gestohlenen Autos, die bei den Anschlägen verwendet wurden, und die in der Wohnung von Koskinas und Bojatzi gefunden wurden.

„Der Spezialist" gegen „Terrorismus"

„Der Spezialist", Untertitel: Geheimaktionen gegen den Terrorismus. Autor: Gayle Rivers (ein Pseudonym). Verlag: Ehrenwirt. Auf dem Büchermarkt der BRD ist ein neues Enthüllungsbuch erschienen, das jeder, der politisch arbeitet, lesen sollte. Der Autor stellt sich selbst als Spezialist für Anti-Terrorbekämpfung dar, der für Regierungen überall auf der Welt arbeitet. Als biederer Geschäftsmann in der Schweiz lebend, reist er auf Anruf in den Libanon, nach Irland, Südafrika, oder auch für die BRD mal eben zwischen den Grenzen von Frankreich nach Deutschland, irgendwo auf der Autobahn mordend für das BKA. Vom BKA sagt Gayle Rivers wörtlich: „Das BKA war zufrieden mit dem Ergebnis der Operation, und ich war es ebenfalls, weil ich endlich mit einer Behörde zusammengearbeitet hatte, die Terroristen so anfaßt, wie sie es verdienen." An anderer Stelle beklagt er die mangelnde Bereitschaft von Regierungen, sich seinen Plänen anzuschließen, und für die USA hat er maßgeblich an der Ausweitung der Antiterrorismusbekämpfung gearbeitet. Gayle Rivers, der von sich selbst sagt, daß er sich im militärischen Bereich am wohlsten fühlt, seine Spezialaufträge ihm die liebsten sind und das hohe Lied der Kameradschaft singt, ist ein Killer. Freimütig bekennt er, daß es die „Terroristen" sind, die er am meisten haßt. Und seine Mordkommandos legitimiert er als berechtigten Kampf für Demokratie und Freiheit. Nach seinem Pekenntnis geht es ihm bei den Enthüllungen der Killeraktionen im wesentlichen darum, die Völker der Welt zu beruhigen, daß es im Gegensatz zum öffentlichen Schein eine effektive „Terroristen"-Bekämpfung gäbe, die sich aber im Geheimen abspielt. Dies Buch, das vor Blut nur so trieft, wie ein reißerischer Krimi geschrieben ist, liegt z.Zt. tischeweise in den bürgerlichen Buchhandlungen aus und findet reißenden Absatz. – (ils)